



# AIB

2V 20899 E

2,- DM

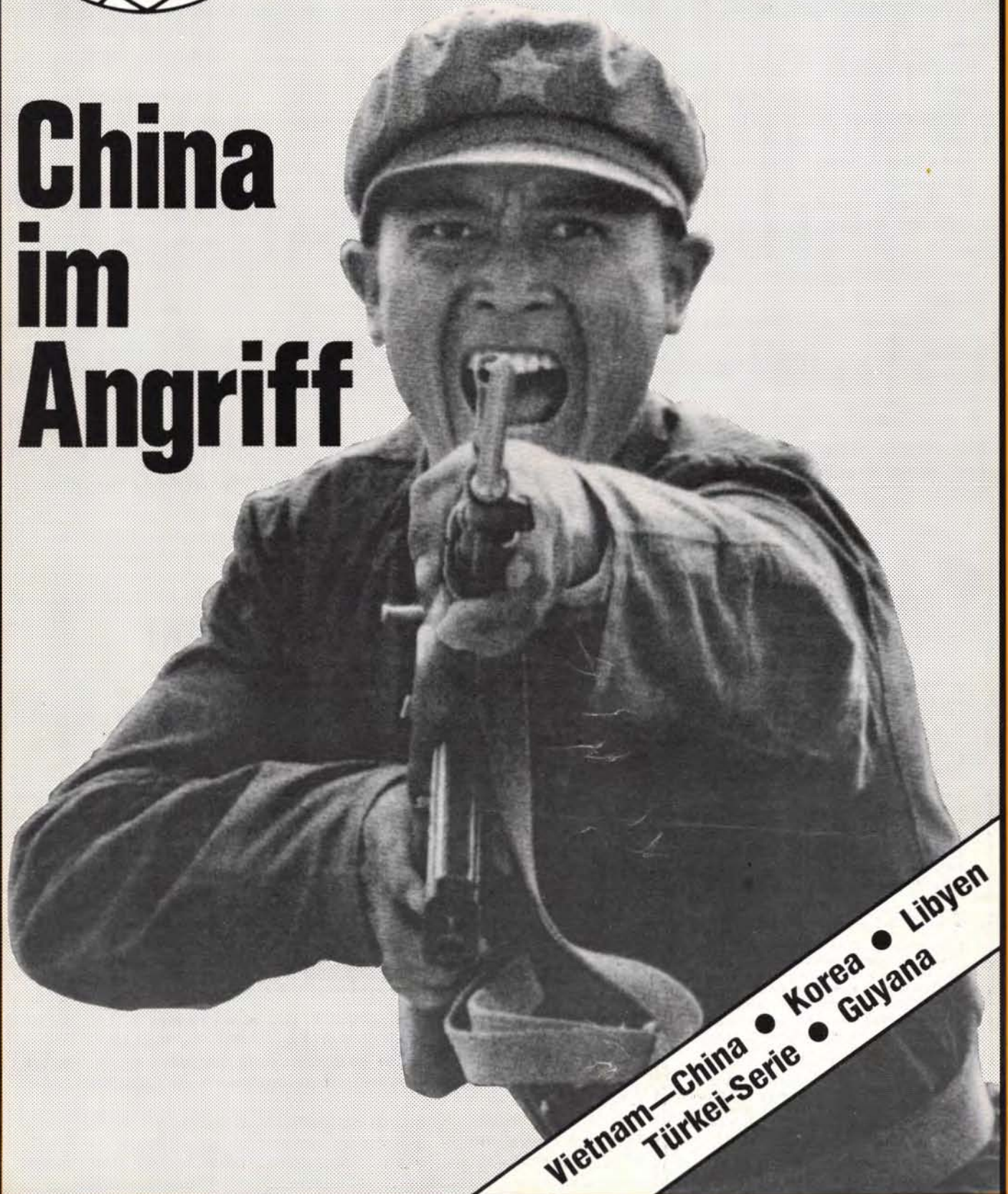
April

Nr. 4 / 1979

10. Jahrgang

Antiimperialistisches Informationsbulletin

## China im Angriff



Vietnam—China • Korea • Libyen  
Türkei-Serie • Guyana



# Inhalt

<b>AIB-Aktuell:</b> Carters Nahost-Initiative	S. 3
<b>China-Vietnam</b>	
Wolfram Brönner: Abenteurer im Angriff	S. 4 — 5
Günter Ritter: „Lektionen“ gegen Vietnam	S. 6 — 7
Aufruf des Zentralkomitees der KP Vietnams: Das Vaterland verteidigen!	S. 8
Jürgen Reusch: Chinas Pakt mit den Westmächten	S. 9 — 13
Chinas Kurs im Nahen und Mittleren Osten	S. 11
Jürgen Reusch: Maoistische Doktrinen	S. 13 — 15
Iván Ljubetić: Verrat an Chiles Volk	S. 16 — 17
<b>Korea</b>	
Stellungnahme der Demokratischen Front für die Wiedervereinigung Koreas	S. 18 — 19
<b>Türkei</b>	
Kemal Sahin: Von Atatürk zu Ecevit (3. Teil)	S. 20 — 22
<b>Libyen</b>	
Monika Preuß: Libyens radikaler Aufstieg	S. 23 — 29
Libyen-Daten	S. 24
Libysche Rolle im Nahostkonflikt	S. 25
Proklamation der Volksmacht	S. 27
<b>Afrika</b>	
Erklärung afrikanischer Kommunistischer Parteien: Aufruf an Afrika (2. Teil)	S. 30 — 33
<b>Namibia</b>	
Sam Nujoma: Den Kampf intensivieren	S. 34
<b>Lateinamerika</b>	
Aufruf zur Verteidigung der Menschenrechte in Lateinamerika	S. 35
<b>Guyana</b>	
Interview mit Cheddi Jagan: Voraussetzungen für ein zweites Kuba	S. 36 — 37
<b>Rezensionen:</b> Palästina und der Nahostkonflikt	S. 38
<b>Kurzinformationen:</b> Solidaritätsbewegung, Guatemala, Zimbabwe, Uganda-Tansania, Jemen	S. 39
<b>Kommentar:</b> Lateinamerikanische Kirche nach Puebla	S. 40



Das AIB erscheint monatlich. Jahresabonnement 20,— DM; Einzelheft 2,— DM; bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung.

Anschrift von Redaktion und Vertrieb:  
AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg Tel. (06421) 24672  
Konto: Weltkreis Verlags GmbH Postscheckkonto  
31 2093-607, Postscheckamt Frankfurt/M.

Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Dr. Wilhelm Breuer, Wolfram Brönner, Dr. Jutta von Freyberg, Wolfgang Gehrcke, Mechtild Jansen, Georg Kwiatowski, Herbert Lederer, Beate Landefeld, Erich Rudolf, Peter Tanzmeier, Dr. Frank Werkmeister, Prof. Erich Wulff  
Redaktionskollektiv: Wolfram Brönner (verantw.), Rainer Falk, Paul Maaskola, Wolfgang Ritter  
Verlag: Weltkreis Verlags GmbH, Brüderweg 16, 4600 Dortmund  
Druck: W. J. Becker, Marburg

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion. Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.

**Adressenänderungen** bitte rechtzeitig bei der Redaktion in Marburg, nicht etwa bei der Post, bekanntgeben.

Redaktionsschluß: 15. März 1979

Es arbeiteten mit: H. Ayvaz, B. Brinkmann, D. Busch, G. Faust, Th. Grunenberg, R. Hegewald, M. Hellmann, W. Israel, R. Lechleiter, H. Mayer, E. Münscher, B. Pflug, M. Preuß, U. Rupp, L. Schmitz, B. Weng, K. Wetzel

**Anzeigen, Beilagen:** UNIDOC  
Verlag Marxistische Blätter  
Werbekarte des AIB

## Aufruf zur Vietnam-Solidarität



Voll Abscheu und Empörung protestiert die **Hilfsaktion Vietnam e. V.** gegen den Überfall chinesischer Truppen auf die Sozialistische Republik Vietnam.

Die Hilfsaktion Vietnam e. V. bittet die Bürger der Bundesrepublik um Spenden zur Beschaffung von Medikamenten und Nahrungsmitteln für die Opfer der chinesischen Aggression.

Helft Vietnam! Vietnam braucht unsere Solidarität mehr denn je!

Wir bitten um **Spenden** auf das Konto der Hilfsaktion Vietnam e. V., 4 Düsseldorf, PSA Essen 90040-430 oder Bank f. Gemeinwirtschaft Düsseldorf Kto. 1016250300



# AIB-Aktuell: Carters Nahost-Initiative

Die jüngste Öl-Panikmache und Carters Initiative zur Neubelebung der festgefahrenen israelisch-ägyptischen Separatverhandlungen haben ein und dieselbe Ursache: die Schlappe der USA im Iran.

Mit dem Sturz des Schah-Regimes am 11. Februar d. J. (siehe AIB 3/1979) büßten die NATO-Mächte den in der gesamten Region des Nahen und Mittleren Ostens neben Israel herausragenden militärstrategischen Eckpfeiler ein. Damit fiel auch die neben Saudi Arabien bedeutendste prowestliche Ölmacht, die im Konzert der OPEC bislang für eine Mäßigung der Ölpreispolitik und gegen eine erneute Anwendung der im Oktober 1973 eingesetzten Ölwanne im Nahostkonflikt bürgte.

## Iran-Ereignisse veränderten Nahostlage

Die iranische Volksregierung kündigte in der Tat ihre Bereitschaft auf, die Rolle des US-Gendarmen im Persischen Golf und Indischen Ozean zu spielen; u. a. zog man die iranischen Interventionstruppen im Oman ab, die mittlerweile von Ägypten ersetzt wurden. Israel will man künftig kein iranisches Öl mehr liefern. Das bislang zu 80 % von den Ölmultis Exxon, British Petroleum, Shell usw. vertriebene iranische Öl wird ab sofort seitens der Volksregierung in eigener Regie verkauft, damit sein Einsatz v. a. zugunsten des arabischen Befreiungskampfes praktikabler. Die Tatsache, daß sich der Iran jetzt als Frontstaat gegenüber Israel betrachtet, macht den Griff zur arabischen Ölwanne wahrscheinlicher und effektvoller.

Die demonstrative Übergabe der israelischen Botschaft in Teheran an die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) noch im Februar d. J. wie die Verbrüderung Yassir Arafats und Ayatollah Khomeinis symbolisierten die Rückenstärkung der palästinensisch-arabischen Frontparteien im Nahostkonflikt. „Die iranische und die palästinensische Revolution sind eine Revolution“, rief Y. Arafat auf einer Massenkundgebung zur Solidarität mit dem palästinensischen Volk in Teheran aus, „laßt Carter wissen, daß diese Einheit dazu führen wird, Palästina von den Zionisten zu befreien“.

Man mag dies euphorisch nennen, auf jeden Fall aber beflügelt die Wende im Iran den palästinensischen Widerstand in einer für ihn — nach Camp David im September 1978 — prekären Lage, erhöht sie das politische Gewicht der PLO in Nahostverhandlungen. Überdies stärkt die iranische Rückendeckung die Position der antiimperialistischen Arabischen Front der Standhaftigkeit und den Druck auf Saudi Arabien, die Camp-David-Vereinbarungen nicht zu unterstützen.

Seit der Bagdader Gipfelkonferenz der Arabischen Liga, die im November 1978 ein Votum gegen Camp David fällt und Ägypten Sanktionen androhte (siehe AIB 10 und 11—12/1978), traten die Separatverhandlungen Ägypten-Israel auf der Stelle. Die im September 1978 gesetzte Dreimonatsfrist für den Abschluß eines ägyptisch-israelischen Separatfriedensvertrages verstrich. Die Unzufriedenheit auch prowestlicher arabischer Regimes mit der aktiven Vermittlerrolle der USA in den Separatverhandlungen wuchs noch angesichts ihres „Versagens“ im Iran.

Die Carter-Administration reagierte zunächst mit der Androhung militärischer Interventionsakte und einer verstärkten Militärpräsenz der USA in der arabisch-persischen Region zum „Schutz des Ölzufusses“, das erklärten Verteidigungsminister Brown und Energieminister Schlesinger unverholen. Harold Brown bestärkte auf seiner Nahost-Mission Mitte Februar d. J. „das amerikanische Engagement zur Verteidigung Israels“ sowie die Absicht des Pentagon, „jetzt eine aktivere Beteiligung an der Verteidigung der Region zu übernehmen.“ (ADN, Berlin, 16.2.1979) Präsident Carter, harter Kritik auch aus den eigenen Reihen ausgesetzt, versicherte, daß „wir im Nahen Osten, in Südostasien und überall in der Welt zu unseren Freunden stehen werden“ (Newsweek, New York, 12.3.1979). Gegen die seit dem Oktoberkrieg 1973 — so das Washingtoner Magazin US News & World Report am 26.2.1978 — „ernsthafte Krise“, welche „die amerikanischen wirtschaftlichen und strategischen Interessen stark zu schädigen droht“, sucht er mit einer Neuordnung seiner Strategie im Nahen und Mittleren Osten anzugehen. Worin besteht sie im einzelnen?

Der neue Plan Washingtons besteht zum einen in einer Versicherung der wichtigsten Verbündeten der Region, speziell Saudi Arabiens (daher H. Browns ad-hoc-Besuch!), man werde sie nach den Ereignissen im Iran mit noch größerer Entschiedenheit militärisch, politisch unterstützen und „schützen“. Aufgrund seines geringen Bevölkerung- und Industriepotentials ist Saudi Arabien nicht in der Lage, in die vom Iran



US-Präsident Carter drängte zur Eile

aufgekündigte Gendarmenrolle am Persischen Golf und dem Indischen Ozean zu schlüpfen; allenfalls die Niederhaltung des Südjemen ist ihm zugeordnet.

Daher wird im Pentagon die Installierung neuer US-Militärbasen auf dem israelisch okkupierten Sinai (die Begin-Regierung bot die Übergabe ihrer Stützpunkte Etzion oder Sharm el Sheikh an) bzw. in Haifa, die Stationierung einer mobilen Eingreiftruppe von Marines und der Ausbau des Stützpunktes Diego Garcia im Indischen Ozean erwogen.

Ferner denkt Washington an eine ständige Präsenz des Flugzeugträgers Constellation am oder nahe dem Persischen Golf, an die Schaffung eines unausgesprochenen Paktes USA-Israel-Ägypten-Saudi-Arabien sowie an noch stärkere Waffenlieferungen an diese Alliierten. Denn, so präziserte ein Memorandum Brezinskis vom Januar d. J., „die Saudis haben das Geld, die Ägypter das Menschenmaterial (die Armee) und wir (und Israel) haben die Technologie.“ (Afrique Asie, Paris, 19.2.1979)

Präsident Carter sucht, um diese Allianz zu schmieden und sein rampo- niertes Image (1980 sind US-Präsidentschaftswahlen!) wieder aufzupolieren, eilends den Erfolg eines israelisch-ägyptischen Separatfriedens. Anfang März d. J. unterbreitete er dazu einen neuen Kompromißvorschlag, trat er die Reise nach Kairo und Jerusalem an. Als zentrale Streitfragen werden der von Begin geforderte Vorrang des Separatvertrags gegenüber allen anderen Beistandsverpflichtungen Ägyptens und die Ausgestaltung der sog. Selbstverwaltung im okkupierten Westjordan- und Gazagebiet genannt. Mitte März schien eine Unterzeichnung der Kompromißvorlage durch Ägypten, Israel bereits besiegelt zu sein.

So wichtig der Abschluß von Camp David II sein mag, er braucht unbedingt die Zustimmung Saudi Arabiens. Die saudischen Monarchen verweigerten sie bisher aus der Furcht heraus, ihre Fortführung werde die „radikalen“ Kräfte der Region stärken. Aus gleichem Grunde stimmten sie auch der Errichtung neuer US-Stützpunkte auf saudischem Territorium nicht zu.

In der Tat steht eben dieser Radikalisierungsprozeß mit dem Abschluß von Camp David II zu erwarten. Und er würde im Fall der drastischen Ausweitung direkter US-Militärpräsenz noch gefördert. Dieses Dilemma ist man sich in Washington wohl bewußt, doch sieht die Carter-Administration offenbar derzeit keine Alternative. Zur psychologischen Einstimmung auf einen Rückgriff in die Kanonenbootdiplomatie beschwört man in den USA wie hierzulande das Gespenst einer bevorstehenden neuen „Ölkrise“, obgleich die Weltölversorgungsanlage ungeachtet des vorübergehenden Ausfalls iranischen Öls „ausgeglichen“ ist (US News & World Report, 26.2.1979). Zugleich lassen sich trotz nahezu unveränderter Öl-Einstandspreise auf diese Weise eher die unverschämten Preis- und Steuererhöhungen für Heizöl — in der BRD seit Februar 1978 um das Doppelte — rechtfertigen.

Wie die arabischen Ölexportländer der OAPEK Anfang März d. J. in Abu Dhabi richtigstellten, geht es im Kern wieder einmal darum, daß die angloamerikanischen Ölmultis die Iran-Ereignisse und die ausgeglichene Lage auf dem Weltölmarkt zu erhöhten Gewinnen auszunutzen suchen. Gleichlaufend soll die Legende von der neuen „Ölkrise“ Carters Initiative für Camp David II bzw. die aggressiven US-Neuordnungspläne im Nahen und Mittleren Osten decken helfen.



„Hände weg von Vietnam!“ — Unter dieser Losung standen die seit Beginn des chinesischen Aggressionskrieges gegen Vietnam am 17. Februar d. J. in aller Welt durchgeführten Solidaritätsaktionen, die Stellungnahmen des Weltfriedensrates, der Afro-Asiatischen Solidaritätsorganisation (AAPSO), der Überzahl der nationalen Befreiungsorganisationen. Auch in der Bundesrepublik folgten Zehntausende dem Aufruf der Freundschaftsgesellschaft BRD-Vietnam zu Protestaktionen, um den unverzüglichen, bedingungslosen Abzug der chinesischen Aggressionstruppen und die „vorbehaltlose Respektierung der territorialen Unverletzlichkeit Vietnams und der anderen Länder Indochinas“ seitens der VR China zu verlangen. Die vom Weltfriedensrat initiierte außerordentliche Internationale Vietnam-Solidaritätskonferenz, zu der am 6.—8. März d. J. in Helsinki rund 400 Teilnehmer aus über 100 Ländern zusammenkamen, forderte darüber hinaus zur Mobilisierung gegen jede imperialistische Unterstützung für die Pekinger Kriegspolitik und für die materielle Hilfe speziell zum Wiederaufbau „in den von den chinesischen Aggressoren verwüsteten Gebieten, . . . von Häusern, Schulen, Krankenhäusern, Kindergärten“ auf. Das Aktionsprogramm von Helsinki betonte weiter die Notwendigkeit, die Völker der Welt über das Bündnis Pekings mit den imperialistischen Mächten und die hegemonistischen Ziele Chinas in Südostasien aufzuklären. Eben dies ist das Anliegen auch unserer nachfolgenden Beiträge zur Außenpolitik und — in AIB 5/1979 — zur inneren Entwicklung Chinas. Dabei sollen gerade auch die Antriebskräfte und Motive der Politik der heutigen chinesischen Führung erhellert werden. Welche Charakteristika zeichnen die maoistische Weltpolitik aus? Kann man die Politik Pekings, kann man das Land China noch als sozialistisch bezeichnen? Dies sind einige der Fragen, denen hier nachgegangen werden soll. Chinas Angriff auf Vietnam, die Beispiele Chile, Angola, Deng Xiopings Einheitsfront-Angebot an die NATO-Mächte und Japan haben die maoistische Politik heute in Gegensatz zu den progressiven Kräften, zur antiimperialistischen Bewegung in aller Welt gebracht. Es ist Zeit, zu bilanzieren.

## Wolfram Brönner **Abenteurer im Angriff**

Der Aggressionskrieg der VR China gegen das sozialistische Vietnam hat die Welt an den Rand eines Weltkrieges gebracht. Vor der eigenen Bevölkerung mochte ihn die maoistische Führung am 17. Februar d. J. nicht offen eingestehen: „Der erzwungene Gegenangriff der chinesischen Grenztruppen (!) ist eine gerechte Aktion zum Schutz der chinesischen Grenzgebiete. Er dient der Eindämmung der vietnamesischen Aggression und Expansion (!) sowie der Erhaltung von Frieden und Stabilität in Südostasien und im asiatisch-spezifischen Raum.“<sup>1</sup>

### „Recht“ jederzeit zurückzuschlagen

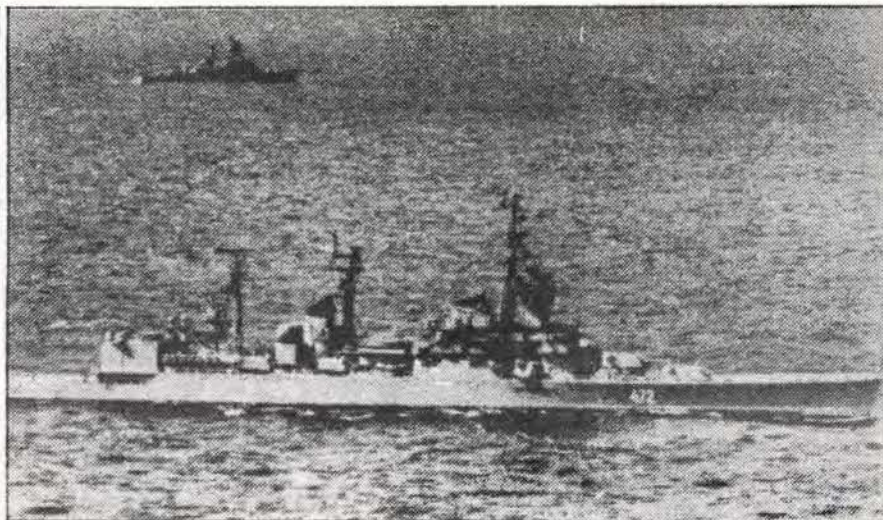
Selten ist ein Kriegsverbrechen derart in sein Gegenteil verkehrt worden. Ausgerechnet das kleine, von dreißigjährigen Kriegswunden gezeichnete Vietnam sollte eine „Bedrohung“ des chinesischen Riesenreichs sein, sollte Expansionsgelüste haben? Wo ist auch nur die Spur eines Beweises für den unterstellten „fremden Einfall der vietnamesischen Behörden in China“?

Die „Frechheit“ sieht anders aus: Der von Deng Xiaoping im Ausland als „Strafexpedition“ deklarierte Einmarsch regulärer chinesischer Armeeinheiten ist weit vor Hanoi, in der Provinz-

hauptstadt Lang Son, steckengeblieben. Ein großer militärischer Sieg blieb den Invasoren versagt (sie erlitten das fünffache an Verlusten wie Vietnam), wohl aber haben sie mit ihrer Politik der „verbrannten Erde“, dem schleppenden, bis Mitte März nicht durchgängigen Rückzug aus den okkupierten vietnamesischen Gebieten und mit der eifrigen Versetzung von Grenzpfählen eigenen Expansions- und Vorherrschaftsansprüche gegenüber Vietnam markiert.

Die chinesische Regierungserklärung vom 5. März über den Rückzug ihrer Truppen aus dem Nachbarland spricht plötzlich von einer erforderlichen Neuregelung der „Frage der Grenzen und der zwischen beiden Ländern umstrittenen Gebiete“. Weiter betont sie, die chinesische Seite behalte sich „das Recht vor“, jederzeit wieder „zurückzuschlagen“.<sup>2</sup> Zugleich deuten Truppenkonzentrationen an der Grenze zu Laos und andere Drohmaßnahmen darauf hin, daß Peking eine Ausweitung seiner Aggression auf dieses indochinesische Land erwägt.

Die chinesische Führung hat auf diese Weise wie nie zuvor Abenteuerium und Unberechenbarkeit demonstriert. Sie stellte klar, daß sie zur Durchsetzung engstirniger nationalistischer Ziele den Einsatz militärischer Gewalt nicht scheut. Sie ist dabei sogar das Risiko der Auslösung eines globalen Kriegsbrandes



Von vietnamesischer Milizionarin gefangener chinesischer Angreifer (l.). Wie bei der Kubakrise 1962 beschattet hier ein US-Zerstörer (im Hintergrund) ein sowjetisches Schiff: Washingtons Flankenschutz für die chinesischen Aggressoren.



eingegangen. Denn einerseits hatte Deng Xiaoping in den vergangenen Monaten bei den Westmächten spektakuläre Rücken- deckung eingeholt, andererseits war Vietnam im November 1978 im Freundschaftsvertrag mit der Sowjetunion, deren „Bei- stand“ im Fall „eines Angriffs oder einer Angriffsdrohung“<sup>3</sup> versichert worden.

Es liegt auf der Hand, daß die Sowjetunion einen von Peking erhofften vernichtenden Sieg über Vietnam, eine Eroberung Hanois, einen totalen Bombenkrieg oder gar Atomwaffenein- satz nicht ohne direkte militärische Gegenaktion hinnehmen könnte. Sie hat auch im Falle einer chinesischen Ausweitung der Aggression „Vergeltung“ angekündigt. Vorerst aber haben die Stärke der vietnamesischen Abwehrkräfte, der indirekten sowjetischen Hilfe und einer weltweiten Protestbewegung eine chinesi- sche Kriegseskalation zu verhindern vermocht. Jene aggressi- ven imperialistischen Kreise, die auf die Chance zum geeigneten Gegenzug gegen die Sowjetunion lauerten, mußte das Mißlin- gen der „chinesischen Lektion“ um einiges ernüchtern. Das heißt indessen nicht, daß sie das Ausspielen der „chinesischen Karte“ abgeschrieben hätten.

Die Gefahr ist auf keinen Fall zu unterschätzen, die von dem Paktieren des Imperialismus mit der chinesischen Führung, von ihrem Abenteuererum, von ihrem gemeinsamen Agieren für ein Zurück zum Kalten Krieg, zum direkten Interventionismus ge- gen revolutionäre Entwicklungen (Deng forderte eine NATO- Intervention im Iran!), für ein Abblocken der Abrüstung uam. ausgeht. Stärkopolitiker vom Schlage eines Z. Brzezinski gehen mit der maoistischen Führung auch in der Verharmlosung der Folgen eines Atomkrieges konform. Mao Tse-tung hatte 1957 auf der Moskauer Beratung der kommunistischen und Arbeiter- parteien die These geboren, ein Kernwaffenkrieg nütze der Re- volution, denn „die andere Hälfte (der Menschheit) bliebe ja“. Carters Sicherheitsberater Brzezinski aktualisiert diesen Wahn- sinn: „Es ist falsch zu sagen, daß der Kernwaffeneinsatz das Ende der Menschheit bedeuten würde . . . Statistisch gesehen, wäre es nicht einmal der Untergang der Menschheit, wenn die USA ihre ganze Rüstung gegen die Sowjetunion und die So- wjetunion das ihre gegen die USA aufbrauchen würde. Das zu denken ist egozentrisch.“<sup>4</sup>

Die NATO-Mächte liefern China heute die erforderliche Mil- itärtechnologie mit dem Hintergedanken, es könne einen sol- chen verheerenden Schlagabtausch mit der Sowjetunion provo- zieren, während sich die Koryphäen des Weltkapitalismus dar- an die Hände wärmen.

### „Unvermeidlichkeit“ eines Weltkrieges?

Peking wiederum hofft, durch das Auslösen einer Konfronta- tion USA—UdSSR, selbst relativ an Stärke zu gewinnen, um schließlich als Führer der sog. „Dritten Welt“ (siehe den Bei- trag J. Reuschs zu den maoistischen Doktrinen) die „Ober- hand“ über die „Supermächte“ zu erringen, zum „Herrn der internationalen Angelegenheiten (zu) werden und den Platz der Supermächte ein(zu)nehmen.“<sup>5</sup> Dieser Weltherrschaftsans- pruch aber fußt auf drei irrationalen Größen: der Weltkriegs- vorbereitung, der Planung einer Verwandlung Chinas in eine er- strangige ökonomisch-militärische Weltmacht bis zum Jahre 2000 und dem chinesischen Vorherrschaftsstreben in Ostasien. Die maoistische Führung nach Mao hat ausgehend von der The- se der „Unvermeidlichkeit eines dritten Weltkrieges“ und der Unmöglichkeit „eines festen Friedens“ ein Programm der sog. „vier Modernisierungen“ entworfen. Es soll den Aufstieg zur Weltmacht durch die Modernisierung von Landwirtschaft, In- dustrie, Verteidigung, Wissenschaft und Technik bahnen. D. h. eine Gleichziehung mit den bzw. Übertreibung der „Super- mächte“ wahrnehmen, obgleich China heute militärisch- technologisch noch weit hinter ihnen und nicht unter den 20 führenden Wirtschaftsmächten rangiert. Nicht nur geben die dabei zugrundegelegten Entwicklungsindizes, nämlich Chinas in der Welt größte Bevölkerungszahl von ca. 950 Mio, seine

zweiergiebigste Rohstoffbasis (Erdöl, Kohle!) und sein dritt- größtes Territorium eine völlige, irrealer Berechnungsgrundlage für eine — ja beanspruchte — sozialistische Wirtschaftsplanung ab.

Die Annahme, das militärische Potential müsse sich entspre- chend beschleunigt mitentwickeln, dürfte ernster zu nehmen sein, da die Modernisierung der Streitkräfte wie der sie belie- fernden Zweige in Industrie, Technologie und Wissenschaft Vorrang erhält. Schon heute verfügt die VR China über die zah- lenmäßig stärkste Streitmacht der Welt mit 4,5 Mio regulärer Truppenzugehöriger, werden gigantische militärische Importge- schäfte angestrengt, die Kernwaffenarsenale gefüllt. Dennoch bleiben die militärischen Möglichkeiten verglichen mit den USA und der UdSSR noch relativ begrenzt.

### Kurs auf „Groß-China“

Wie die Erfahrungen der chinesischen Ostasienpolitik (zu Vietnam-China siehe Beitrag von G. Ritter) zeigen, dienen die mit der akuten Weltkriegsgefahr gerechtfertigten Kriegsvorbe- reitungen andererseits zur Tarnung der eigenen nationalistischen „Großchina“-Ambitionen, darunter der Sicherung der Vorherrschaft über Südostasien.

Die erstmalige Anmeldung von Expansionsabsichten Pekings war die bereits im Oktober 1954 erhobene Forderung, Chinas Souveränität über die Mongolische Volksrepublik müsse „wie- derhergestellt“ werden. Im gleichen Jahr erklärte man die aus der Periode 1840—1919 hinterlassenen Grenzen als „ungerecht“ und forderte in den folgenden Jahren die „Rückgabe“ dieser Gebiete: 1954 von der Mongolei 1,5 Mio qkm, 1956 von Burma 70000 qkm, 1969 von Indien 130000 qkm, 1964 von der Sowjetunion 1,5 Mio qkm.<sup>6</sup> Gefordert wurde in den letzten zwei Jahrzehnten ein Gesamtterritorium der Nachbarländer Chinas, das 1/3 von dessen heutiger Gesamtfläche ausmacht. Den Ernst dieser Gebietsansprüche unterstrichen u. a. die Pro- vocation von Grenzzusammenstößen mit Indien 1959—62 und der Sowjetunion 1969, die Beanspruchung von Inselgebieten und Teilen des Kontinentalschelfs im Süd- und Ostchinesischen Meer in den 70er Jahren, nachdem dort Öl gefunden worden war, dann die gewaltsame Eroberung der vietnamesischen Paracel-Inseln 1974.

Einige Monate vor der Okkupation brachte man in Peking ei- nen Atlas der VR China heraus, in dem die Grenze Chinas im Südchinesischen Meer markiert ist (siehe Karte). Inseln und Ar- chipele sind darin als zur VR China gehörig eingezeichnet.

Auch die von Mao im August 1965 auf einer Politbüro-Tagung der KP Chinas darüber hinausgehende Äußerung: „Wir müssen unbedingt Südostasien, darunter Südvietnam, Thailand, Bur- ma, Malaysia und Singapur, an uns bringen,“<sup>7</sup> sollte sich später als ernstgemeint erweisen. Die seit 1977/78 zielstrebig gegen Vietnam eskalierte Politik der Grenzprovokationen wurden nunmehr kombiniert mit einer Ausnutzung der Auslandschinesen (Hoas). Bei den Auslandschinesen, die gerade in Südosta- sien mit einer Anzahl von über 20 Mio am konzentriertesten sind, versucht Peking durch Ermunterung des großchinesischen Nationalismus eine „fünfte Kolonne“ für seine Expansions- und Vorherrschaftsziele auszubauen.

Der kleinbürgerliche Nationalismus der chinesischen Führung erweist sich so zunehmend als aggressiver, abenteuerlicher Großmachtchauvinismus, der mit sozialistischer Außenpolitik nichts mehr gemein hat.

### Anmerkungen:

- 1) Renmin Ribao, Peking, 18. 2. 1878
- 2) DPA, 5. 3. 1979
- 3) Wortlaut in: Vietnam-Kurier, Nr. 1/1979
- 4) New Yorker, 1. 5. 1978, S. 109/110
- 5) Renmin Ribao, 7. 1. 1975
- 6) Zahlen nach: W. Glebow, Maoismus: Parolen und Praxis, Moskau
- 7) Zit. nach: ebenda, S. 110



# Günter Ritter

## „Lektionen“ gegen Vietnam

Als am Morgen des 17. Februar 1979 chinesische Truppen die Grenze Vietnams überschritten und ihren Aggressionskrieg begannen, war das der bisher brutalste Versuch der Pekinger Führung, dem vietnamesischen Volk ihre abenteuerliche Politik aufzuzwingen.

Die ersten Schritte in diese Richtung hatte die maoistische Führung bereits während des amerikanischen Krieges gegen Vietnam unternommen: Als der sowjetische Ministerpräsident Alexej Kossygin 1963 während eines Besuches in Hanoi vorschlug, die sowjetisch-chinesischen Meinungsverschiedenheiten zurückzustellen und alle Hilfsaktionen für Vietnam zu koordinieren, da weigerte sich die chinesische Regierung, auf diesen Vorschlag einzugehen. Stattdessen schlug Deng Xiaoping 1965 vor, Vietnam solle künftig nur noch chinesische Hilfe annehmen und auf die Unterstützung der Sowjetunion verzichten. Als die vietnamesische Regierung dieses Ansinnen entschieden zurückwies, reagierte Peking auf seine Art: Es verbot der Sowjetunion, Waffen für Vietnam auf dem Landweg durch China zu transportieren.

### Störmanöver Maos seit den 60er Jahren

Gleichzeitig versuchte Mao, seine „Kulturrevolution“ (1966—69) nach Vietnam zu exportieren. Dort schätzte man die „Kulturrevolution“ jedoch als „Abrechnung zwischen ver-

schiedenen rivalisierenden Gruppen (ein), die einander verfolgten, diffamierten und umbrachten.“<sup>1</sup> Als Peking dennoch über die in Vietnam lebenden Auslandschinesen (Hoas) eine „Kulturrevolution“ veranstalten wollte, sah sich die vietnamesische Regierung veranlaßt, dagegen einzuschreiten und mehrere Hoas auszuweisen.

Schon frühzeitig hatte Mao Tse-tung darauf hingewiesen, daß die Wiedervereinigung Nord- und Südvietnams nicht im Interesse Chinas liege. Es war also nur konsequent, daß Peking Ende der 60er Jahre eine Gipfelkonferenz der indochinesischen Völker mit Beteiligung Nordkoreas und Chinas vorschlug, „um die Kräfte gegen den japanischen (!) Imperialismus zu vereinen.“ Die Sabotage des heldenhaften Kampfes der Völker Indochinas gegen den US-Imperialismus durch die Maoisten war endgültig besiegelt, als der damalige amerikanische Sicherheitsberater Henry Kissinger 1971 Peking besuchte. „Beschlissen wurden“, so Peter Weiss, „die Störung der beabsichtigten Wiedervereinigung Vietnams, die Einstellung der Waffenhilfe sowie die politischen Intrigen, die bei einem notwendig werdenden amerikanischen Abbruch des Krieges gegen Vietnam stattfinden sollten; im Februar 1971 kamen die Absprachen zur Unterzeichnung durch Mao und Nixon.“<sup>2</sup>

Folgerichtig nahmen die USA Anfang 1972 die Bombenangriffe gegen Nordvietnam wieder auf, das stillschweigende Einverständnis Pekings konnten sie voraussetzen. Die Washington Post schrieb damals: „Die Amerikaner sind dadurch ermutigt worden, daß Tschou En-lai das Kommuniqué ausgerechnet zu dem Zeitpunkt unterzeichnete, als die Vereinigten Staaten mit Nordvietnam im Kriege lagen und dieses Land unaufhörlich bombardierten.“<sup>3</sup>

Das Pariser Vietnam-Abkommen des Jahres 1973, welches das vietnamesische Volk unter schwersten Opfern erkämpft hatte, entsprach ebenfalls nicht den Plänen der Maoisten in Peking. Sie waren weder mit der Wiedervereinigung Nord- und Südvietnams, noch mit dem Abzug der amerikanischen Truppen einverstanden. Zwischenzeitlich hatten chinesische Einheiten die Paracel-Inseln besetzt, die zu vietnamesischem Territorium gehören, obwohl sich die vollständige Niederlage der Amerikaner und ihrer einheimischen Marionetten zu diesem Zeitpunkt bereits eindeutig abzeichnete.

### Verunglückte Zangenbewegung gegen die SRV

Auch nach der endgültigen Befreiung Südvietnams im Jahre 1975 gab China die Inseln nicht an Vietnam zurück, dafür schickten die Pekinger Führer noch am 20. 4. 1975, also 10 Tage vor der Befreiung Saigons, eine Delegation mit der Forderung nach Hanoi, Vietnam solle auf die Wiedervereinigung endgültig verzichten!

Selbstverständlich erfüllte das vietnamesische Volk jedoch das Vermächtnis seines verstorbenen Präsidenten Ho Chi Minh und krönte seinen Sieg über den US-Imperialismus mit der erfolgreich durchgeführten Vereinigung Nord- und Südvietnams zu einem sozialistischen Land, der Sozialistischen Republik Vietnam.

Die SRV war Peking von Anfang an ein Dorn im Auge: Die Maoisten veranlaßten ihre Marionetten Pol Pot und Ieng Sary in Kampuchea zu ständigen Verletzungen ihrer Souveränität und territorialen Integrität. Diese Provokationen führten schließlich zu einem regelrechten Grenzkrieg Kampuchreas ge-

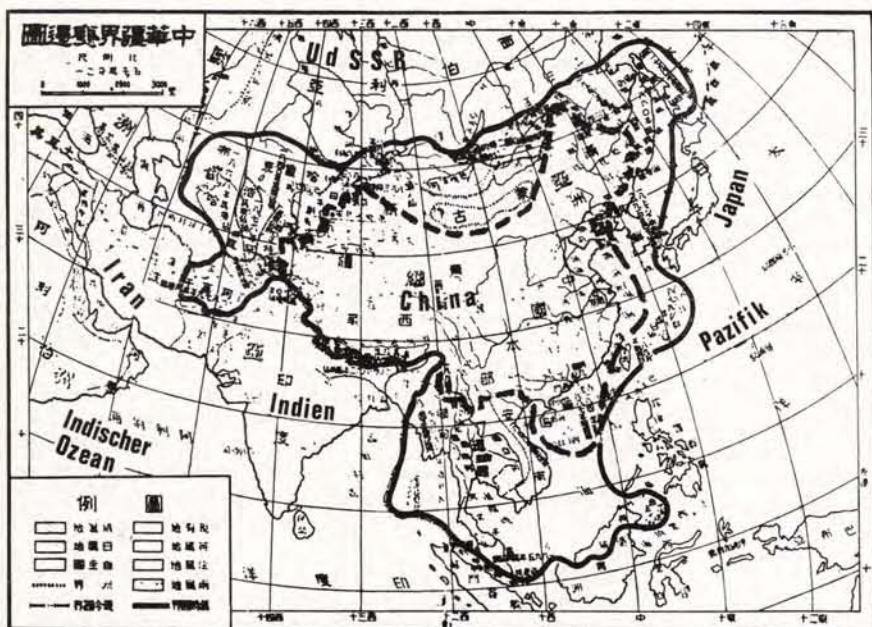


Chinesische Infanterie und Panzertruppen im Angriff



gen Vietnam, wobei die ultranationalistische Führung in Phnom Penh von China mehr militärische Unterstützung erhielt als im gesamten Widerstandskampf gegen die USA! Parallel dazu stellte China seine gesamte Hilfe für Vietnam ein und zog alle Experten aus Ausrüstungen zurück. Eine Kampagne begann im Frühjahr 1978, die zum Ziel hatte, die in Vietnam lebenden Hoas zur Auswanderung nach China zu überreden.<sup>4</sup> Nachdem China gleichzeitig seine Grenzen nach Vietnam völlig geschlossen hatte, hofften die Maoisten, die dort zusammen-treffenden Hoas würden Chaos und Unruhe verursachen. Zwei Ereignisse brachten die Pekinger Führungsclique dann endgültig zur Raserei: Zunächst schloß die SR Vietnam am 3. 11. 1978 einen Freundschafts- und Beistandsvertrag mit der Sowjetunion ab, dann besichtigten die Kämpfer der Nationalen Einheitsfront Kampuchreas am 7. 1. 1979 das verhaßte prochinesische Pol-Pot-Regime.<sup>5</sup> Ihrer Stellvertreter beraubt, gingen

Rückzug der chinesischen Truppen aus Vietnam zu fordern. Vielmehr waren sie darauf bedacht, Geschäfte unter Dach und Fach zu bringen, deren Zustandekommen das Aggressionspotential Chinas nicht unbeträchtlich erhöhen wird. Es handelt sich nämlich um die Lieferung des britischen Senkrechtstarters „Harrier“, sowie eines MBB-Hubschraubers, der mit wenigen Handgriffen zum Militärhubschrauber umgebaut werden kann. Wenn man sieht, wie bedenkenlos die chinesische Führung mit ihrem Angriff auf Vietnam einen neuen Weltkrieg riskiert hat („Spiel mit Dynamit“<sup>8</sup>), dann kann einem angesichts der Kumpanei westlicher Staaten und Rüstungskonzerne mit den Pekinger Kriegstreibern nur Angst und Bange werden. Diesen Eindruck beseitigt auch keineswegs die Erklärung der chinesischen Regierung, der Angriff auf Vietnam sei lediglich eine „zeitlich und räumlich begrenzte Strafaktion.“ Abgesehen davon, daß ein solches Vokabular zur Zeit des klassischen Ko-



**Karte 1 (l.)** wurde kürzlich für den Schulgebrauch neu aufgelegt. Mit der dicken Umrandung markierte man die weit über die Grenzen der VR China reichenden maoistischen Gebietsansprüche unter Berufung auf Kaiserzeiten, d. h. Indochina, Korea, Malaysia, Burma, sowie Teile Afghanistans, Pakistans und der Sowjetunion. Die gestrichelte Linie markiert die gegenwärtige Grenze der VR China.

**Karte 2 (r.)** wurde unmittelbar vor der chinesischen Annexion der vietnamesischen Paracel-Inseln, also Ende 1973, in Peking veröffentlicht. Die gestrichelte Linie zeigt die chinesische Beanspruchung des Südpazifischen Meeres einschließlich aller Inseln und Archipele bis dicht an alle Landesküsten heran. Ziffern-erklärung: 1 China, 2 Vietnam, 3 Malaysia, 4 Palawan (Philippinen), 5 Luzon (Philippinen), 6 Paracel-Inseln (Vietnam), 7 Spratley-Inseln.

die Pekinger Führer nun zu offenen Feindseligkeiten und Kriegsvorbereitungen gegen Vietnam über. Seit Anfang 1979 konzentrierten sie große Truppenverbände an der vietnamesischen Grenze und verstießen allein in der Zeit vom 1.—8. Februar 60 mal gegen die territoriale Integrität Vietnams, wobei 9 Grenzsoldaten getötet und 8 verletzt wurden.

Die eigentliche Großoffensive gegen Vietnam begann jedoch erst, nachdem der chinesische Vizeministerpräsident Deng Xiaoping sich bei seiner USA-Reise Ende Januar der Rücken-deckung Washingtons versichert hatte. Deng gab dort ganz ohne Scheu die Absicht Chinas bekannt, Vietnam anzugreifen: „Die Vietnamesen spielen eine üblere Rolle als die Kubaner, deshalb nennen wir die Vietnamesen die Kubaner des Ostens. Man muß ihnen eine Lehre erteilen, anders geht es nicht.“<sup>6</sup> US-Präsident Carter wies den Chinesen mit keinem Wort zu recht, und so kann es nicht verwundern, wenn sogar bürgerliche Kommentatoren in der BRD konstatieren: „Insbesondere die USA haben sich in den Geruch gebracht, Komplize eines Aggressors zu sein.“<sup>7</sup>

Aber nicht nur die USA müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, China zu seinem Angriff auf Vietnam ermuntert zu haben. Es kann nämlich kaum als Zufall betrachtet werden, wenn der Zeitpunkt der Aggression zusammenfällt mit Besuchen des amerikanischen Finanzministers Blumenthal, des EG-Kommissionsvorsitzenden Jenkins, des britischen Industrieministers Varley und des Chefs von Messerschmitt-Bölkow-Blohm, Gero Madelung, in Peking. Alle diese Herren weilten keineswegs in China, um dort den

lonialismus zur Verschleierung von Massakern imperialistischer Mächte an fremden Völkern diene, muß doch klar festgestellt werden, daß das Ziel der Maoisten darin bestand, die SR Vietnam zu vernichten. Damit sollte der Weg zur Durchsetzung der Pekinger Hegemonieansprüche in ganz Südostasien geebnet und der Vorposten des Sozialismus in diesem Teil der Welt, eben Vietnam, eliminiert werden.

Wenn die chinesischen Truppen jetzt geschlagen — man spricht nach dem Stand vom 7. 3. 1979 von über 45 000 Toten und Verwundeten, sowie der Zerstörung von 400 chinesischen Militärfahrzeugen und 100 Geschützen bzw. schweren Granatwerfern<sup>9</sup> — den Rückzug antreten müssen, dann ist das einzig ein Verdienst des heldenhaften Kampfes der Vietnamesen und der gewaltigen Front der Solidarität mit dem Kampf überall auf der Welt. Eine wahrlich „mißlungene Lektion“<sup>10</sup> der Pekinger Abenteurer.

**Anmerkungen:**

- 1) Vgl. AIB 11—12/1978
- 2) P. Weiss, Zur Lage in Vietnam, in: Deutsche Volkszeitung 7. 12. 1978
- 3) Zit. nach: Zum antimarxistischen Wesen der Militärpolitik der Maoisten, Berlin 1973, S. 29
- 4) Vgl. AIB 10/1978 und 11—12/1978
- 5) Vgl. AIB 2/1979
- 6) Beijing Rundschau, Peking, 13. 2. 1979
- 7) Süddeutsche Zeitung (SZ), 6. 3. 1979
- 8) Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19. 2. 1979
- 9) ADN, Berlin, 7. 3. 1979
- 10) So die SZ, 6. 3. 1979



# Aufruf des Zentralkomitees der KP Vietnams

## Das Vaterland verteidigen!

Landsleute und Kämpfer des ganzen Landes!

Seit dem Morgen des 17. Februar 1979 haben die chinesischen reaktionären Behörden zahlreiche Armeekorps mit 500 000 Soldaten, zahlreichen Panzern und Flugzeugen für einen massiven Angriff entlang der gesamten Grenze unseres Landes von der Provinz Quang Ninh bis zur Provinz Lai Chau mobilisiert. Sie eröffneten wahllos das Feuer, plünderten Hab und Gut, töteten unsere Landsleute, einschließlich Frauen und Kindern, und begingen zahlreiche äußerst barbarische Verbrechen. Die Bevölkerung und die Streitkräfte in den Grenzregionen kämpften mutig, haben die Kolonnen der Aggressionstruppen abgefangen, Zehntausende Feinde außer Gefecht gesetzt, Hunderte Panzer in Brand gesetzt und große Mengen Waffen des Feindes zerstört.

Trotz der schweren Verluste weitet der Feind in arroganter Weise den Krieg aus. Die Kämpfe werden erbittert fortgesetzt. Unser Volk und seine Streitkräfte sind entschlossen, jeden Fußbreit Boden unseres Vaterlandes zu verteidigen. Unsere Landsleute und Kämpfer im ganzen Land, von Kampfesfeier erfüllt, sind entschlossen, über die chinesischen Expansionisten zu triumphieren.

Die UdSSR und die anderen sozialistischen und Arbeiterparteien sowie die fortschrittlichen Kräfte der Welt sind empört, verurteilen energisch die Verbrechen der Aggressoren und unterstützen wärmstens die Sozialistische Republik Vietnam.

Seit langem haben die chinesischen reaktionären Behörden in Absprache mit dem US-Imperialismus die Absicht, unser Land zu annektieren und ihre großmachtexpansionistische Politik zu praktizieren.

Im Jahre 1974 haben sie frech die Paracel-Inseln Vietnams besetzt. In den letzten Jahren zogen sie starke Truppeneinheiten in unmittelbarer Nähe der Nordgrenze Vietnams zusammen, verübten täglich Provokationen, drangen in vietnamesisches Territorium ein und bereiteten fieberhaft einen Krieg großen Ausmaßes vor. Sie benutzten die falsche Völkermordclique Pol Pot/Ieng Sary dazu, entlang der Südwestgrenze unserer Vaterlandes einen Krieg mit dem Ziel zu entfesseln, uns von zwei Seiten zu packen. Sie bemühten sich, die Hoas aufzuhetzen und dazu zu bringen, in unserem Land Unruhe zu stiften.

Die schmachliche Niederlage des chinesischen Expansionismus in Kampuchea ließ sie um so wütender einen Aggressionskrieg gegen Vietnam entfesseln.

Die Wahrheit ist klar: Die reaktionären Peking Behörden sind dabei, ihr hinterhältiges Komplott zur Annexion unseres Landes auszuführen und Schritt für Schritt ihren Expansionismus und Großmachtgegnomismus auf der indochinesischen Halbinsel und in Südostasien zu verwirklichen.

Gegenwärtig sind die reaktionären Peking Behörden der direkte und gefährliche Feind unseres Volkes.

Mit der Aggression gegen Vietnam ließen sie, in schändlicher Absprache mit den Imperialisten und den reaktionärsten Kräften der Gegenwart, ihre scheinbar revolutionäre Maske fallen. Mit ihrer kriegslüsternden und aggressiven Politik verletzen sie zynisch das heilige Recht des vietnamesischen Volkes auf Unabhängigkeit und Freiheit, sabotieren sie die traditionelle Freundschaft zwischen den Völkern beider Länder, verraten sie ganz und gar die revolutionäre Sache, die Interessen und das Gewissen des chinesischen Volkes. Sie wurden zum gefährlichen Feind des gesamten sozialistischen Systems sowie der Bewegung für nationale Unabhängigkeit, Demokratie und Frieden in Asien und der Welt.

Das Gewissen der Menschheit wird erneut herausgefordert. Die Wachsamkeit der Menschheit ist von neuem alarmiert. Mit niederträchtigen Manövern versuchen die Aggressoren, die Weltöffentlichkeit zu täuschen, in der Hoffnung, ihre finsternen Absichten und ihre barbarischen Aggressionsverbrechen verschleiern zu können. Aber die ganze Welt verurteilt sie energisch und bringt gegenüber dem heldenhaften vietnamesischen Volk in seinem Kampf gegen die reaktionären chinesischen Aggressoren wärmstens ihre Solidarität und Unterstützung zum Ausdruck.

Liebe Landsleute und Kämpfer! Der Feind stampft die Berge und Flüsse unseres Landes mit Füßen. Unabhängigkeit, Freiheit und das sozialistische Werk unseres Volkes werden verletzt. Frieden und Stabilität in Südostasien sind bedroht. Unser Volk muß für seine Verteidigung kämpfen. Unser Widerstandskampf gegen die reaktionären chinesischen Aggressoren dauert an. Landsleute aller Nationalitäten im ganzen Land und aller Glaubensrichtungen, Mitglieder der politischen Parteien, Junge und Alte, Männer und Frauen, folgt der Tradition von

Dien Hong. Erheben wir uns alle wie ein Mann zur Verteidigung unseres Vaterlandes!

Landsleute und Kämpfer in den Grenzregionen von Quang Ninh bis Lai Chau, die Ihr prächtiges revolutionäres Heldentum bewiesen und mit großem Mut gekämpft habt, geht mit Siegeslan voraus! Schließt Euch zusammen, um den Feind zu vernichten und weitere Erfolge zu erringen, kombiniert die Handlungen der drei Teilstreitkräfte, greift kraftvoll an, schließt den Ring eng, vernichtet so viel Mann des Feindes wie möglich, verteidigt aktiv das Leben sowie Hab und Gut der Bevölkerung, haltet die Sicherheit in allen Ortschaften aufrecht!

Eure ruhmreiche Aufgabe an vorderster Front des Vaterlandes ist es jetzt, alle Aggressoren von unserem Territorium zu verjagen und entschlossen die Grenzen des Vaterlandes zu verteidigen.

Landsleute und Kämpfer im ganzen Land! Bringt Euren revolutionären Elan zur Geltung, wetteifert mit eiserner Disziplin und hoher Arbeitsproduktivität um neue Produktionserfolge, versorgt die Front maximal mit Nachschub; nehmt aktiv an der militärischen Ausbildung teil, erhöht die Wachsamkeit und seid bereit, den Aggressionskrieg des Feindes unter allen Umständen zu durchkreuzen.

Bei jeder Prüfung der Geschichte wächst die Kraft unseres Volkes, läßt es seinen Mut, seine Intelligenz und seinen schöpferischen Geist in der Produktion und im Kampf voll wirksam werden, mehrt es seine materiellen und moralischen Kräfte, um den Feind zu besiegen.

Jedes Dorf, jeder Betrieb, jede Genossenschaft, jeder Ort, jeder Kreis ist eine feste Bastion gegen die Aggressoren. Jede Provinz, jede Stadt ist ein Schlachtfeld, das ganze Land ist ein Schlachtfeld, jede Region unseres Landes, wo sie auch sei, ist ein Chi Lang oder ein Dong Da. Unsere Gewässer und unsere Flüsse sind Bach Dangs und Ham Tus. Mitglieder der Kommunistischen Partei und des Kommunistischen Jugendverbandes, Ihr, denen die Verantwortung und die Ehre zukommt, in der Produktion, im Kampf, in der Arbeit und beim Lernen in den ersten Reihen zu marschieren, erweist Euch des Vertrauens des Volkes würdig!

Vietnamesische Landsleute im Ausland, bringt Euren Patriotismus und Euren Geist der Solidarität zur Geltung, entwickelt die Freundschaft mit den Völkern der Länder, in denen Ihr lebt, tragt zum heiligen Widerstand der Nation bei!

Der Expansionismus und Großmachtgegnomismus Pekings sind eine Gefahr nicht nur für das vietnamesische Volk, sondern auch für den Frieden, die Unabhängigkeit, die Freiheit und den gesellschaftlichen Fortschritt der Länder Südostasiens und der ganzen Welt.

Die kommunistische Partei Vietnams richtet den dringenden Appell an die kommunistischen und Arbeiterparteien der Welt, an die revolutionären Bewegungen und internationalen demokratischen Organisationen, an die Völker und Regierungen aller Länder, im Namen des Friedens und der Gerechtigkeit die aggressiven chinesischen Reaktionäre energisch zu verurteilen, rechtzeitig der verbrecherischen und äußerst gefährlichen, abenteuerlichen Kriegspolitik der reaktionären Peking Behörden entgegenzuwirken und ihnen nicht zu erlauben, die Weltöffentlichkeit in der Hoffnung zu betrügen und zu verhöhnen, ihre barbarischen Aggressionsverbrechen am vietnamesischen Volk zu verschleiern.

Im Namen des Friedens und der traditionellen Freundschaft zwischen Vietnam und China appellieren wir eindringlich an die wahrhaften Kommunisten Chinas und das chinesische Volk, energisch Protest zu erheben, um der reaktionären Politik und dem ungerechten Krieg der reaktionären Peking Behörden rechtzeitig Einhalt zu gebieten. (...)

Je mehr die reaktionären chinesischen Aggressoren ihren Krieg ausweiten und verlängern, um so mehr werden unsere Streitkräfte und unser Volk im ganzen Land den Kampf verstärken und zweifellos den völligen Sieg erringen.

„Nichts ist wertvoller als Unabhängigkeit und Freiheit.“ Diese Lehre des großen Ho Chi Minh gibt uns stets Kraft. Mögen unsere ganze Partei, unser gesamtes Volk, alle unsere Streitkräfte wie ein Mann mutig vorwärtsschreiten — entschlossen zum Kampf und zum Sieg!

Die reaktionären chinesischen Aggressoren werden eine Niederlage erleiden!

Das vietnamesische Volk wird unbedingt siegen!

(Quelle: Verlautbarung des Zentralkomitees der KP Vietnams an das Volk und die Streitkräfte, Hanoi, 4. 3. 1979)



Jürgen Reusch

# Chinas Pakt mit den Westmächten



Deng Xiaoping (l.) bei der Unterzeichnung des chinesisch-amerikanischen Kooperationsvertrages mit US-Präsident Carter und bei seinem Staatsbesuch in Tokio mit Japans Ministerpräsident Fukuda im November 1978 (r.)

Deng Xiaoping erklärte es bei seinem USA-Besuch im Januar 1979 als vordringliches Ziel der chinesischen Außenpolitik, eine weltweite Einheitsfront gegen die Sowjetunion zusammenzubringen. Kernbestandteil sei das Bündnis zwischen den USA und China. Die Pekinger Führung manövriert sich auf diese Weise in einen zunehmenden Widerspruch gegenüber den Entwicklungsländern und Befreiungsbewegungen, denen gegenüber sie ja den Anspruch eines „wahren Fürsprechers“ erhebt. Die Zusammenarbeit der chinesischen Führung mit den imperialistischen Hauptzentren und Bündnissystemen ist so eng geworden, wie es sich selbst reaktionäre Politiker vor einiger Zeit noch nicht träumen ließen. Dem liegen in der Tat „grundsätzlich ähnliche Ansichten in den meisten internationalen Fragen“ zugrunde, wie Carters Sicherheitsberater Z. Brzezinski als Fazit aus einem China-Besuch im Mai 1978 formulierte.

## „Chinesische Karte“ — für wen?

In den Vordergrund tretende aggressivere Kräfte in den imperialistischen Führungszentren neigen dazu, die „chinesische Karte“ im Kampf gegen Entspannung und Abrüstung zu „spielen“. Peking wiederum hofft, von sich zuspitzenden Konflikten zwischen Sozialismus und Imperialismus zu profitieren und plant eine engere ökonomische und militärische Zusammenarbeit zwischen China und dem Imperialismus, um mit Hilfe des Westens Chinas Modernisierungspläne zu verwirklichen. Deshalb setzt die chinesische Führung bewußt auf die am meisten reaktionären und aggressiven politischen Strömungen in Europa, Japan und den USA.

Im Februar 1978 schloß China mit der EG einen Handelsvertrag ab, der diese zum größten chinesischen Handelspartner nach Japan werden läßt; kurz danach reiste eine EG-Spitzendelegation (unter ihr der Bonner EG-Kommissar Haferkamp) nach China, um Maßnahmen der Realisierung des Abkommens einzuleiten. Die chinesische Führung läßt keine Gelegenheit aus, den engeren ökonomischen und besonders auch politischen Zusammenschluß der westeuropäischen Staaten zu fordern; die engen Beziehungen Pekings zur EG sind nämlich nicht nur wirtschaftlicher, sondern auch politischer Natur. Hier soll ein Potential gegen die Sowjetunion aufgebaut werden, das in der Lage ist, eine Hauptrolle bei der Destabilisierung der Lage in Europa zu spielen, also stärker als selbständig agierendes

imperialistisches Teilbündnis hervortritt.

Das entspricht exakt der Europakonzeption des F. J. Strauß, dessen Intimus Zimmermann denn auch von seiner China-Reise im März 1978 den Eindruck mitbrachte, eine Stärkung des westeuropäischen Zusammenschlusses und eine Stärkung Chinas lägen im beiderseitigen Interesse, nämlich der Zurückdrängung der „sowjetischen Bedrohung“. Das ist die „chinesische Karte“, die Strauß auch beim diesjährigen Aschermittwochtreffen in Passau meinte, als er wiederholte, der Bundesregierung sei es bisher nicht gelungen, die wachsende Bedeutung der VR China im internationalen Weltgeschehen in ihre Außenpolitik einzubauen.

Auf Europa zielte auch die Balkan-Reise des chinesischen Ministerpräsidenten Hua Guo-feng im vergangenen Jahr. Er wurde nicht müde, seinen Gastgebern in Belgrad und Bukarest mehr Zuverlässigkeit gegenüber imperialistischem Wehen anzuraten und warnte aufdringlich vor dem angeblichen „Hegemonismus“ der Sowjetunion. In Arbeitsteilung mit dem Imperialismus sollte hier ein Klima geschaffen werden, das Spannungen, Wettüben und Gefährdung des Weltfriedens zum Inhalt hat. Deshalb verfolgte die Rechtspresse diesen Besuch auch mit bemerkenswert großer Sympathie.

## Dengs Allianzofferte in Washington

Die NATO drängt Peking auf verstärkten Konfrontationskurs gegenüber dem Sozialismus, um die Vereinbarungen von Helsinki rückgängig zu machen, die Wiener Verhandlungen über Truppenreduzierungen in Mitteleuropa zum Abbruch zu bringen und das Wettüben zu steigern. Daher solidarisierte sich auch die chinesische Führung mit dem auf den jüngsten NATO-Ratstagungen beschlossenen Langzeitprogramm, das neue Rüstungsmammutprojekte vorsieht — und das parallel zur UNO-Sonderkonferenz über Abrüstung! Sie ist nicht nur Unterstützer, sondern aktiver Partner und wird auch als solcher ins Kalte gezogen.

General Bennecke, früherer NATO-Oberkommandeur in Mitteleuropa, konzidierte, China leiste schon jetzt einen Beitrag zur äußeren Sicherheit Europas, denn es binde 1/4 der sowjetischen Streitkräfte. Und Oberkommandeur Haig hatte allen Grund zu der Feststellung, China sei praktisch das „16. Mitglied der NATO“, d. h. auch, wie es die Frankfurter Allgemei-



ne Zeitung (10. 1. 1976, 13. 7. 1978) formulierte, ein wichtiger Baustein der imperialistischen Umkreisung der Sowjetunion. Der Besuch Deng Xiaopings in Washington vom Januar 1979, der die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Ländern krönen sollte, brachte den Pekinger Großmachtchauvinismus wie selten ins Scheinwerferlicht. Rasch wurde klar, daß es nicht um Stabilisierung und Friedenssicherung ging, sondern — wie Deng am 5. 2. 1979 in einem Interview mit der US-Zeitschrift Time erklärte — um eine weltweite Allianz gegen den sowjetischen „Eisbären“, um die Beendigung der Entspannung, die Sabotage von SALT-2, das Anheizen des Wettrüstens. Die Falken im Pentagon spürten Oberwasser, und die abschließende gemeinsame Presseerklärung enthielt gefährliche Zugeständnisse an aggressive, entspannungfeindliche Tendenzen.<sup>2</sup>

Deng forderte in Washington unverblümt, der Westen müsse China militärisch aufrüsten. Auf diesem Weg ist es schon gefährlich weit gekommen, denn seit Herbst 1978 stehen in den NATO-Gremien die Signale für Waffenlieferungen an China auf grün. Die USA, Frankreich, England, die BRD sind in China-Waffengeschäfte verwickelt. Peking hat Kontakte aufgenommen zu zahlreichen hohen Offizieren imperialistischer Länder, hat Waffensysteme gekauft wie „Milan“, „Hot“, „Harrier“, den Hubschrauber BO-105.

Der britische Rüstungskonzern Vickers baut für China den Prototyp eines neuen Panzers, die Triebwerke des neuentwickelten chinesischen Düsenjägers F-12 stammen von den Rolls Royce. Seit 1975 pflegt Peking enge Kooperation mit Messerschmitt-Bölkow-Blohm; sie wurde mitten während der Aggression auf Vietnam durch drei neue Abkommen erweitert.<sup>3</sup> Das sind nur einige Beispiele, die das Ausmaß dieser Zusammenarbeit beleuchten. Hier wird ein Unruheherd geschaffen, von dem durchaus eine ernsthafte Gefährdung des Weltfriedens ausgehen kann.

Ähnlich verhält es sich mit Chinas Handelsbeziehungen zu den kapitalistischen Ländern. Die Pekinger Führung ist seit etwa einem Jahr zu langfristigen Kreditgeschäften übergegangen, die jetzt schon in Milliardenhöhe liegen und die gesamte Wirtschaft des Landes in enger Bindung an den Westen umkrempeln sollen. Das gefährliche Moment liegt auch hier nicht in Handelsbeziehungen „an sich“, sondern darin, daß diese Beziehungen



1967 waren noch Demonstrationen gegen den US-Imperialismus in China die Regel

und ihre Ergebnisse zur Untergrabung der Entspannung und zur Abstützung von Pekings Großmachtplänen mißbraucht werden sollen.

Welch ein weiter Weg ist hier zurückgelegt worden! 1949 hatte sich die VR China ins neuentstandene sozialistische Weltssystem eingegliedert und eine wichtige Rolle im antiimperialistischen Kampf gespielt.

Der VIII. Parteitag (1956) bekräftigte die Prinzipien der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung, das Bündnis mit der Sowjetunion und den proletarischen Internationalismus.<sup>4</sup> China leistete einen wichtigen Beitrag zum Kampf gegen die USA-Aggression auf Korea, wirkte konstruktiv mit an der Bandung-Konferenz von 1955 (Konstituierung der Nichtpaktgebundenenbewegung), schloß 1954 einen Vertrag mit Indien, in dem die Prinzipien der friedlichen Koexistenz in vorbildlicher Weise niedergelegt waren. Der VIII. Parteitag legte ausdrücklich fest, diese internationalistische Politik auch in Zukunft fortzusetzen.

Doch 1957/58 gelang es den Kräften um Mao, ihren großmachtchauvinistischen Kurs durchzusetzen. Mao Tse-tung erklärte China nun zu dem „Zentrum der Weltrevolution.“ Der Antisowjetismus wurde mehr und mehr zum bestimmenden Element der chinesischen Außenpolitik. Besonders in der „Polemik über die Generallinie“ in der kommunistischen Weltbewegung wurde deutlich<sup>5</sup>, daß die chinesische Führung die stark angewachsene Rolle der nationalen Befreiungsbewegungen vom Gesichtspunkt ihrer Verwertbarkeit für ihr Hegemoniestreben betrachtete und sich selbst als führende Kraft eines dritten Blocks in Asien, Afrika und Lateinamerika zu etablieren suchte.

### Chinas konträrer UNO-Standort

Der Maoismus, entsprechend seinen kleinbürgerlichen sozialen Ursprüngen, leugnete die internationale Bedeutung des Weltproletariats und ernannte die Entwicklungsländer zur revolutionären Hauptkraft (siehe Beitrag zu den maoistischen Doktrinen), was in Wirklichkeit, da es sie ihres Bündnisses mit dem Sozialismus und der Arbeiterbewegung berauben sollte, eine Herabwürdigung ihrer Bedeutung darstellte. Die maoistischen Ideologen setzten die friedliche Koexistenz gleich mit kapitulantenhafter Erhaltung des Status quo — was sie besonders der Sowjetunion anlasteten — und produzierten sich als wahre Hüter des proletarischen Internationalismus.

Dieser Kurs brachte China in teilweise dramatische Konflikte mit den sozialistischen Ländern, der kommunistischen Weltbewegung und den nationalen Befreiungsbewegungen.

Ein Gradmesser ist Chinas Rolle in der UNO, der es seit 1971 angehört. In zahlreichen Fällen (z. B. Chile, Bangladesh, Naher Osten) stellte sich die chinesische Führung gegen die sozialistischen und die nichtpaktgebundenen Staaten und machte de facto mit den imperialistischen Ländern gemeinsame Sache. Im Januar 1979 trat sie vor dem UN-Sicherheitsrat erstmals gemeinsam mit den USA als Initiator eines Interventionsversuches gegen die zweite Befreiung Kampuchreas und das mit den Befreierern solidarische Vietnam hervor (siehe AIB 3/1979). Im Februar 1979 versuchten China und die USA gemeinsam, die chinesische Aggression gegen Vietnam als „gerechte Strafe“ für Vietnams angebliche „Invasion“ im Kampuchea zu rechtfertigen. China befand sich dabei wiederum in einer Front mit den gesamten NATO-Staaten.

In einer Grundsatzfrage wie dem Kampf der Entwicklungsländer um eine Weltwirtschaftsordnung (NIWO) versuchte der chinesische Außenminister Huang Hua auf der XXXIII. UN-Vollversammlung (1978), diesem Streben eine antisowjetische Stoßrichtung zu unterstehen. Er stellte die UdSSR als Hauptgegner der NIWO dar und lobte die verbesserte Zusammenarbeit der „dritten“ und der „zweiten“ Welt, d. h. er stilisierte faktisch Praktiken des Neokolonialismus als positive Ansätze



# Chinas Kurs im Nahen und Mittleren Osten

Gewisse Zeit stand die Politik der VR China im Nahen und Mittleren Osten unter den Vorzeichen des Antiimperialismus und einer militanten Solidarität mit den Befreiungsbewegungen.

Mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Ägypten im Mai 1956 vermittelte China als führendes Mitglied der Nichtpaktgebundenen sowjetische Waffenlieferungen an das Nilland und solidarisierte sich mit der Regierung Nasser im Kampf gegen die Suez-Aggression Großbritanniens, Frankreichs und Israels vom November 1956. Man bot sogar die Entsendung chinesischer Freiwilliger an. Als es 1959 zu einer vorübergehenden Krise der ägyptisch-sowjetischen Beziehungen wegen Nassers Angriffen auf die Linkskräfte in Ägypten, Syrien und dem Irak kam, forderte ihn die chinesische Regierung auf, seine anti-kommunistische Politik gegenüber dem Irak und seine „undankbaren Attacken auf die Sowjetunion“ zu beenden (zit. nach: Orient, Hamburg, Nr. 2/1976, S. 17).

In dieser Phase unterstützte China sowohl die sowjetische Position für einen gerechten Nahostfrieden (Einlösung der nationalen Rechte des arabischen Volkes Palästinas neben Israel) als auch den Befreiungskampf der algerischen Nationalen Befreiungsfront (FLN), der 1964 gegründeten Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), der Befreiungsfront des Oman (PFLO) und anderer progressiver Kräfte der Region.

## Ja zu Sadats Kapitulationspolitik

Als 1965 eine PLO-Delegation in Peking weilte, setzte Mao Tse-tung noch antiimperialistische Akzente: „Der Imperialismus fürchtet China und die Araber. Israel und Formosa sind Basen des Imperialismus in Asien . . . Asien ist der Welt größter Kontinent und der Westen möchte ihn weiterhin ausbeuten. Der Westen, dessen müssen wir uns bewußt sein, mag uns nicht. Die arabische Schlacht gegen den Westen ist die Schlacht gegen Israel. Deshalb, Ihr Araber, boykottiert Europa und Amerika!“ (Al Anwar, Beirut, 6. 4. 1965)

In der Praxis gab jedoch schon in der ersten Hälfte der 60er Jahre der Antisowjetismus der chinesischen Nahostpolitik zunehmend das Gepräge. Im Dezember 1963 suchte Ministerpräsident Tschou En-lai in Kairo Nasser den Ausbau der Beziehungen zu China als Alternative zur sowjetischen Hilfe aufzudrängen, da ein sowjetisch-amerikanisches Komplott gegen die arabische Seite im Nahostkonflikt existiere. Als eine angebliche Verschwörung der „Supermächte“ USA und Sowjetunion klagte Peking nach der vernichtenden arabischen Niederlage im Junikrieg 1967 auch die sowjetische Zustimmung zu der Kompromiß-Resolution 242 im Weltsicherheitsrat an. Die maoistische Führung hingegen forderte die arabischen Frontstaaten auf, den Kampf unverzüglich fortzuführen. Als Nasser erwiderte, Ägypten habe seine Armee verloren, könne also im Falle der Ablehnung eines Waffenstillstands seine völlige Zerstörung einhandeln, sandte Mao Tse-tung ihm einen Aktionsvorschlag. Danach sollte die ägyptische Armee in selbständige, im Volk verankerte Brigaden unterteilt werden, um nach Guerillamanier allenorts gegen Israel loszuschlagen. Nasser hielt dem entgegen, die Sinai-Halbinsel sei eine deckungs- und wasserlose Wüste, wo derartige Brigaden aussichtslos bleiben müßten, zumal „wir im Sinai keinen Volksbefreiungskrieg führen (können), weil es dort kein Volk gibt.“ (M. Heikal, Das Kairo-Dossier, Wien/München/Zürich 1972, S. 265/266)

Dasselbe Abenteuererturn legte Peking auch im Ausklang des Oktoberkrieges 1973 an den Tag, als es trotz der immer offensichtlicheren israelischen Terraingewinne gegen Syrien und Ägypten deren Ja zum Waffenstillstand (UN-Resolution 338) anklagte. Mit dem Vorwurf, die beiden „Supermächte“ sabotierten den Kampf der Araber, begründete man sein Fernbleiben von den Abstimmungen im UN-Sicherheitsrat. Desgleichen wandte sich die chinesische Führung energisch gegen die Einberufung und Wiederaufnahme der Genfer Nahostfriedenskonferenz, womit sie die Separatdiplomatie und neokolonialistische Gegenoffensive der USA begünstigte.

An der Wende der 60er/70er Jahre bot die Verabsolutierung des bewaffneten Kampfes seitens der PLO für die maoistische Einflußnahme („Alle Macht kommt aus den Gewehrläufen!“) noch ideale Ansatzpunkte, die freilich mit der politisch-diplomatischen Aufwertung der PLO seit 1974 und ihrer schließlichen Bejahung der Genfer Nahostkonferenz zusehends schwanden. In der Stunde der Bewährung, auf dem Höhepunkt des Libanonkrieges 1976 war es dann die Sowjetunion, und nicht die VR China, welche dem palästinensischen Widerstand mit materiell-militärischer Hilfe den tatkräftigsten Beistand leistete.



Toast auf den Schah: Hua Guo-feng im Herbst 1978 in Teheran

Noch 1975 hatte Peking in einer offiziellen Verlautbarung die PLO gewarnt, sich nicht von „kapitulationalistischen“ Arabern manipulieren zu lassen, doch im Februar 1978 befürwortete sie selbst offen Sadats spalterische Separatinitiative. Der Nachrichtenagentur Neues China vom 5. 2. 1978 zufolge erklärte Hua Guo-feng dem ägyptischen Sonderbotschafter Tohami, Sadats Haltung gegenüber Israel sei „rechtmäßig und in Übereinstimmung mit den Interessen der Ägypter, Palästinenser und anderer arabischer Völker.“ Ein klareres Votum gegen den arabischen Befreiungskampf und für eine „amerikanische Lösung“ des Nahostkonflikts konnte es kaum geben. Im Politischen Bericht der PLO-Exekutive an den 14. Palästinensischen Nationalrat wurde denn auch das „Fehlen einer klaren und offenen Haltung Chinas gegenüber den Handlungen der USA in der Region“ kritisiert.

## Paktieren mit Numeiri, Quabus, den Sauds und dem Schah

Von dem einstmaligen chinesischen Bekenntnis zur revolutionären Beseitigung des feudalmonarchistisch-bourgeois Systems der Region ist nichts geblieben.

Das bourgeoise, proimperialistische Sadat-Regime wird seit seiner Aufkündigung des Freundschaftsvertrages mit der Sowjetunion 1976 als Symbol des arabischen „Unabhängigkeitswillens“ gefeiert. Die Gendarmenrolle des Schah-Regimes am Persischen Golf und dem Indischen Ozean lobte Chinas Vize-Ministerpräsident Li Hsien-nien bei seinem Staatsbesuch im April 1975 im Iran hoch: Der Schah habe „nützliche Beiträge zum antiimperialistischen, anticolonialistischen und antihegemonistischen Kampf der Völker der Welt geleistet.“ (Peking Rundschau, 15. 4. 1975) Hua Guo-feng befürwortete noch im August 1978 in Teheran die Schah-Politik und die aggressive Strategie des angloamerikanisch geführten vorderasiatischen CENTO-Paktes (Iran, Türkei, Pakistan).

Das feudalmonarchistische neokoloniale Stellvertreterregime Saudi Arabiens preist man in Peking wegen seiner angeblich alternativen „Wirtschaftshilfe für die Dritte Welt“ und für die „nationalen Befreiungsbewegungen“ an (Peking Rundschau, 3. 10. 1978). Nicht genug damit, verband der chinesische Außenminister Huang Hua im Mai 1978 die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zum reaktionären Regime des omanischen Sultans Quabus mit Bescheinigung, es habe sich unablässig „bemüht, die nationale Souveränität aufrechtzuerhalten, nationale Rohstoffquellen zu schützen, die nationale Wirtschaft und Kultur zu entwickeln, und dabei beachtliche Erfolge erzielt.“ (News from Oman, November 1978) Und das zu einem Marionettenregime, das mit der Übergabe der Insel Masirah an die US-Marine, der Ölfelder an angloamerikanische Ölmultis und dem Einsatz iranischer Interventionstruppen beispielhaften nationalen Ausverkauf betreibt!

So kann es nicht mehr verwundern, daß China den von den USA und der ostarabischen Reaktion gehegten Plan eines Paktes am Roten Meer nachdrücklich unterstützt und die somalische Aggression gegen das revolutionäre Äthiopien, die nordjemenitisch-saudischen Wüργerversuche gegen den Südjemen oder die NATO-Teilungspolitik auf Zypern gutheißt. Das Paktieren der maoistischen Führung mit den Westmächten und der Reaktion des arabisch-persischen Raumes ist heute soweit fortgeschritten, daß Maos Glückwunsch und 80 Mio-Dollar-Belohnung für den sudanesischen Kommunistenhenker Numeiri im Juli 1971 beinahe als Regelfall erscheint.



einer neuen Ordnung.<sup>6</sup> Der Hauptinhalt dieses Kampfes, die Zurückdrängung der Macht der multinationalen Konzerne, würde damit zunichte gemacht.

China ist ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrats und könnte von daher den Gang der Weltereignisse sehr positiv beeinflussen. Das Abrüstungsproblem beweist, daß das Gegenteil der Fall ist.<sup>7</sup> Die Pekinger Führer waren neben Pinochet und Südafrika die einzigen, die sich in der UNO gegen die Vorschläge der UdSSR und der anderen sozialistischen Länder zur Einberufung einer Weltabrüstungskonferenz wandten, ebenso gegen ihre Vorschläge des vollständigen Verbots der Produktion und Anwendung von Kernwaffen, des Verbots der Herstellung neuer Massenvernichtungswaffen, des Vorschlags, nicht als erste Atomwaffen anzuwenden usw.

Die VR China weigerte sich auch, der Kürzung der Rüstungsausgaben der ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats um 10 % und die Ausnutzung eines Teils der eingesparten Mittel für die Entwicklungsländer zuzustimmen. Sie wandte sich ebenfalls gegen ein allgemeines Gewaltverbot in den internationalen Beziehungen, gegen die Annahme der UN-Definition des Begriffs der Aggression (1974) und gegen die Sicherheitsresolution über die Unzulässigkeit von Gebietserwerb durch Gewaltanwendung. Nachdem die Pekinger Führung das Stattfinden der UN-Sondertagung zur Abrüstung nicht hatte verhindern können, hielt dort Huang Hua ein von Antisowjetismus strotzendes Plädoyer für die faktische Unmöglichkeit der Abrüstung.

Gleichzeitig erwies sich, daß der Maoismus in solchen Fragen, vor allem mit Rücksicht auf die Entwicklungsländer, zum Lavieren gezwungen ist und beispielsweise versucht, die Abrüstung in einer Weise zu blockieren, daß Peking von den Nichtpaktgebunden nicht dafür verantwortlich gemacht werden kann. Da es jedoch an Positionen festhält, wie die Neutronenbombe sie für die USA und Westeuropa unverzichtbar,<sup>8</sup> gerät es immer wieder in scharfe Konflikte mit den Nichtpaktgebunden und Befreiungsbewegungen, die alle Erfolge im Kampf um nationale Unabhängigkeit gegen den Neokolonialismus der USA, der EG, der NATO usw. durchsetzen müssen.

### Kollisionskurs gegen Befreiungsbewegungen

Zweiter Gradmesser des Rechtsdrifts der chinesischen Außenpolitik ist das Kollidieren mit den Befreiungsbewegungen, wie ein Blick auf Pekings Aktivitäten in Afrika und Asien skizzieren mag.<sup>9</sup>

Im Mai 1978 bezeichnete Deng Xiaoping China als die „NATO des Ostens“.<sup>10</sup> Einen Monat später sicherte er Peking-Besucher Z. Brzezinski zu, die NATO bei bewaffneten Einmischungen in **Afrika** zu unterstützen. Als erstmals seit dem Vietnamkrieg NATO-Söldner in einem anderen Kontinent direkt eingriffen und einen Aufstand in der Provinz Shaba gegen das korrupte Mobutu-Regime **Zaires** blutig niederschlugen, spendete der Pekinger Assistent unverzüglich Beifall und übernahm bedenkenlos die CIA-Legenden, dieser Volksaufstand sei von der Sowjetunion und Kuba inszeniert. Peking kam dem bedrängten Mobutu mit Militärberatern und Waffenlieferungen (Panzer, Patrouillenboote) zu Hilfe und ist bis heute einer der besten Verbündeten dieses besonders verfaulten und proimperialistischen Regimes, das unlängst seinen Staatsbankrott erklärte und die imperialistischen Regierungen bat, die Verwaltung des Landes zu übernehmen.<sup>11</sup>

Im **Angolakrieg** 1975/76 leistete China Waffen- und Ausbildungshilfe für die CIA-Spalterorganisationen FLNA, UNITA und FLEC, unterstützte es die Aggressorstaaten Südafrika und Zaire gegen die angolische Revolutionsregierung der MPLA. Die Maoisten nahmen auch gegenüber dem revolutionären **Äthiopien** eine feindselige Haltung ein. Sie paktieren mit Somalia, dessen Isolierung in Afrika stark zunahm, seit es versuchte, die äthiopische Provinz Ogaden mit einem Eroberungskrieg zu annektieren. Hier trugen CIA-Intrigen Früchte, die einen Ausgleich für die ehemalige imperialistische Bastion Äthiopien un-

## Stellungnahme des ANC zu China

Erst vor vier Jahren hat das heroische Vietnam einen wohlverdienten Frieden und seine Unabhängigkeit nach Jahrzehnten des Volkskrieges wiedergewonnen, der mit der Niederlage des französischen Kolonialismus und der Aggression und Besetzung durch die Vereinigten Staaten endete.

Am 17. Februar fielen die Streitkräfte Chinas — erneut bemüht, diesen Frieden und die Unabhängigkeit zu gefährden — in die Sozialistische Republik Vietnam ein und verwirklichten so ein Ziel, für das die Führung Chinas über eine Periode von vielen Monaten Vorbereitungen getroffen hatte. Während dieser Periode ermutigte und unterstützte die chinesische Führung das Pol-Pot-Regime in Kampuchea dazu, Aggressionsakte gegen Vietnam zu unternehmen, stachelte gesellschaftliche Schwierigkeiten innerhalb Vietnams an und schuf entlang der vietnamesisch-chinesischen Grenze durch die Massierung von Truppen und Grenzverletzungen einen Zustand der Spannung.

Während derselben Periode, am 14.1.1979, traf eine Delegation der Regierung der Volksrepublik China unter Leitung von Vizepremierminister Li Hsien Nien, auf die Bitte des Vizepremieres hin, Vertreter des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) in Lusaka. Während dieses Treffens drückte die chinesische Seite die Bereitschaft Chinas aus, die Beziehungen mit dem Afrikanischen Nationalkongreß auf der Basis ihrer Unterstützung für unseren Kampf und die Politik des ANC sowie einer gemeinsamen Feindschaft gegen imperialistische Vorherrschaft zu normalisieren.

Die nackte Aggression gegen Vietnam hat indessen gezeigt, daß dies kein ernsthafter Versuch war, sondern ein Versuch war, den ANC in eine reaktionäre Speerspitze gegen die fortschrittlichen Kräfte in der Welt umzubilden.

In Loyalität zu den Prinzipien der Einheit und der Solidarität unter allen Kräften, die gegen Rassismus, Kolonialismus, Zionismus, Faschismus und Imperialismus kämpfen, und überzeugt davon, daß unser eigenes System der internationalen Beziehungen von einem ehrenhaften Handeln unterstrichen werden muß,

■ verurteilt das Nationale Exekutivkomitee des Afrikanischen Nationalkongresses im Namen unserer gesamten Mitgliedschaft und der breiten Mehrheit unseres Volkes vorbehaltlos den verbrecherischen Aggressionsakt, den China gegen die Sozialistische Republik Vietnam begeht und verlangt den unverzüglichen und bedingungslosen Abzug aller chinesischen Truppen aus und die Einstellung aller Feindseligkeiten und Aggressionsakte gegen Vietnam;

■ drückt das Nationale Exekutivkomitee seine vollständige Solidarität mit der Regierung und dem Volk der Sozialistischen Republik Vietnam aus und ruft alle friedliebenden Kräfte auf, das heroische Volk von Vietnam zu unterstützen;

■ erklärt das Nationale Exekutivkomitee seine Bereitschaft, die Beziehungen mit der Volksrepublik China zu normalisieren, sobald China in die Reihen der Kräfte zurückkehrt, die ernsthaft für die Befreiung aller unterdrückten Völker, gegen Imperialismus, für nationale Unabhängigkeit, Demokratie, Frieden und sozialen Fortschritt kämpfen.

Alfred Nzo, Generalsekretär

(Quelle: African National Congress, Press Statement, Lusaka, 22. 2. 1979)

ter Haile Selassie schaffen wollten. Als das bedrängte Äthiopien — wie schon zuvor Angola mit Erfolg — Kuba und die UdSSR um Hilfe bat, reagierten die Pekinger Führer mit wütenden anti-äthiopischen Angriffen und luden Somalias Präsident Siad Barre nach Peking ein. Sie schlossen mit ihm ein Abkommen über verstärkte wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit, lieferten über Pakistan auch Waffen an Somalia und honorierten die intensivierten Beziehungen der BRD und der EG zum Barre-Regime.<sup>12</sup>

Seit einiger Zeit unterstützen sie auch eine Separatistenbewegung in Eritrea gegen das revolutionäre Äthiopien.<sup>13</sup>

Entsprechend ihrer „Drei-Welten“-Theorie versucht die Pekinger Führung in **Asien** verstärkt Japan in ein reaktionäres Bündnis einzubeziehen. Im August 1978 schlossen beide Länder einen „Friedens- und Freundschaftsvertrag“ ab, der an die anti-sowjetischen Züge des gemeinsamen Kommuniqués von 1972 anknüpft und der UdSSR Hegemoniegelüste unterstellt. Die Pekinger Führung benutzt ihn, besonders auf Asien bezogen, als politische und propagandistische Waffe im Kampf um eine



Vormachtstellung. Anlässlich seines Japan-Besuchs forderte Deng Xiaoping die weitere US-Präsenz in Ostasien und ermunterte Japan zu verstärkter Aufrüstung.<sup>14</sup>

In seinem schon berüchtigten Time-Interview bekräftigte Deng diese Auffassungen und ergänzte, auch die Koreanische VDR solle von den USA für ein antisowjetisches Bündnis gewonnen werden, und im gleichen Sinne sei der südostasiatische **ASEAN-Pakt** zu nutzen. Zu den ASEAN-Staaten gehören die Philippinen, Malaysia, Indonesien, Singapur und Thailand. Im Herbst 1978 suchte Deng sie der Reihe nach auf und drängte sie auf ein stärkeres gemeinsames Vorgehen gegen Vietnam und die Sowjetunion; als Preis stellte er die Einstellung der Pekinger Unterstützung für einige in diesen Ländern operierende, maoistisch orientierte Guerilla-Organisationen in Aussicht. Unter ihnen erfreut sich Thailand — besonders seit der zweiten Befreiung Kampuchreas vom Januar d. J. — eines besonders intensiven Pekinger Liebeswerbens, aus strategisch erklärbaren Gründen.

Sowohl beim Vertrag mit Japan als auch bei der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit den USA machte die Pekinger Führung deutlich, daß sie bereit ist, um eines antisowjetischen Bündnisses willen auf die Lösung der **Taiwan-Frage** zu verzichten. In Taiwan könne der Kapitalismus erhalten und die Anbindung an die USA bestehen bleiben, erklärte Deng in Vorbereitung seines USA-Besuchs; d. h. die Pekinger Führung bietet einen Bestandteil chinesischen Territoriums den USA als Köder für eine gemeinsame Konfrontationspolitik an.

Schon in den 60er Jahren hatte die Pekinger Führung **Vietnam** unter Druck gesetzt und als Experimentierfeld für maoistische Strategien und Hegemoniebestrebungen zu mißbrauchen versucht.<sup>15</sup> Sie machte nach der Befreiung und Wiedervereinigung Vietnams immer deutlicher, daß sie ein mit den anderen sozialistischen Ländern verbündetes, unabhängiges, dem Maoismus nicht unterworfenen Vietnam nicht zu dulden bereit war. Im Sommer 1978 stellte sie jegliche Hilfe an Vietnam ein. Als im Januar 1979 in Kampuchea, bis dahin ein strategischer Vorposten Pekings, das diktatorische Regime des Pol Pot von einer machtvollen Volksbewegung verjagt wurde, begann sie ihre verbrecherische Aggression gegen das sozialistische Vietnam.<sup>16</sup>

Der Aggressionskrieg gegen Vietnam hat in aller Deutlichkeit den wirklichen **Charakter der Pekinger Außenpolitik** als eine antisozialistische, abenteuerliche und proimperialistische offenbart.

#### Anmerkungen:

- 1) H. Richter, Der friedensgefährdende Kurs der Pekinger Führer, IPW-Berichte, Berlin, Nr. 1/1979, S. 51—56. Siehe auch J. Reusch, Die Politik der Pekinger Führer im internationalen Klassenkampf, in: Marxistische Blätter Nr. 6/1978, S. 60 ff.
- 2) Vgl. ausführlicher meinen Kommentar in: Marxistische Blätter, 2/1979
- 3) Das Ausmaß der militärischen Kooperation wird verdeutlicht in: Unsere Zeit, 27. 2. 1979; vgl. auch: Deutsche Zeitung, 20. 1. 1978, Der Spiegel, 30. 10. 1978
- 4) Dokumente des VIII. Parteitags der KP Chinas, Peking 1956, Bd. 1, besonders S. 94 ff.; siehe auch J. Reusch, Die Außenpolitik der VR China 1949—1974, Frankfurt/M. 1974, S. 24 ff.
- 5) „Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung“, Peking 1965; vgl. J. Reusch, Die Außenpolitik . . . , a. a. O., S. 35 ff. und H. Schuster/S. Winkler/F. Wolff, Zur Politik der chinesischen Führer gegenüber den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, in: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, Nr. 4/1973, S. 41 ff.
- 6) Rede des chinesischen Außenministers und Delegationsleiters Huang Hua auf der (XXXIII.) UNO-Vollversammlung, Peking-Rundschau, Nr. 41/1978, S. 16
- 7) Vgl. IPW-Berichte, Nr. 1/1979, S. 55 f.
- 8) Volkszeitung, Peking, 25. 4. 1978
- 9) Vgl. auch die Beiträge zu Chile, Vietnam, dem Nahen und Mittleren Osten in diesem Heft sowie von W. Burchett zur Angolapolitik Chinas in AIB 5/1976, schließlich die Artikel zu Vietnam und Kampuchea in AIB 11—12/1978, 2 und 3/1979
- 10) Zit. nach: Der Spiegel, 15. 1. 1979
- 11) Peking Rundschau, Nr. 21/1978; vgl. Neue Zürcher Zeitung, Zürich, 21. 6. 1978 und Neues Deutschland, Berlin, 20. und 28. 6. 1978
- 12) Peking Rundschau, Nr. 5, 6 und 16/1978, Radio Peking (deutsch), 8. 1. 1978 und Volkszeitung, 18. 2. 1978
- 13) Volkszeitung, 8. 12. 1978; vgl. auch zur Gesamtsituation: Bayernkurier, 27. 5. 1978 und Peking Rundschau, Nr. 22/1978. In beiden wird übereinstimmend eingeschätzt, eine Afrikapolitik müsse von der sowjetischen „Bedrohung“ und „Einkreisung“ ausgehen, die Sowjetunion sei Hauptfeind Nr. 1 und der Westen müsse aktiver eingreifen.
- 14) Vertragstext in Peking Rundschau, Nr. 33/1978; vgl. auch Europa-Archiv, Nr. 20/1978, Der Spiegel, 30. 10. und 6. 11. 1978. Die KP Japans erteilte Dengs Japan-Ambitionen eine scharfe Abfuhr, siehe Neues Deutschland, 25. 10. 1978
- 15) Siehe Interview von G. Giesenfeld mit Xuan Thuy in AIB 11—12/1978
- 16) Siehe ausführlich AIB 3/1979 und den Artikel von G. Ritter in diesem Heft

Jürgen Reusch

## Maoistische Doktrinen

Der Kern des maoistischen Nationalismus und Großmachtchauvinismus hat sich schon seit den späten 20er Jahren herausgebildet und stellte eine der proletarischen Klassenlinie entgegengesetzte Strömung in der KP Chinas dar. Sie trat jedoch nach der Revolution von 1949 zunächst in den Hintergrund und mußte korrekten internationalistischen Prinzipien — proletarischer Internationalismus und friedliche Koexistenz — Platz machen, wie die Beschlüsse des VIII. Parteitags der KP Chinas von 1956 beweisen.

### „Weltstädte und Weltdörfer“

Diese Prinzipien wurden jedoch wenig später revidiert, verworfen und durch die kleinbürgerliche Ideologie des Maoismus ersetzt. Die Maoisten begannen, den chinesischen Weg der Revolution für alle Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas als verbindlich zu betrachten, und maßten sich in diesem Bereich eine Führungsrolle an. Sie bestritten faktisch die revolutionäre

Rolle der internationalen Arbeiterklasse — wie sie auch die führende Rolle der chinesischen Arbeiterklasse zu liquidieren begonnen hatten (siehe Beiträge in AIB 5/1979) — und leugneten den Grundwiderspruch unserer Epoche, nämlich den zwischen Sozialismus und Kapitalismus.

1965 wurde Lin Biaos Schrift „Es lebe der Sieg im Volkskrieg“ veröffentlicht<sup>1</sup>. Sie verkündete das Konzept des Kampfes der „Weltdörfer“ gegen die „Weltstädte“, eine Art Dogmatisierung chinesischer Partisanenerfahrungen aus den 30er und 40er Jahren. Nach diesem Konzept begann die Revolution auf dem Dorf, hatten die Dörfer die Städte, d. h. das Proletariat, einzukreisen. Die armen Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas wurden als „Sturmzentren der Weltrevolution“ bezeichnet. Sozialer Inhalt dieser Konzeption war die Orientierung auf die Bauernmassen und die Verallgemeinerung des Maoismus zur allgemeingültigen Strategie der Revolution und des sozialistischen Aufbaus.

Der Pekinger Kurs zielte darauf ab, diese Länder in Gegensatz zum sozialistischen Weltsystem, besonders zur Sowjetunion zu



bringen, die nach Pekinger Definition auch zu den „Weltstädten“ zu zählen war, und einen der wichtigen revolutionären Ströme in der Welt unter maoistische Vorherrschaft zu zwingen. Dieses Konzept hat frappierende Ähnlichkeiten mit der bürgerlichen Theorie des „Nord-Süd-Konflikts“<sup>2</sup>.

Diese wurde von Ideologen wie Brzezinski, Kahn, Galbraith, Rostow u. a. entwickelt und ist heute auch offizieller Bestandteil etwa der Entwicklungshilfe-Konzeption der Bundesregierung und der sozialdemokratischen Führung, d. h. Bestandteil solcher Programme, die das neokolonialistische System in modernisierter Form erhalten sollen.

Ähnlich der Nord-Süd-Theorie hat auch die „Weltstädte-Weltdörfer“-Theorie die Funktion, die Länder des realen Sozialismus als „reiche“ zu diskreditieren (Maos Schlagwort vom „Gulaschkommunismus“) und ihr Bündnis mit den nationalen Befreiungsbewegungen und jungen Nationalstaaten zu untergraben. Der Maoismus versuchte auf diese Weise, die kolonial befreiten Länder für die Stärkung seiner machtpolitischen Positionen zu mißbrauchen.

Der 1963 veröffentlichte chinesische „Vorschlag zur Generallinie . . .“<sup>3</sup> und Lin Biaos erwähnte programmatische Schrift brachten die Pekinger Führung eindeutig in Gegensatz zur gesamten kommunistischen Weltbewegung.

Die Ergebnisse der Weltkonferenzen der kommunistischen und Arbeiterparteien von 1957 und 1960 wurden faktisch bestritten. Statt des Grundwiderspruchs der gegenwärtigen Epoche wurden künstliche neue Widersprüche konstruiert, die die Arbeiterklasse weltweit zu einer Art Hilfskraft degradierten und das Schicksal der Weltrevolution allein von den nationalen Befreiungsbewegungen abhängig machten. Diese betrachteten die Maoisten als die gewünschte Massenbasis für ihre Hegemoniebestrebungen, als die Kraft, mit deren Hilfe sie Sozialismus und Imperialismus in eine Konfrontation treiben wollten, von der sie zu profitieren hofften.

Daher denunzierten sie damals die friedliche Koexistenz als Klassenkollaboration, richteten an die Sowjetunion den Vorwurf des „Revisionismus“ und feuerten unter dem Schlachtruf des wahren „proletarischen Internationalismus“ in Wirklichkeit zu verantwortungslosen militärischen Abenteuern, an während sie praktisch immer häufiger die nationalen Befreiungsbewegungen zu sabotieren und den Stoß gegen den realen Sozialismus zu richten begannen. Hier lag auch der Grund, warum sie bewaffnete Kampfformen als die einzig möglichen und richtigen bezeichneten.

### Theorie der „Supermächte“

In Wirklichkeit ist es natürlich nicht so, daß friedliche Koexistenz und proletarischer Internationalismus einander ausschließen, im Gegenteil. In einer Welt, die maßgeblich durch die Existenz sowohl kapitalistischer als auch sozialistischer Staaten gekennzeichnet ist, gibt es für die sozialistischen Länder nach der Seite des Kapitalismus hin zur friedlichen Koexistenz keine nichtmilitärische Alternative. Friedliche Koexistenz ist keine Konservierung des Status quo, wie die Maoisten unterstellten, sondern eine Form scharfen Klassenkampfes. Erst in einem langen Prozeß konnte der Imperialismus gezwungen werden, sich mit der Existenz eines sozialistischen Systems abzufinden und ihm gegenüber auf die militärische Konfrontation zu verzichten. Das stärkte die Position der sozialistischen Länder im internationalen Kräfteverhältnis ungemein und verringerte erheblich die Operationsmöglichkeiten des Imperialismus.

Friedliche Koexistenz schafft günstige Bedingungen sowohl für die Entwicklung des realen Sozialismus selbst als auch für den Aufschwung der Arbeiterbewegung der kapitalistischen Länder und der nationalen Befreiungsbewegungen. Sie ermöglicht es dem Sozialismus sogar in besonderem Maße, die nationalen Befreiungsbewegungen politisch-moralisch, ökonomisch und auch — wo erforderlich — militärisch zu unterstützen. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben das in der Praxis bewiesen und die

Selbstbelobigungen der Pekinger Führung, der eigentliche Gralshüter des proletarischen Internationalismus zu sein, Lügen gestraft.

Das innen- und außenpolitische Scheitern des Maoismus, vor allem am Ende der „Kulturrevolution“ um 1969 sichtbar, und die erfolgreiche Entwicklung der drei großen revolutionären Ströme in der Welt veranlaßten die maoistischen Strategen zu Modifizierungen ihrer Konzeption. Sie versuchten nun nicht mehr nur die nationale Befreiungsbewegung, sondern auch reaktionäre und antisozialistische Kräfte in der Welt zu einem Bündnis unter ihrer Hegemonie zusammenzufassen.

Der Inhalt dieser Theorie der „Supermächte“ (der Begriff war schon in den 60er Jahren erstmals vereinzelt aufgetaucht), die mit Hilfe von Versatzstücken imperialistischer Ideologien zusammengebaut war, bedeutete eine Art Weiterentwicklung der früheren „Weltstädte-Weltdörfer-Theorie“. Es wurde behauptet, alle Konflikte in der Welt seien auf das Rivalisieren, das Hegemoniestreben der beiden „Supermächte“ USA und Sowjetunion zurückzuführen<sup>4</sup>, die alle anderen kleinen und mittleren Länder, darunter auch China, unterdrücken und beherrschen wollten. Bei der Sowjetunion wurde das daraus „erklärt“, daß diese nicht mehr nur „revisionistisch“ sei, sondern sogar wieder kapitalistisch. Sie wurde als „Sozialimperialismus“ und sogar „Sozialfaschismus“ diffamiert<sup>5</sup>.



\* Welten\*-Theoretiker Mao Tse-tung (l.) und Lin Biao (mit Mao-Bibel) \_

Bisher immer noch gebrauchte marxistische Termini wurden auf diese Weise abgelegt und durch geopolitische Kriterien ersetzt. Es wurde nicht mehr die Frage nach dem Klassencharakter gestellt, sondern nach „Größe“ und „Macht“ geurteilt. Der wachsende Einfluß des sozialistischen Weltsystems — dessen gewaltsame Ausdehnung die Maoisten noch wenige Jahre zuvor gefordert hatten — erschien nun als Aggression und Hegemoniestreben, während in der Theorie bereits der Boden für eine mildere Behandlung des Imperialismus vorbereitet wurde; es war nämlich nur noch von der „Supermacht“ USA die Rede. Die übrigen NATO-Länder und Japan wurden primär nicht mehr als imperialistisch eingestuft, sondern als von den „Supermächten“ unterdrückt.

Faktisch kam das einer Leugnung des Imperialismus als Weltsystem und damit einem Abschied von der Lenin'schen Imperialismustheorie gleich. Auch die Definition der USA als „Supermacht“ ging nicht von klassenmäßigen Kriterien aus und ebnete den Weg für eine Verniedlichung der Aggressivität des US-Imperialismus. Es kann daher nicht verwundern, daß diese außenpolitischen Konzepte des Maoismus von bürgerlichen Kommentatoren im allgemeinen mit Wohlwollen verfolgt und vor allem ihres antisowjetischen Charakters wegen positiv eingeschätzt wurden.



Bald nach dem IX. Parteitag der KP Chinas (1969) war festzustellen, daß aus der Theorie der „Supermächte“ immer mehr eine Theorie der „Supermacht“ wurde und die chinesische Führung ihre gesamte Außenpolitik ihrem strategischen Hauptziel, der Erringung einer Großmachtstellung im Hauptstoß gegen die Sowjetunion, unterordnete. Die Ursachen für diese taktischen Veränderungen waren in folgendem zu suchen: Ihr Versuch, in den 60er Jahren in den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas eine Vormachtstellung zu erreichen und auf dieser Grundlage vom Konflikt der beiden „Supermächte“ zu profitieren, war gescheitert. Die chinesische Führung ging nun zur — schon seit längerer Zeit theoretisch wie auch praktisch vorbereiteten — Annäherung an die „Supermacht“ USA über und strebte mehr und mehr ein Bündnis aller reaktionären Kräfte gegen den „Hauptfeind Nr. 1“ an.

## „Drei Welten“

1977 rief der XI. Parteitag der KP Chinas auf zur Schaffung einer internationalen Einheitsfront gegen die Sowjetunion, den „Hauptfeind Nr. 1“<sup>6</sup>. Dieser Wahnsinn hatte Methode, Theorie der „Drei Welten“ genannt. Die ausführlichste Darlegung dieser Theorie hatte die Pekinger Volkszeitung am 1. 11. 1977 unter dem Titel veröffentlicht: „Die Theorie des Vorsitzenden Mao über die Dreiteilung der Welt — ein bedeutender Beitrag zum Marxismus-Leninismus“<sup>7</sup>. Dieser Artikel wurde in vielen Sprachen in hoher Auflage vertrieben und dichtete der „Drei-Welten“-Theorie einen weltweit verbindlichen und richtungsweisenden Charakter an.

Hua Guo-feng betonte (zu Recht), sie sei noch von Mao persönlich aufgestellt worden. Dieser hatte 1974 gesagt: „Meiner Meinung nach bilden die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion die Erste Welt. Japan, Europa und Kanada, die Kräfte der Mitte, gehören zur Zweiten Welt. Wir sind die Dritte Welt . . . Mit Ausnahme Japans gehört Asien zur Dritten Welt. Ganz Afrika gehört zur Dritten Welt und Lateinamerika ebenfalls“<sup>8</sup>.

Deng Xiaoping hatte kommentiert, er hoffe, daß alle drei Welten, d. h. auch die USA, sich dem Kampf gegen die Sowjetunion anschließen. In seinem Interview mit dem US-Magazin Time am 5. 2. 1979 sagte er wörtlich: „Wenn wir den (sowjetischen) Eisbären wirklich an die Kandare nehmen wollen, können wir nur eins tun: Uns vereinigen. Es reicht nicht, daß wir uns auf die Stärke der USA allein verlassen. Es reicht auch nicht, sich allein auf Europas Stärke zu verlassen. Wir selbst sind ein unbedeutendes, armes Land. Aber wenn wir uns alle vereinigen, dann kann unser Kampf Gewicht bekommen“.

Maos „Drei-Welten“-Theorie machte einen Rückgriff auf seine schon 1946 geäußerte „Zwischenzonen“-Theorie. Sie war damals in einer Phase ausgearbeitet worden, als Mao, Zhou Enlai u. a. intensiv ein Bündnis mit den USA anstrebten, es allerdings damals noch nicht erreichten. Mao erklärte, zwischen den beiden Polen USA und Sowjetunion befände sich eine Zwischenzone, die er später in zwei Zwischenzonen unterteilte, nämlich die Länder der „Dritten Welt“ und die kapitalistischen Länder<sup>9</sup>. Darin steckte bereits die Leugnung des Grundwiderspruchs der gegenwärtigen Epoche, der maoistische Führungsanspruch innerhalb der Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas und die Stilisierung der beiden „Pole“ USA und UdSSR zu „Supermächten“.

Insofern stellte die „Drei-Welten“-Theorie auch eine Art Weiterentwicklung der „Supermächte“-Theorie dar. Ihrem Klassenwesen nach entgegengesetzte Länder, nämlich kapitalistische und sozialistische, werden zu einer Kategorie zusammengefaßt und umgekehrt fanden sich auch Länder des gleichen Typs, nämlich sozialistische, auf alle drei „Welten“ verteilt.

Der Maoismus betrachtet also die in der Welt wirkenden Kräfte nicht nach ihrem Klassencharakter, sondern ausschließlich nach ihrer vermeintlichen Verwertbarkeit im Hinblick auf seine anti-sowjetische Großmachtspolitik. Soziale Kräfte wie die Arbeiter-

bewegung und die nationalen Befreiungsbewegungen scheinen für ihn überhaupt nicht mehr zu existieren. Die Welt wird nicht nach Klassen- sondern nach Ländergrenzen aufgeteilt.

Das ist weiter nichts als eine pseudomarxistische verbrämte Legitimation für das Pekinger Streben nach Allianz mit allen imperialistischen, reaktionären und antisowjetischen Kräften. Da die maoistischen Strategen den Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas dabei eine besondere Rolle zumessen und hier auch ihre eigentliche „Hausmacht“-Basis sehen, sind sie seit einiger Zeit dazu übergegangen, China als „sozialistisches Entwicklungsland“ zu bezeichnen und praktisch einen Modellcharakter für die „Dritte Welt“ zu beanspruchen.

In dieser Theorie schlägt sich auch das zugunsten des Sozialismus veränderte Kräfteverhältnis auf verzerrte Weise nieder. Hua betonte nämlich auf dem XI. Parteitag, die Sowjetunion befinde sich in der Offensive, die USA dagegen in der Defensive<sup>10</sup>. Daraus leitete er die Notwendigkeit ab, den Hauptstoß gegen die Sowjetunion zu richten. Das heißt, daß die Pekinger Führung sich in einer Situation, in der der Imperialismus weltweit die Initiative verloren hat, in der wichtige Bastionen imperialistischen Einflusses wanken oder schon gefallen sind, bewußt zum Verbündeten dieser untergehenden Gesellschaftsordnung macht, um dem Vordringen der revolutionären Kräfte entgegenzuwirken und dabei für sich eigene Machtpositionen herauszuschlagen.

Ein weiterer ideologischer Grundpfeiler des Maoismus von heute ist die These von der Unvermeidbarkeit eines Weltkrieges, die Hua Guo-feng auf dem XI. Parteitag noch einmal nachdrücklich unterstrich<sup>11</sup>. Deng erläuterte gegenüber der Time: „Wir meinen, die wahre Brutstätte eines Krieges ist die Sowjetunion, nicht die USA . . . Gegenwärtig haben die USA keinen Grund und gibt es für sie keine Notwendigkeit, einen Krieg zu beginnen. Vielmehr liegt es im Interesse der USA, den Status quo aufrechtzuerhalten“.

Auch diese Haltung hat ihre Tradition in den abenteuerlichen Auffassungen der 60er Jahre, wie etwa der Kampf um den Frieden sei sinnlos, sei Verrat an der Revolution, und Abrüstung sei unmöglich. Diese geradezu wahnwitzige Vorstellung, deren Ergebnis in der chinesischen Aggression gegen Vietnam erschreckend deutlich wurde, erhellt: Die chinesischen Führer sind heute bereit, mit wesentlich aggressiveren, abenteuerlicheren Methoden ihre Großmachtziele zu verfolgen und dabei vor dem Anheizen von Spannungen und Konflikten, ja vor dem Risiko eines Krieges, nicht zurückzuschrecken.

## Anmerkungen:

- 1) Lin Biao: Es lebe der Sieg im Volkskrieg (1965), Peking 1968
- 2) Vgl. P. Friedländer: Zur „Arme-Reiche-Länder“-Theorie, in: Asien, Afrika, Lateinamerika; Berlin, Nr. 4/1973, S. 59 ff.
- 3) Ein Vorschlag zur Generallinie der Internationalen kommunistischen Bewegung (1963), in: Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung, Peking 1965
- 4) Siehe besonders das maoistische Pamphlet: Leninismus und Sozialimperialismus, Peking 1970. Zur Theorie der „Supermächte“ vgl. auch J. Reusch, Die Außenpolitik der VR China 1949—1974, Frankfurt/M. 1974, S. 142 ff. und G. Hautsch, Papiertiger, Sozialimperialismus, Supermächte. Maoistische Revolutionsrezepte im Lichte des Marxismus, Frankfurt/M. 1974, S. 42 ff.
- 5) Zur Auseinandersetzung mit dieser unsinnigen und verleumderischen Behauptung siehe W. Gerns: Krise der bürgerlichen Ideologie und ideologischer Kampf in der BRD, Frankfurt/M. 1976, S. 111 ff. Die Begriffe tauchen z. B. auf in den Dokumenten des IX. Parteitages, Peking 1969, S. 99
- 6) Siehe zum folgenden ausführlicher meinen Artikel: Die Politik der Pekinger Führer im internationalen Klassenkampf, Marxistische Blätter, Nr. 6/1978, S. 60 ff. Die „Drei-Welten“-Theorie wird ausführlich untersucht von W. Namozkiewicz: Der chauvinistische Hintergrund der „Drei-Welten“-Theorie, in: Probleme des Friedens und des Sozialismus, Prag, Nr. 11/1978, S. 1516 ff.
- 7) Deutsch in Peking Rundschau, Nr. 35/1977, S. 11 ff.
- 8) Zit. nach: Horizont, Berlin, Nr. 35/1975
- 9) Siehe ausführlich: J. Reusch, Außenpolitik . . . , a. a. O., S. 68 ff.
- 10) Peking Rundschau, 35/1977, S. 43 f.
- 11) Ebenda, S. 43



Gegen Ende September 1973 befand ich mich mit über 300 weiteren politischen Gefangenen in der Haftanstalt von Temuco, in Südchile. Zu unserer Gruppe gehörte auch ein Arzthelfer, ein leidenschaftlicher Anhänger der Volksrepublik Chinas und Maos. Ich hatte ihn 1964 im Wahlkampf zu den Präsidentschaftswahlen kennengelernt, als er noch unsere politischen Überzeugungen teilte. Nach der damaligen Niederlage Allendes verfiel er, wie auch andere Mitglieder der Linken ohne politische Reife, in ultralinke Positionen.

Die maoistische Kamarilla, die damals diese Linie vertrat, schickte 1964 einen unverschämten Brief an die Kommunistische Partei Chiles, in dem sie erklärte: „In Lateinamerika steht der ‚friedliche Weg‘, für den Sie eintreten, in hartem Gegensatz zum revolutionären Weg Fidel Castros und seiner Kameraden, die das kubanische Volk zum Sieg geführt haben“.<sup>1</sup> Die Zeit sollte die Heuchelei der Maoisten an den Tag bringen: Sie haben die kubanische Revolution verraten (siehe AIB-Sonderdruck 1/1978: Moncada-Rede Fidel Castros) und kein Volk, das für seine Befreiung zu den Waffen griff, unterstützt.

1964 versuchten die Maoisten vergeblich, die KP Chiles zu spalten. Daraufhin bildeten sie eine Splittergruppe, die sie Revolutionäre Kommunistische Partei (PCR) nannten und deren Aktionen stets gegen die Volksbewegung gerichtet waren. So gaben sie 1970, als sich das Volk im Kampf um die Erringung der Regierungsmacht befand, ein Manifest heraus, in dem sie erklär-

ten: „Keiner der drei Kandidaten vertritt die Interessen der breiten ausgebeuteten Massen. Man muß den reformistischen Wahlschwindel besiegen, die Kämpfe verstärken und die politische Macht auf dem einzig möglichen Weg, dem des bewaffneten Aufstandes, erringen“.<sup>2</sup>

Ebenso wie die Bewegung der Revolutionären Linken (MIR) hat die PCR versucht, den Volkssieg zu verhindern. Das mißlang. Nachdem Allende die Regierungsgewalt übernahm, bildeten die PCR und die MIR die sog. „linke Opposition“, die dem Imperialismus und der nationalen Reaktion in die Hände spielte. Man kann also sagen, daß über die PCR die Maoisten schon vor dem Putsch mit den Faschisten kollaborierten. Die Gruppe hat bei den Massen jedoch keinerlei Unterstützung gefunden.<sup>3</sup> Nach dem Putsch blieben nicht nur die Tore der Botschaft der VR China für alle Asylsuchenden verschlossen, sondern ihre Regierung nahm außerdem sehr bald diplomatische Beziehungen zur Junta auf.

Ich kann die Reaktion des maoistischen Arzthelfers, als diese Nachrichten im Gefängnis in Temuco bekannt wurden, nicht vergessen. Zuerst konnte er es nicht glauben. Dann rief er mich eines Tages, nachdem er furchtbar gefoltert worden war, und ihm sogar das Reden schwer fiel, zu sich und sagte mir: „Ihr hattet recht . . . man kann nicht Revolution spielen . . . Wenn ich hier wieder rauskomme, will ich mit Euch arbeiten.“ Am 2. Oktober 1973 wurde er von den Faschisten ermordet.

Sechs Tage später schrieb das faschistische Sprachrohr El Mercurio: „Alles scheint darauf hinzuweisen, daß der Regierungswechsel die Beziehungen zwischen Chile und der Volksrepublik China nicht stören wird . . . Dieser Eindruck wird durch die Haltung des chinesischen Außenministeriums bestärkt, das dem ehemaligen Botschafter der Unidad Popular in Peking, Armando Uribe, mitteilte, daß er nicht mehr als solcher anerkannt wird.“<sup>4</sup>

### Chinas Stützung der Faschisten

Am 9. Oktober 1973 sprach der Außenminister der Diktatur, Konteradmiral Ismael Huerta, vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen, um das Verbrechen gegen die chilenische Demokratie zu rechtfertigen. Als Ausdruck ihrer Ablehnung verließen die Vertreter fast aller Länder der Welt den Saal. Nur ein paar, zu denen die Vertreter der lateinamerikanischen Diktaturen und der Volksrepublik China gehörten, hörten ihn an. Noch war kein Monat seit dem blutigen Putsch vergangen als die Maoisten so ihren Verrat am chilenischen Volk vollendeten und ihrer Unterstützung für die Mörder Allendes und Tausender von Patrioten öffentlich Ausdruck gaben. Folgerichtig hat dann auch bis heute, jedesmal wenn in der UNO die Verurteilung der faschistischen Junta abgestimmt wurde, die Vertretung der VR China den Saal verlassen.

Am 17. Oktober 1973 wurde der Botschafter der Volksregierung gezwungen, China zu verlassen, und bald danach empfing man in Peking den Botschafter der Faschisten, Hernán Iriart. Dankbar für diese Unterstützung schickte Pinochet am 19. November 1973 Mao zu seinem 80. Geburtstag ein überschwengliches Telegramm.

Die Maoisten haben die chilenische Diktatur nicht nur auf diplomatischer Ebene unterstützt. Nach Angaben einer juntafreundlichen Zeitschrift aus Santiago erreichte die Warenausfuhr in die VR China im Jahr 1973 einen Wert von 59 Mio Dollar,<sup>5</sup> wovon nur 463 000 Dollar auf die Zeit bis zum 11. September entfallen, d. h. auf die Zeit, in der noch Allende regierte. Im Jahr 1974 stieg der chilenische Export in die VR China auf 117 204 000 Dollar, das Fünffache dessen, was 1972 unter der



Faksimile einer Note der chinesischen Botschaft in Chile vom 28.10.1975. "Die Botschaft der Volksrepublik China in der Republik Chile . . . ersucht um die Nennung eines Datums, das für Verhandlungen der gemischten Kommission aus Vertretern der Republik Chile und der Volksrepublik China günstig wäre, um die technischen Details der Übergabe der Waffen zu präzisieren, die die Streitkräfte Chiles ausgewählt haben."



Volksregierung exportiert werden konnte, als nur 23 172 000 Dollar erreicht wurden. Die Importe aus der Volksrepublik China waren 1974 vier mal so hoch wie 1972.<sup>6</sup>

Das ist es, was die Regierungselite in Peking unter Solidarität mit den Völkern der Dritten Welt versteht, zu deren Führer sie sich gerne aufschwingen möchte. Der Handelsaustausch zwischen der VR China und der Junta nimmt ständig zu. 1975 kaufte China 20 000 t Salpeter. Als Dank dafür stellte Pinochet der maoistischen Kamarilla ein Wohlverhaltenszeugnis aus. Ende 1975 erklärte er, daß während die UdSSR und Kuba das chilenische Volk bewaffnen wollten, „China sich daran nicht beteiligte. China hat sich gut betragen.“<sup>7</sup>

1976 kündigte die VR China einen Kredit über 50 Mio Dollar für Pinochet an und die Lieferung von Landwirtschaftsmaschinen. Neben vielen anderen Waren lieferten die Chinesen Chile 10 117 t Reis und Medikamente (die von Privatunternehmen weiterverkauft werden) im Wert von 200 000 Dollar. Außerdem verkauf-

## Unidad Popular zu China

Die chinesischen Führungskreise haben einen Krieg gegen die Sozialistische Republik Vietnam begonnen. Das vietnamesische Volk muß erneut seine nationale Souveränität und Unabhängigkeit verteidigen.

Der Sieg über den nordamerikanischen Imperialismus sowie die darauffolgende Wiedervereinigung und Proklamierung der Sozialistischen Republik Vietnam stellen einen großen Beitrag und Unterstützung für alle Völker dar, die um ihre nationale Unabhängigkeit, Demokratie, Frieden und sozialen Fortschritt kämpfen.

Die Errungenschaften des vietnamesischen Volkes im Wiederaufbau des Landes, in seinem immer freundschaftlicheren und solidarischeren Beziehungen zu vielen Ländern, sowie in seinem Festhalten an einer unabhängigen und souveränen Politik antiimperialistischer Solidarität riefen die Feindschaft des Imperialismus und seiner Alliierten hervor. Einer intensiven Diffamierungskampagne folgte die von der jetzigen chinesischen Führung erklärte Aggression.

Uns Chilenen, die wir in diesen fünf Jahren faschistischer Diktatur in unserem Land die Unterstützung erfahren haben, die die chinesischen Führungskreise dem Tyrann Pinochet gewährt haben, kann das jetzige Verhalten Chinas kaum wundern. Wir rufen alle demokratischen und fortschrittlichen Kräfte auf, die chinesische Aggression zu verurteilen und ihre Solidarität mit dem vietnamesischen Volk zu verstärken, indem sie sich für die sofortige Einstellung des Krieges und die Wahrung der Souveränität Vietnams einsetzen.

(Quelle: Presseerklärung der Unidad Popular Chiles, o. O., Februar 1979)

ten sie der Junta zahlreiche Schnellfeuerwaffen, die in der Repression gegen das Volks eingesetzt werden. Ende 1976 verpflichtete sich die VRCh dazu, im Jahr darauf 40 000 t Salpeter zu kaufen, die monatlich geliefert werden sollten.

Als am 9. September 1976 Mao starb, setzte Pinochet drei Tage lang nationale Trauer an.

Der Tod von Mao änderte nichts an der Haltung der VR China zu Chile. Im Gegenteil, 1977 wurden die Beziehungen zwischen den Faschisten und der Regierungskamarilla in Peking noch enger. Im März erhielten 25 chilenische Unternehmer die notwendigen Visa, um in die VR China zu reisen und den Handelsaustausch noch intensiver zu gestalten.

Im gleichen Monat stellte Peking die Akkreditierung für den neuen Botschafter der Junta, Konteradmiral Sergio Huidobro aus, ein bekannter Faschist und grausamer Folterer, der sich dessen noch in einem Interview rühmte: „Ich bin ein bekannter Antimarxist, . . . man beschuldigt mich, Putschist und Folterer zu sein. Aber China hat mir dennoch die Akkreditierung mit größter Geschwindigkeit und ohne jegliche Schwierigkeiten erteilt.“<sup>8</sup>

Im Jahr 1977 räumte die VR China der Junta einen Kredit über 62 Mio Dollar ein, sie verkaufte Chile Waren im Wert von 10 Mio Dollar (darunter Fernseher für über 2 Mio Dollar), während ihre Importe aus Chile weiter anstiegen. Bis September 1978 hatte Pinochet von Peking bereits Darlehen von mehr als 200 Mio Dollar erhalten.

Im Oktober 1978 reiste der Außenminister der Junta nach Pe-

king, wo man neue Handelsabkommen unterzeichnete und in einer gemeinsamen Erklärung festgehalten wurde, daß beide Regierungen „in ihrer Einschätzung der internationalen Probleme übereinstimmen.“ Was Faschisten und die Pekinger Führer verbindet ist der Antisowjetismus. Ende September 1978 hatte der chinesische Botschafter in Santiago erklärt: „Wir liefern zusammen mit anderen Nationen der Dritten Welt einen Kampf gegen den gemeinsamen Feind, besonders gegen den sowjetischen Sozialimperialismus.“<sup>9</sup>

Die Haltung der Pekinger Regierung beweist einmal mehr, daß die Bekämpfung der Sowjetunion gepaart ist mit einer feindlichen Haltung allen Völkern gegenüber, die für Freiheit, Demokratie, Frieden und Sozialismus kämpfen. Es erregt Abscheu, daß die chinesische Kamarilla hierin den gleichen Weg eines Hitler, eines Mussolini und anderer ihrer Art verfolgt.

## Erfahrung der Unidad Popular-Parteien

Das chilenische Volk unterstützte mit Entschiedenheit die chinesische Revolution und grüßte sie als ein historisches Ereignis größter Bedeutung. Eine der ersten Maßnahmen der Volksregierung Allendes bestand 1970 darin, diplomatische und wirtschaftliche Beziehungen zur VR China aufzunehmen. Auch heute sind die Chilenen dem chinesischen Volk weiterhin freundschaftlich gesinnt, doch sie verurteilen den Verrat der Regierungskamarilla.

Auf ihrem im September 1976 in Chile im Untergrund abgehaltenen Plenum erklärte die Sozialistische Partei: „Die chinesische Regierung hat in der internationalen Politik die Fahne des Opportunismus erhoben und in den Taten den proletarischen Internationalismus aufgegeben. Der Verrat des Kampfes des angolanischen Volkes, ihre Angriffe gegen die revolutionären Kräfte in Portugal, ihre Einreihung in die NATO gegen die sozialistischen Länder, ihr Kokettieren mit den reaktionärsten Kreisen des Imperialismus und besonders ihre unglaubliche Unterstützung für die faschistische Militärjunta in Chile verdienen nichts anderes als die Verurteilung der revolutionären Bewegungen.“<sup>10</sup>

Das Zentralkomitee der KP Chiles erklärte seinerseits im August 1977: „Das Ausmaß der solidarischen Bewegung für Chile zeigt die Existenz eines gemeinsamen Nenners bei allen Nationen, seien sie aus dem sozialistischen oder aus dem kapitalistischen Lager: es ist die Abscheu vor dem Faschismus. Diese Bewegung und dieser gemeinsame Nenner haben nur eine Ausnahme, die so bedauerlich wie verachtenswert ist: die Volksrepublik China. Ihr Fernbleiben von der internationalen Solidarität und die Hilfe, die sie dem blutigen Regime Pinochets gewährt, demaskieren den Maoismus und beweisen, daß die Hauptorientierung Chinas seit fast 20 Jahren — ihr Antisowjetismus — direkt oder indirekt alle Völker der Welt betrifft.“<sup>11</sup>

## Anmerkungen:

- 1) Brief des Zentralkomitees der KP Chinas an die KP Chiles von 1964, zit. nach: Luis Corvalan, Camino de Victoria, S. 63
- 2) Zit. nach: Ercilla, Santiago, Nr. 1837/2.—8.9.1970, S. 10
- 3) Bei den Wahlen an der Universidad de Chile am 27.4.1972, an der Akademiker, Verwaltungsangestellte und Studenten teilnahmen, erhielt die PCR 0,85 % der Stimmen; bei den Gewerkschaftswahlen zur Bestimmung der nationalen Leitung der Einheitszentrale der Werktätigen Chiles (CUT) am 30. und 31.5.1972 entfielen nur 0,39 % der Stimmen auf die PCR, die KP Chiles dagegen erreichte 33 % der Stimmen.
- 4) El Mercurio, Internationale Ausgabe, 8.—14.10.1973, S. 5
- 5) Qué Pasa, Santiago, Nr. 196/23.6.1975, S. 10
- 6) Angaben der Zentralbank, zit. nach: Revista Internationale, Nr. 10/Okttober 1975, S. 47
- 7) Ercilla, Nr. 2105/3.—9.12.1975, S. 9
- 8) Ercilla, Nr. 2179/4.—10.5.1977, S. 42 f
- 9) La Tercera, Santiago, 29.9.1978, S. 5
- 10) Pensamiento Socialista, Frankfurt/M., Nr. 2/April 1977, S. 10
- 11) Boletín Exterior del Partido Comunista de Chile, Nr. 26/Nov.—Dez. 1977, S. 87 f



Vor dem Hintergrund der chinesischen Vietnamaggression und Allianz mit den USA sind auch die seit 1972 starren Fronten in Korea in Bewegung geraten. Dies ist namentlich auf das Taktieren Washingtons zurückzuführen, das in der Korea-Frage aus mehreren Gründen in Zugzwang geraten ist.

Zum einen mehren sich die Stimmen, die den sofortigen Abzug der immer noch illegal unter der Flagge der Vereinten Nationen in Südkorea stationierten US-Truppen verlangen und sich für eine friedliche und nicht vom Ausland beeinflusste Wiedervereinigung Koreas einsetzen. Diese zwei Kernforderungen wurden insbesondere auf der Ende November 1978 in Tokio abgehaltenen 2. Weltkonferenz für die Wiedervereinigung Koreas (1. Weltkonferenz siehe AIB 2/1977) erhoben, an der Delegierte von politischen Parteien, gesellschaftlichen Organisationen und Solidaritätskomitees aus 60 Ländern und 12 internationalen Organisationen teilnahmen. Schon in der breiten Teilnahme manifestiert sich ein Erfolg der Konferenz, weil zuvor von der japanischen Regierung nichts unversucht gelassen worden war, ihr Zustandekommen zu verhindern; die Delegation aus der Demokratischen Volksrepublik Korea (DVRK) hinderte an der Einreise.

Zweitens hinterließ die Aufdeckung eines Bestechungsskandals in den USA Wirkungen. Dabei wurde bekannt, daß ein bedeutender Teil einflußreicher amerikanischen Politiker und Senatoren vom südkoreanischen Geheimdienst KCIA Bestechungsgelder erhielt.

Drittens kündigte Präsident Carter an, daß er von den etwa 40 000 US-Militärangehörigen in Südkorea 30 000 Mann abziehen werde, gleichzeitig jedoch die Schlagkraft der Truppen des Park Chung Hee-Regimes erhöht werden sollte. Vor wenigen Wochen widerrief Carter vor Pressevertretern diesen Beschluß, „um auf dem Hintergrund der Normalisierung mit China, der neuen Friedensvorschläge Seouls und Pyönggangs und der Geheimdienstinformationen über die Stärke der nordkoreanischen Truppen neue Überlegungen anzustellen“ (Süddeutsche Zei-

tung, 12. 2. 1979). Zu diesen Überlegungen gehört es offenbar auch, der Diktatur in Seoul ein Image zu verschaffen, das besser zu Carters Menschenrechtskampagne paßt.

Daher fanden viertens im Süden am 12. Dezember 1978 Wahlen statt, bei denen sich zum ersten Male die Manipulationen in Grenzen hielten. Tatsächlich erhielt die offiziell zugelassene oppositionelle National-Demokratische Partei mehr Stimmen als die regierende Demokratisch-Republikanische Partei Parks. Da Park aber 1/3 aller Abgeordneten selbst ernannt, änderte sich an der Sitzverteilung im Parlament nicht viel. Kurze Zeit später ließ Park erklären, daß sich amtliche Vertreter aus Nord- und Südkorea an einem beliebigen Ort zu einer beliebigen Zeit treffen könnten, um den seit Mitte 1973 von ihm unterbrochenen Dialog über die Wiedervereinigung wiederaufzunehmen.

Die hier dokumentierte Antwort der DVRK auf diesen Vorschlag, das 4-Punkte-Programm zur friedlichen Wiedervereinigung vom 23. Januar 1979, ist offenbar hauptsächlich in Punkt 4 (Einrichtung eines Nationalen Volkskongresses zur Vorbereitung der Wiedervereinigung) umstritten. Park möchte zur Aufwertung seines Regimes im Gegensatz zur DVRK, die eine Einbeziehung aller politischen Parteien und gesellschaftlichen Kräfte wünscht, ausschließlich auf Regierungsebene verhandeln. Zweifelsohne sind auch angesichts des Scheiterns der ersten beiden Gesprächsrunden in Panmunjon Anfang März d. J. die Aussichten auf eine baldige Wiedervereinigung wohl relativ gering. Dies zumal bis zum heutigen Tag aufgrund der Haltung der USA noch kein Friedensvertrag zwischen den Konfliktparteien des Koreakrieges von 1953, der DVRK und Washington, zustandekam. Daß die USA und Südkorea dann just zum 1. März 1979, dem von der DVRK vorgeschlagenen Termin für die Einstellung aller Feindseligkeiten, ein gemeinsames Kriegsmanöver „Team Spirit 79“ mit 140 000 Mann ansetzten, muß als eine flagrante Provokation gegen die Normalisierungsbemühungen gewertet werden. Die Koreafrage bleibt explosiv.



## Stellungnahme der Demokratischen Front für die Wiedervereinigung Koreas

Auf Vorschlag der Arbeiterpartei Koreas veranstaltete das Zentralkomitee der Demokratischen Front für die Wiedervereinigung des Vaterlandes eine gemeinsame Tagung der politischen Parteien und öffentlichen Organisationen in der nördlichen Hälfte unserer Republik für den 23. Januar (1979; d. Red.). Die Tagung diskutierte das Problem, das mit der Vorantreibung der unabhängigen und friedlichen Wiedervereinigung des Landes verbunden ist. ( . . . )

Die gemeinsame Tagung beschloß, konkrete Vorschläge zu entwickeln, um mit erneuten Anstrengungen die unabhängige und friedliche Wiedervereinigung des Landes in der gegenwärtigen Situation voranzutreiben.

Sie trug ebenfalls der kürzlich von Seiten Südkoreas geäußerten Absicht Rechnung, einen Nord-Süd-Dialog zur friedlichen Wiedervereinigung des Landes zu führen. Sie betrachtet die Absichtserklärung eines Vertreters der südkoreanischen Behörden, einen Dialog zwischen dem Norden und dem Süden zu halten, als eine positive Antwort auf den unveränderten Standpunkt unsererseits, die wir die Tür des Dialogs offen halten. Wir würden es begrüßen falls diese Erklärung bedeutet, daß Südkorea seine vergangene Position der „zwei Koreas“ aufgibt und ei-



Dorf der Waffenstillstandskommission Panmunjom



nen neuen Anfang macht. Obwohl es ziemlich spät ist, schlug es vor, von einem Bruderkrieg in unserem Lande Abstand zu nehmen und gemeinsam die Straße der nationalen Wiedervereinigung und des Aufschwungs zu suchen. Wir halten dies für gut und heißen es willkommen.

Nur wenn wir den Dialog und die Zusammenarbeit zu einem frühen Zeitpunkt realisieren, können wir den Weg der Wiedervereinigung durch das koreanische Volk selbst bahnen, und nur wenn wir die Sache der Wiedervereinigung vollenden, können wir das Land und die Nation von auswärtiger Einmischung und Kontrolle befreien und das endgültige Glück des Landes erreichen.

### Vorschläge und Prinzipien zur Wiedervereinigung

Aus dem aufrichtigen Wunsch heraus, die Sache der nationalen Wiedervereinigung voranzutreiben, machen wir feierlich die folgenden Vorschläge vor allem an alle Schichten des südkoreanischen Volkes, überseeische Landsleute, an die südkoreanischen politischen Parteien und öffentlichen Organisationen und die südkoreanischen Behörden:

1. Der Norden und der Süden sollten zu den inhaltlichen Vorstellungen und Prinzipien der gemeinsamen Erklärung des 4. Juli (gemeinsame Nord-Süd-Erklärung 1972, siehe AIB 7—8/1976; d. Red.) zurückkehren.

In der gemeinsamen Erklärung des 4. Juli plädierten der Norden und Süden — ausgehend von der nationalen Idee — feierlich an die ganze Nation, die Wiedervereinigung des Landes zu erringen, unabhängig und auf der Grundlage des Prinzips der nationalen Selbstbestimmung, ohne sich auf auswärtige Kräfte oder ihre Einmischung zu verlassen, und mit friedlichen Mitteln, ohne auf die Benutzung von Waffen gegen die andere Seite zurückzugreifen und die große nationale Einheit zu fördern, indem die Unterschiede der Ideologie, der Ideale und des gesellschaftlichen Systems überwunden werden. Das hohe Ideal und die Prinzipien der nationalen Prosperität und Wiedervereinigung, die in der gemeinsamen Erklärung des 4. Juli enthalten sind, sind der wertvollste Erfolg, der von unserer Nation errungen wurde im harten Kampf um Wiedervereinigung und einen gemeinsamen Markstein bei der Verwirklichung der Sache der nationalen Wiedervereinigung in Übereinstimmung mit dem Wunsch und den Interessen der ganzen Nation.

Da wir es als eine dringende Notwendigkeit betrachten, daß sowohl der Norden als auch der Süden zum Gedanken und den Prinzipien der gemeinsamen Erklärung vom 4. Juli zurückkehren, schlagen wir vor, daß die Behörden beider Seiten sie bestätigen und offiziell ihre Haltung bekanntgeben, daß sie sie ab 1. Februar (1979), 10.00 Uhr, getreu beachten werden. Wenn beide Seiten tatsächlich das gemeinsame Abkommen vom 4. Juli beachten, stünden dem Dialog zwischen dem Norden und dem Süden sowie Verhandlungen über die Frage der nationalen Wiedervereinigung keine fundamentalen Hindernisse im Wege und eine neue Phase für die Wiedervereinigung des Landes wird sich sicherlich früher oder später vor unserem Volke auftun.

2. Verleumdungen und üblen Nachreden gegeneinander sollte schleunigst ein Ende gesetzt werden. Wenn der Norden und der Süden bei gegenseitigen Verleumdungen bleiben, werden Verständnislosigkeit und Mißtrauen wachsen, Konfrontation und Antagonismus statt Einigkeit innerhalb der Nation zunehmen und der Wiedervereinigung des Landes wird ein größeres Hindernis in den Weg gelegt werden. Beide Seiten sollten den Weg der Erzeugung eines Klimas der nationalen Einheit nehmen und vor allem aufhören, schlecht voneinander zu sprechen. In Erwägung, daß es besser ist, diese Schritte so früh wie möglich zu unternehmen, sind wir dafür, daß beide Seiten das gemeinsame Abkommen vom 4. Juli bekräftigen und zur gleichen Zeit die Verleumdungen und üblen Nachreden, gleich welcher Art und Methode, sei es offiziell oder privat, beenden.

3. Alle militärischen Aktionen, die die Gegenseite bedrohen oder bekämpfen, sollten bedingungslos und unverzüglich eingestellt werden. Solange noch so wie heute Spannung zwischen dem Norden und dem Süden fortbesteht, kann weder ein Klima echten Vertrauens und der nationalen Einheit erzeugt werden, noch kann unsere Nation frei von Kriegsgefahr sein.

Zur Entspannung zwischen dem Süden und dem Norden sollten beide Seiten zumindest alle militärischen Aktionen, die die andere Seite bedrohen, beenden, den Bezug von Waffen von außerhalb einstellen und alle Möglichkeiten eines militärischen Konflikts unterbinden.

Zu diesem Zweck verlangen wir, daß die Militärbehörden beider Seiten zuallererst alle feindlichen militärischen Aktionen wie Aufrüstung, militärische Operationen und das Errichten von militärischen Einrichtungen in den Frontgebieten entlang der militärischen Demarkationslinie einstellen und bedingungslos alle militärischen Übungen vom 1. März 0.00 Uhr an beenden. Solche Schritte werden klarer die ernsthafte Hal-

tung beider Seiten gegenüber der gemeinsamen Erklärung vom 4. Juli zeigen und einen großen Beitrag leisten zur Verwirklichung der nationalen Versöhnung und der Sache der Wiedervereinigung.

4. Wir schlagen die Einberufung einer Gesamt-Nationalversammlung vor, die alle politischen Parteien und öffentlichen Organisationen im Norden und im Süden repräsentiert. Wir betrachten die Form der Gesamt-Nationalversammlung, die Repräsentanten aller politischer Parteien, Gruppierungen und Menschen aller Schichten des Nordens und des Südens umfaßt, als den Weg der sachverständigsten, breitangelegten und realistischen bilateralen Gespräche und Verhandlungen, die den allgemeinen Willen des gesamten koreanischen Volkes repräsentieren.

Diesem Kongreß sollten Repräsentanten aller politischer Parteien und öffentlichen Organisationen im Norden und Repräsentanten aller politischen Parteien und Organisationen, einschließlich des Präsidenten der Demokratisch-Republikanischen Partei, und patriotische Persönlichkeiten verschiedenster Kreise in Südkorea sowie Repräsentanten von Organisationen von Landsleuten und Individuen aus Übersee angehören. Auf dem gesamt-nationalen Kongreß werden der Norden und der Süden aus dem Wunsch nach großer nationaler Einheit heraus ausführlich die Probleme der völligen Öffnung der Gesellschaft und der Verwirklichung vielseitiger Zusammenarbeit und des Austausches auf allen Gebieten, sei es politisch, ökonomisch, kulturell oder militärisch, einschließlich der freien Betätigung politischer Parteien im ganzen Norden und Süden und andere Probleme, die bei der Lösung der Wiedervereinigungsfrage auftauchen, diskutieren. Wir schlagen vor, diesen Kongreß Anfang September dieses Jahres in Pjöngjang oder Seoul einzuberufen und zur erfolgreichen Vorbereitung des Kongresses ein bilaterales oder multilaterales vorläufiges Arbeitstreffen von Repräsentanten aller politischer Parteien und Organisationen in der Heimat und in Übersee Anfang Juni in Pjöngjang abzuhalten.

Wir glauben, daß alle unsere Bemerkungen und Vorschläge eine angemessene Antwort bei den südkoreanischen Behörden und dem gesamten koreanischen Volk in der Heimat wie in Übersee, die nach der Wiedervereinigung des Landes streben, finden werden.

Pjöngjang, den 23. Januar 1979

(Quelle: The Pyongyang Times, Pjöngjang, 27. 1. 1979)

## Deutschlands dunkle Vergangenheit in Afrika

### Die Liebe zum Imperium

Wie ein deutscher Kleinbürger, der Schullehrer Dr. Carl Peters, zu dem Abenteuer auszog, in Afrika ein Reich nach seinem Geschmack zu gründen und damit für Deutschland ein Kolonialimperium begründete...



Anhand von Zeugnissen aus dem afrikanischen Widerstand und Fakten der deutschen Kolonialkritik macht der Film Schluß mit der Legende vom "guten deutschen Kolonialherrn".

Ein Film von Peter Heller  
16 mm-Format, Lichtton, 68 Minuten.

Weitere Filme zu diesem Thema:

**Wer fürchtet sich vorm schwarzen Mann?**

**Wenn sie mich finden, werde ich nicht weinen**

**Namibia**

**Alles was Du brauchst,  
ist Freiheit**

**UNIDOC**  
**Film für  
den Fortschritt**

Dantestraße 29  
8000 München 19  
Tel: 089/156061



Kemal Sahin

# Von Atatürk zu Ecevit (3. Teil)

Der nach der Republikgründung eingeschlagene Weg zur „Schaffung von türkischen Millionären“ hatte bereits vor der Weltwirtschaftskrise (1929) Schiffbruch erlitten.

Politiker wie Präsident I. İnönü, die die langfristigen Interessen der Bourgeoisie im Auge hätten, mußten feststellen, daß das Kapital es vorzog durch Außenhandelspekulationen, Ausnutzung von Monopolrechten, Übernahme von Strohmännfunktionen für das imperialistische Kapital und von Staatsaufträgen höchste Profitraten zu erzielen, anstatt durch Investitionen in längerfristige Industrieprojekte die ökonomische Abhängigkeit des Landes zu mindern. Die verheerenden Folgen der Weltwirtschaftskrise bestärkten diese Einsicht. Im Sommer 1929 führte die Regierung neue, höhere Zolltarife ein, 1930 folgten eine Reihe von Maßnahmen, die zur Zurückdrängung des Einflusses des imperialistischen Kapitals und seiner inländischen Handlanger dienten: Höhere Zolltarife wurden durch mengenmäßige Importbeschränkungen ergänzt, Gründung einer staatlichen Zentralbank mit Monopolrecht für Papiergeldemission, Einführung von Devisenkontrollen waren weitere Hauptpunkte.

Die Entwicklung der Industrie und des Transportwesens in den Jahren 1929—1939

	1929	1939	Zunahme in %
Eisenbahnnetz (km)	5 144	7 324	42
Eisenbahngüterverkehr (Mio km)	356	1 564	339
Straßennetz (km)	29 636 a)	41 600 c)	41
Elektrizitätserzeugnisse (Mio kWh)	106 a)	353	233
Steinkohleförderung (1000 t)	1 451	2 696	86
Chromförderung (1000 t)	16	183	1 044
Zementproduktion (1000 t)	65	284	337
Zuckerproduktion (1000 t)	8	95	1 088
Garnproduktion (100 t)	23	90 b)	291

a) 1930, b) 1938, c) 1940

(Quelle: K. Steinhaus, Soziologie der türkischen Revolution, Frankfurt/M. 1969, S. 133)

Damit wurden die Interessen der Importeure (Kompradorenbourgeoisie) beschnitten. Die gleichzeitig mit der Weltwirtschaftskrise entstandene Agrarkrise führte zu einem drastischen Rückgang der Weltmarktpreise für die Hauptprodukte der türkischen Exportwirtschaft und brachte die Bauern (hauptsächlich Groß- und Mittelbauern, aber auch Kleinbauern) in eine äußerst schwierige Lage. Die Unternehmer konnten den Rückgang der Preise für ihre Produkte durch willkürliche Verlängerung der Arbeitszeit und Herabsetzung der Löhne ausgleichen. Die Lage der Arbeiterklasse verschlimmerte sich. Sie wehrte sich gegen diese Situation mit Streiks. Die Forderung nach gesetzlicher Regelung der elementarsten Rechte wie geregelte Arbeitszeit, Wochen- und Jahresurlaub, Kranken- und Altersversorgung wurde immer wieder erhoben. Trotz ständiger Verhaftungen und Verurteilungen in ganz Anatolien, Izmir, Adana, Samsun, Ankara und Trabzon konnte die Agitation der Türkischen Kommunistischen Partei (TKP) nicht gestoppt werden.<sup>1</sup> Obwohl Arbeitsniederlegungen verboten waren und brutal unterdrückt wurden, dauerten die Streikkämpfe auch 1931 an. In den ersten sechs Monaten von 1932 wurden allein in Istanbul 18 Streiks gezählt.<sup>2</sup>

Im gleichen Jahr wurde in Istanbul illegal der IV. Kongreß der TKP durchgeführt. Die anhaltende, chauvinistische Unterdrückung des kurdischen Volkes im Osten der Türkei führte 1930 zu einem weiteren Aufstand, der von der Regierung erst nach mehreren Monaten und blutigen Kämpfen niedergeschlagen werden konnte. Die Zuspitzung der Gegensätze innerhalb der Koalition der Herrschenden (Großgrundbesitzer, Kompradorenbourgeoisie und nationale Bourgeoisie) und der Widersprüche zwischen der Bourgeoisie und der Arbeiterklasse führte auch zu Auseinandersetzungen innerhalb der höchsten politischen Ränge der Republik. So reifte eine tiefe politische Krise heran.

## Folgen der Weltwirtschaftskrise

Mustafa Kemal Pascha, der die Gefahr wahrnahm, regte zunächst die Gründung einer bürgerlichen Oppositionspartei an (Sommer 1930) und beauftragte einen seiner engsten Vertrauten mit deren Vorsitz. So wurde die Freie Republikanische Partei gegründet. Die Rechnung, auf diese Weise den Unmut der Bevölkerung besser kontrollieren zu können, ging jedoch nicht auf: Die Freie Partei erhielt innerhalb von zwei Monaten einen so starken Massenzulauf, daß sie die Diktatur der Republikanischen Volkspartei ernsthaft erschütterte. Es kam zu Massendemonstrationen und zu Streikbewegungen. Die Istanbuler Kompradorenbourgeoisie nutzte die Unzufriedenheit der Volksmassen aus und setzte sich an die Spitze dieser Oppositionsbewegung mit reaktionärer Zielsetzung (Ausweitung des Privatsektors).

Nach den Kommunalwahlen im Herbst 1930, in denen trotz massiver Manipulation die Stärke der Oppositionsbewegung deutlich wurde, erzwang die Regierung die Selbstauflösung der Freien Partei. Kurz darauf wurden auch die Freimaurerlogen verboten, die seit jeher eine Organisation der Kompradorenbourgeoisie gewesen waren.

Die Krise des Jahres 1930, die im Gegensatz zu der von 1925 überwiegend ökonomische Ursachen hatte, zwang die Führung der nationalen Bourgeoisie, Vorkehrungen für die langfristige Sicherung ihrer Vorherrschaft zu treffen. Sie antwortete mit einem Bündel von wirtschaftlichen und ideologischen Maßnahmen, die unter der Bezeichnung **Kemalismus** propagiert worden sind.

Im ökonomischen Bereich wurde ein staatskapitalistisches Programm in Angriff genommen. Die wichtigsten Bestandteile dieses Programms waren: a) ein Fünfjahresplan, der von sowjetischen Experten vorbereitet wurde und staatliche Investitionen in Textil-, Zucker-, Papier-, Glas- und Chemiewerke vorsah; b) Verstaatlichung der Mehrzahl der ausländischen Firmen in der Türkei durch Aufkauf nach ausgehandelten Bedingungen; c) Gründung zweier neuer staatlicher Banken, die als organisatorische Zentren der staatlichen Industrie (Sümerbank) und Bergbaus (Etibank) auch heute eine wichtige Rolle spielen.

Bei der Finanzierung dieses Planes hatte ein sowjetischer Kredit in Höhe von 18 Mio Dollar<sup>3</sup> (zinslos und rückzahlbar nicht mit Devisen sondern mit den Exportprodukten der Türkei) eine entscheidende Bedeutung. Die UdSSR übernahm darüber hinaus die Ausbildung von türkischen Technikern.

Bis zum Ausbruch des 2. Weltkrieges wurden noch ein Stahl-



werk und verschiedene Rüstungsbetriebe errichtet. Eine Reihe von Maßnahmen zur Modernisierung des Verkehrswesens wurden durchgeführt. Die privaten Unternehmer profitierten von den staatlichen Aufträgen und von der Niedrigpreispolitik des staatlichen Sektors, deren Produkte sie weiterverarbeiteten oder vermarkteten.

Die Unterstützung der Bauernschaft erfolgte indirekt über die Schaffung von Industriebetrieben, die als Abnehmer der landwirtschaftlichen Erzeugnisse auftraten. So konnte von 1928 bis 1939 die Produktion von Getreide um 234 %, von Baumwolle um 444 % und von Zuckerrüben um 1009 % gesteigert werden. Die Finanzierung des staatskapitalistischen Programms erfolgte auf Kosten der Werktätigen: Die indirekten Steuern, die hauptsächlich von den Werktätigen getragen werden, nahmen um mehr als das Fünffache zu, während die direkten Steuern abnahmen.

Dieses ökonomische Programm wurde durch umfangreiche Maßnahmen auf ideologischem Gebiet ergänzt. 1931 wurde die allgemeine Schulpflicht eingeführt (sie ist jedoch **bis heute** nicht verwirklicht worden!). Es folgte die Gründung der Gesellschaft zur Erforschung der Türkischen Geschichte (1931) sowie des Türkischen Sprachinstituts (1932), die die offizielle, extrem-nationalistische Ideologie theoretisch untermauern sollten. Die Volkshäuser und die Volkszimmer, die ab 1932 zur ideologischen Bearbeitung der mittleren und unteren Schichten des Bürgertums sowie der Intelligenz im Sinne der Republikanischen Volkspartei gegründet wurden, stellten den umfassendsten Schritt auf diesem Gebiet dar. Neben anderen Maßnahmen auf dem Gebiet der Massenmedien müssen auch die verstärkten Bemühungen zum Ausbau des Schulwesens sowie das Programm der Dorfinstitute in diesem Zusammenhang gesehen werden.

### Kemalistisches Programm — Antwort auf die Krise

Bereits 1931 waren die vier Grundsätze der Republikanischen Volkspartei (Populismus, Nationalismus, Republikanismus, Laizismus) durch zwei weitere (Etatismus und Reformismus) ergänzt und als die „Sechs Pfeile“ verkündet worden. 1937 wurden diese Grundsätze auch in die Verfassung aufgenommen. Wegen des Widerstandes der Großgrundbesitzer hatten diese Maßnahmen jedoch einen sehr begrenzten Erfolg: die Analphabetenrate sank von ca. 89 % im Jahr 1927 auf lediglich 76 % im Jahr 1947<sup>4</sup>. Im Ergebnis des Industrialisierungsprogramms wurden die materiellen und organisatorischen Grundlagen der türkischen Industrie geschaffen (siehe Tabelle). Damit konnte bei einigen wichtigen Produkten die Importabhängigkeit gemindert werden.

Der wachsende Anteil des staatlichen Sektors widersprach den Interessen jener Teile der Bourgeoisie, die bis dahin von den Förderungsmaßnahmen stark profitiert und große Reichtümer angehäuft hatten. Sie erkannten im wachsenden Gewicht des staatlichen Sektors auch eine politische Gefahr. Als ökonomisch-politisches Zentrum dieser Gruppe hatte sich die Is-Bank herausgebildet, deren Hauptvorstand im Volksmund „die kleine Nationalversammlung“ genannt wurde. Die Is-Bank verfügte um 1931 über eine große Zahl von Beteiligungen in allen Sektoren der Wirtschaft (Industrie, Versicherungswesen, Außenhandel, Bergbau).

Die Auseinandersetzungen zwischen der Regierung und der Is-Bank-Gruppe spitzten sich 1932 zu und endeten mit dem Rücktritt des Wirtschaftsministers, der durch Celal Bayar, den Generaldirektor der Is-Bank, ersetzt wurde. Das war eine deutliche Wende zugunsten des reaktionären Flügels der Bourgeoisie.

Es gab auch andere Signale für diese Wende: 1936 wurde das erste Arbeitsgesetz verabschiedet, das zwar einige Zugeständnisse an die Arbeiterklasse machte, aber im Gegensatz zum Regierungsentwurf von 1932 Streiks verbot. 1936 wurden die berüchtigten Paragraphen 141/142 aus dem italienisch-faschistischen in das türkische Strafgesetzbuch übernommen: sie richteten sich



Der 74. Streiktag

gegen alle fortschrittlichen Kräfte, insbesondere aber gegen die TKP.

Mit der Absetzung von I. İnönü als Ministerpräsident und der Ernennung von Celal Bayar an seiner Stelle waren die inneren Auseinandersetzungen entschieden: Knapp sechs Jahre nach der Verkündung der Kemalistischen Grundsätze hatte die türkische Bourgeoisie ihre Fähigkeit zu einer selbständigen fortschrittlichen Rolle endgültig eingebüßt. 1934 begannen die Vorbereitungen für einen großangelegten Angriff auf die kurdische Bevölkerung. Die Regierung versuchte die kurdischen Stämme zur Entrichtung von neuen Steuern und zum Verlassen ihrer althergebrachten Gebiete zu zwingen. Der Aufstand von Dersim, der daraufhin ausbrach (1937), wurde nach schweren Kämpfen blutig unterdrückt. Die türkische Bourgeoisie richtete unter dem kurdischen Volk ein großes Blutbad an (wehrlose Frauen und Kinder wurden zu tausenden ermordet) und erzwang die Umsiedlung der Überlebenden in die westlichen Gebiete der Türkei.

### Wandlung in der Außenpolitik

In der Außenpolitik der Türkei spielte seit 1926 die enge Freundschaft mit der UdSSR eine grundlegende Rolle. Die Beziehungen beider Länder wurden 1931 von dem sowjetischen Volkskommissar für Außenpolitik Litwinov als „beispielhaft für die Beziehungen zwischen zwei Ländern mit unterschiedlichen sozio-ökonomischen Systemen“ bezeichnet. Eine ähnlich positive Einschätzung wurde von Mustafa Kemal Atatürk 1935 gegeben: „Wie immer blieb unsere Freundschaft mit den Sowjets dauerhaft und aufrichtig. Diese Freundschaft, geboren in



den schwarzen Tagen unserer Geschichte, wird für das türkische Volk immer eine teure und unvergeßliche Erinnerung sein. . . Die türkisch-sowjetische Freundschaft hat bis jetzt für die Sache des Weltfriedens nur Gutes und nur Nutzen eingebracht. Und auch fernerhin wird sie nur nützlich und wohl-tuend sein.“<sup>5</sup>

Die wirtschaftliche und diplomatische Unterstützung durch die Sowjetunion verstärkte die internationale Position der Türkei ganz erheblich. So waren die imperialistischen Mächte (in erster Linie England, Frankreich und Deutschland, aber auch die USA) gezwungen, ihre kolonialistische Politik der nackten Drohung und Erpressung aufzugeben und zu neuen, ausgeklügelten Methoden zu greifen. Dabei spielte das Nazi-Regime in Deutschland eine führende Rolle.<sup>6</sup>



Kemal Atatürk (l.) und Shah Reza Pahlavi sen. (1937)

Nach 1933 hatte das Deutsche Reich mit dem Ausbau der Handelsbeziehungen zur Türkei begonnen, die als Produzent kriegswichtiger Rohstoffe (Chrom, Baumwolle, Futtermittel usw.) und wegen ihrer strategischen Lage in den Kriegsplänen der Imperialisten eine bedeutende Rolle spielte. So betrug 1938 der Anteil des Dritten Reiches (zusammen mit Österreich und der Tschechoslowakei an der türkischen Ausfuhr 45,6 % und der Einfuhr 49,4 %.

Die Bemühungen um größeren Einfluß in der Türkei beschränkten sich nicht auf das wirtschaftliche Gebiet: Der zivile und das militärische Staatsapparat wurde bis 1939 mit tausenden von „Beratern“ durchsetzt.<sup>7</sup> Der wachsende Einfluß der Großbourgeoisie, die Angst der Herrschenden vor der erstarkenden Arbeiterklasse<sup>8</sup> und die differenziertere Politik des Imperialismus bewirkten um 1936 die Abkehr von der Politik der Freundschaft mit der UdSSR.

Die Zusammenarbeit mit dem Imperialismus wurde ab 1937 zum charakteristischen Element der türkischen Außenpolitik. Dies zeigte sich z. B. auf der Montreux-Konferenz über die Meeresengen (1936), mit dem Abschluß eines Beistandspaktes mit Großbritannien (1939) sowie während des 2. Weltkrieges, als die türkische Bourgeoisie u. a. durch umfangreiche Chrom- und Getreidelieferungen sowie durch die Konzentration von 24

Divisionen an der sowjetischen Kaukasusgrenze (zum Einmarsch in die UdSSR nach der erwarteten Niederlage der Roten Armee in Stalingrad) die faschistische Kriegführung unterstützte.

Nach der Niederlage der faschistischen Wehrmacht an der Wolga setzte sich der türkische Staatspräsident İnönü persönlich für eine Vermittlung zwischen den britischen und den deutschen Imperialisten und für deren gemeinsames Vorgehen gegen die UdSSR ein.<sup>9</sup> Gleichzeitig bemühte man sich verstärkt um die Unterstützung der USA. Schließlich wurden die in Potsdam durch die drei Siegermächte beschlossene<sup>10</sup> Forderung nach der Revision des Status der türkischen Meeresengen (die türkische Regierung hatte während des 2. Weltkrieges die vertragswidrige Durchfahrt deutscher Kriegsschiffe gestattet) und die gespannten türkisch-sowjetischen Beziehungen zu einer „sowjetischen Bedrohung“ hochstilisiert.

### Anschluß an die US-Globalstrategie

Auf diese Weise begründete man die völlige Unterordnung der Türkei unter die aggressive Globalstrategie der USA. Die Verkündung der Truman-Doktrin (1947) und die Einbeziehung in den Marshall-Plan (1948) bedeutete die offizielle Deklaration der Türkei als Teil der US-imperialistischen Einflußzone.

Den strategischen Plänen des Imperialismus entsprachen die Klasseninteressen der Herrschenden innerhalb des Landes. Hier befanden sich auf der einen Seite die Kompradorenbourgeoisie und die Großgrundbesitzer, die durch die Exportgeschäfte und durch Spekulationen riesige Vermögen angehäuft hatten: In der Nationalversammlung sprach man von 30 000—40 000 Kriegsreichen. In Izmir z. B. stieg die Zahl der Großfirmen während des Krieges von 9 auf 41.<sup>11</sup>

Auf der anderen Seite standen die Massen der kleinen und armen Bauern sowie die zahlenmäßig gewachsene Arbeiterklasse, die von Zwangsarbeit, Hungersnöten und enorm gesunkenen Reallöhnen betroffen waren. Selbst in den staatlichen Industriebetrieben betrug die Reallöhne 1943 nur noch 30 % des Standes von 1939. Die in der Geschichte der Türkei bis dahin einmalige Inflationsrate hatte auch die städtischen Mittelschichten hart getroffen. So stiegen die Großhandelspreise für Getreide (Hauptnahrungsmittel) zwischen 1938 und 1943 um 1008 %.

Die Bourgeoisie hatte sich durch ihr unverhohlenen Paktieren mit den Nazis politisch isoliert. Der Sieg der Roten Armee verlieh den demokratischen und fortschrittlichen Kräften einen starken Auftrieb. Die TKP konnte trotz brutaler Verfolgungen ihren politischen Einfluß rasch vergrößern.<sup>12</sup> In dieser Situation sahen die Großgrundbesitzer und die Kompradorenbourgeoisie den Verrat der nationalen Unabhängigkeit und die bedingungslose Unterwerfung unter die Kriegspläne der USA als einzigen Ausweg zur Rettung ihrer Herrschaft.

### Anmerkungen:

- 1) K. H. Karpát, Turkey's Politics, Princeton, 1959, S. 356
- 2) Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Noveyschaua Istoria Turtsii, Moskau 1968. Zit. nach der türkischen Übersetzung: Ekim devrimi sonrası Türkiye tarihi, I, Istanbul 1978, S. 207
- 3) K. H. Karpát, Turkey's Politics, a. a. O., S. 351
- 4) W. F. Weiker, Political tutelage and democracy in Turkey: The Free Party and its aftermath, Leiden 1973, S. 266
- 5) J. Glasneck, Kemal Atatürk und die moderne Türkei, Berlin 1971, S. 275
- 6) Eine eingehende und hervorragend belegte Darstellung und Diskussion dieser Politik findet sich bei: J. Glasneck und I. Kircheisen, Türkei und Afghanistan — Brennpunkte der Orientpolitik im zweiten Weltkrieg, Berlin 1968
- 7) Ebenda, S. 27 f
- 8) K. H. Karpát, Turkey's Politics, a. a. O., S. 351
- 9) J. Glasneck und I. Kircheisen, Türkei und Afghanistan, a. a. O., S. 129
- 10) K. H. Karpát, Turkey's Politics, a. a. O., S. 352
- 11) Ebenda, S. 93
- 12) Ebenda, S. 366 f



Monika Preuß

## Libyens radikaler Aufstieg

Ende 1978 fand in der Sozialistischen Libyschen Arabischen Volksrepublik die 4. Tagung des Allgemeinen Volkskongresses statt. Gestützt auf die Beschlüsse und Empfehlungen der örtlichen Basis-Volkskongresse gab diese oberste Legislative des Landes ein überzeugendes Votum für die Fortsetzung der seit nunmehr über neun Jahren erfolgreichen Politik ab.

Eine wichtige Rolle bei der Verwirklichung der beschlossenen Maßnahmen spielen die Revolutionskomitees, die in den vergangenen Monaten überall im Lande aufgebaut wurden. Sie sollen „mobilisierende und organisierende Zentren“ sein, die das Volk zur Ausübung der Macht in den Volkskongressen und Volkskomitees befähigen, um die progressive Entwicklung zu sichern und zu vertiefen. Ferner ist das Volk aufgerufen, mit der Errichtung von Volkskomitees in den Betrieben, die „volle Kontrolle der Werktätigen über die Produktion zu verwirklichen.“ Die Leitungsverantwortung in zahlreichen öffentlichen und privaten Betrieben ist inzwischen auf Volkskomitees übergegangen, denen Arbeiter und Angestellte des jeweiligen Betriebes angehören. Durch diese Volkskomitees soll die Verantwortung der Werktätigen im Betrieb erweitert werden. Diese Veränderungen bedeuten eine weitere Schwächung der Positionen des nationalen Kapitals und die Stärkung der nationaldemokratischen Revolution.

Seit die nationaldemokratische Revolution am 1. September 1969 eingeleitet wurde, haben sich bedeutende Veränderungen in Libyen vollzogen.

### Verfall unter dem Idris-Regime

Bis zum Sturz der proimperialistischen Monarchie durch die Union der Freien Offiziere zählte das Land — trotz der Entdeckung der gewaltigen Ölvorkommen im Jahre 1957 — zu den rückständigsten der Welt. Die Säuglings- und Kindersterblichkeit lag bei rund 50—60% innerhalb der ersten fünf Lebensjahre. Ernährungs- und Augenkrankheiten, Tuberkulose und Malaria waren weit verbreitet. Das Idris-Regime unternahm kaum Anstrengungen, um die hohe Analphabetenquote, die im Jahre 1956 bei 90% lag, abzubauen. Während neben den ausländischen Ölgesellschaften — ihre Zahl betrug 42 bis zum Jahre 1969 — die herrschende Schicht der mit dem angloamerikanischen Imperialismus paktierenden Stammesaristokratie und kapitalistische Kräfte in Handel und Baugewerbe die Früchte des Ölbooms ernteten<sup>1</sup>, blieb die Lage der Masse der vorwiegend ländlichen Bevölkerung unverändert.

Die libysche Wirtschaft entwickelte sich mit Beginn der Ölförderung sehr ungleichmäßig. Während der Ölsektor, der eine isolierte Enklave darstellte und kaum in die nationale Wirtschaft integriert war, zum führenden Wirtschaftszweig wurde, ging vor allem der von feudalen und vorfeudalen Abhängigkeiten gekennzeichnete Agrarsektor in seiner Bedeutung zurück. Das Ergebnis der mit dem Beginn der Ölförderung stark einsetzenden Landflucht waren verlassene Bauernstellen und der absolute Verfall großer Teile der Landwirtschaft.

Eine Industrie entwickelte sich kaum, da vorhandenes Kapital vorrangig in Handel, Transport und Baugewerbe angelegt wurde.



Libyens Revolutionsführer Jalloud (stehend) und Ghaddafi bei den Revolutionsfeiern 1977

Nicht nur für die wirtschaftlichen sondern auch für die militärstrategischen Interessen des Imperialismus hatte König Idris ein offenes Ohr. Die USA und Großbritannien sicherten sich große Militärstützpunkte, die u. a. für die Aggression Großbritanniens, Frankreichs und Israels gegen Ägypten im Jahre 1956 und die Intervention amerikanischer Truppen im Libanon 1958 benutzt wurden.

Gegen die neokolonialistische Abhängigkeit und das reaktionäre monarchistische Regime formierte sich seit Anfang der 60er Jahre wachsender Widerstand nationaldemokratischer Kräfte vorwiegend aus den Reihen des Kleinbürgertums, besonders der Intelligenz und von Teilen der Armee. Aufgrund der geringen industriellen Entwicklung spielte die Arbeiterklasse noch keine selbständige Rolle im Kampf um nationale Unabhängigkeit.

Am 1. September 1969 kam es schließlich zum Sturz der Monarchie durch die am nasseristischen Vorbild orientierte Union der Freien Offiziere unter Führung Muammer Ghaddafis. Die patriotischen Offiziere wollten das Land sowohl von der Dominanz des ausländischen Einflusses als auch von dem überlebten monarchistischen System befreien.



Auch wenn die Werktätigen selbst an der Umwälzung nicht beteiligt waren, kam es bereits einen Tag nach der Machtübernahme und der Ausrufung der Arabischen Republik Libyen zu großen Demonstrationen zugunsten der Revolution. Mit der Machtergreifung der nationaldemokratischen Kräfte begann ein Prozeß der revolutionären Umwälzungen, der sich zunächst gegen die einheimische Reaktion richtete. Zu den ersten Maßnahmen des Obersten Revolutionären Kommandorates zählte die Säuberung des Staatsapparates von den korrupten Beamten des alten Regimes als Voraussetzung für die Durchführung progressiver Umgestaltungen.

### Praktizierter „libysch-arabischer Sozialismus“

Der gesamte Umgestaltungsprozeß vollzieht sich in Libyen auf der Grundlage eines „libysch-arabischen Sozialismus“, der sich an religiös-ethischen Wertungen orientiert und vom wissenschaftlichen Sozialismus abgrenzt.

Die Hervorhebung der islamischen Religion und der nationalen Geschichte hat zur Konzeption eines sog. Dritten Weges, eines Weges zwischen „Kapitalismus und Kommunismus“ geführt. Insbesondere die islamische Religion wird als wesentliches Unterscheidungsmerkmal gegenüber dem Kommunismus genannt. Der Islam wird als eine Religion bezeichnet, die soziale Gerechtigkeit verlange und deshalb sozialistische Züge trage. So erklärte Muammer Ghaddafi: Sozialismus war nichts Neues für unser Volk . . . der unverfälschte Islam ist eine Religion sozialistischer Prägung<sup>2</sup>.

Auch wenn man die mögliche positive Funktion der islamischen Religion für eine progressive Entwicklung nicht unterschätzen sollte, so muß doch berücksichtigt werden, daß die Überbetonung religiöser Vorschriften und Praktiken zunehmend in Widerspruch zu einer fortschrittlichen gesellschaftlichen Entwicklung geraten muß. Ebenso darf die Zwiespältigkeit des Islam nicht übersehen werden, die darin besteht, daß sich auch reaktionäre Kräfte auf den Islam berufen (Beispiel Saudi Arabien). Daraus ergibt sich für solche Kräfte innerhalb der libyschen Gesellschaft die Möglichkeit, den Islam für ihre Ziele auszunutzen



M. Ghaddafi in den Zelten seiner Beduinensippe Ghaddhalifat im Wadi Syrte (2. v. l. sein Vater)

und eine progressive Entwicklung aufzuhalten und umzukehren.

Bestandteil der libyschen Sozialismuskonzeption ist ferner die Ablehnung des Klassenkampfes und die Befürwortung einer Klassenharmonie, woraus sich im besonderen eine nebengeordnete Orientierung auf die Arbeiterklasse ergibt. Die libysche sozialistische Politik, so M. Ghaddafi, basiere auf einer „Allianz aller Volkskräfte: der Arbeiter, der Bauern, der nichtausbeuterischen Kapitalisten, der Intellektuellen und der Soldaten“<sup>3</sup>.

Die Hauptforderung des „libyschen Sozialismus“ ist die vom Islam verlangte soziale Gerechtigkeit, die in erster Linie durch Veränderungen in der Verteilung des Nationaleinkommens erreicht werden soll. So erklärte ein libyscher Minister, es sei das Hauptziel der Regierung, durch angemessene Verwendung der Einkünfte aus den Ölvorkommen, die „Gerechtigkeit und den Wohlstand“ zu fördern<sup>4</sup>. Entsprechend dem libyschen Verständnis von Sozialismus soll auch das Privatkapital seinen Beitrag zur Entwicklung der neuen Gesellschaft leisten. Damit es jedoch nicht zum beherrschenden Faktor wird, soll es in seiner Entwicklung kontrolliert und begrenzt werden.

Auf der Grundlage dieser Sozialismuskonzeption begannen die libyschen Führungskräfte mit einer Politik der schrittweisen

## Libyen-Daten



**Territorium und Bevölkerung:** 1,759 Mio qkm (siebenfache Größe der BRD); etwa 2,5 Mio Einwohner, darunter eine wachsende Zahl ausländischer — vor allem arabischer — Arbeitskräfte. Über die Hälfte der Einwohner ist unter 15 Jahre alt.

**Religion:** Islam

**Währung:** 1 Libyscher Dinar (LD) = 1000 Dirham = 7,80 DM (Stand 1977)

**Wirtschaft:** Libyen ist ein Agrarland mit entwickelter Erdölgewinnung. 1977 wurden etwa 100 Mio t gefördert. Der Anteil des Erdöls am Bruttoinlandprodukt liegt bei etwa 46 % (Stand 1976), der Export wird zu fast 100 % von diesem Produkt bestritten. Der Anteil der Erdöleinnahmen an den gesamten Staatseinnahmen lag in den letzten Jahren bei 98 %. Die Mehrheit der Bevölkerung (1976 = 21,3 %) ist in der Landwirtschaft beschäftigt, die jedoch nicht den Landesbedarf

an Nahrungsmitteln deckt. Da derzeit 93 % des libyschen Territoriums unfruchtbares Land ist (Wüste und Wüstensteppe), nehmen Ackerfläche und Weideland nur einen begrenzten Umfang ein. Neben dem Anbau von Gerste, Weizen, Gemüse, Kartoffeln und Zitrusfrüchten spielt die Viehwirtschaft eine bedeutende Rolle. Eine verarbeitende Industrie war bis zur Revolution von 1969 kaum vorhanden. Der Industrieanteil am Bruttoinlandprodukt hat sich von 1,9 % im Jahre 1968 auf 4,5 % im Jahre 1976 erhöht. Für den Aufbau einer Industrie sollen in Zukunft verstärkt die bis jetzt kaum erschlossenen Bodenschätze Salz, Gips, Phosphat, Schwefel, Kalkstein und Eisenerz herangezogen werden.

**Soziale Lage:** Libyen hat gegenwärtig das höchste Pro-Kopf-Einkommen in Afrika (1976 = 1527 LD). Bis 1976 konnte die Analphabetenquote auf 50 % gesenkt werden. Die Einwohnerzahl pro Arzt beträgt 1:1125 (Iran 1:2500). Die medizinische Betreuung ist kostenlos.

### Geschichte:

- 1911 Beginn der italienischen Kolonialherrschaft
- 1940—43 Besetzung durch italienische und deutsche Truppen
- 1943 Einnahme durch alliierte Streitkräfte
- 24. 12. 1951 Unabhängigkeit als Vereinigtes Königreich
- 1. 9. 1969 Beseitigung der Sanussi-Monarchie durch die Union der Freien Offiziere. Ausrufung der Libyschen Arabischen Republik (LAR)
- 1970 Liquidierung der britischen und amerikanischen Militärstützpunkte
- 1973 Gesetz über die 51 %ige Nationalisierung ausländischer Erdölgesellschaften
- März 1977 Errichtung der Volksmacht, Veränderung der Struktur der Staatsorgane und Umbenennung des Landes in Libysche Arabische Sozialistische Volksrepublik



# Libysche Rolle im Nahostkonflikt

Auch Libyens Haltung zum Nahostkonflikt machte mit dem Sturz des Idris-Regimes eine radikal Wandlung durch.

Die reaktionäre Monarchie hatte sich im Junikrieg 1967 geweigert, Ägypten Solidarität zu erweisen. Mehr noch war sie dazu übergegangen, libysche Soldaten und Offiziere, die an der Seite der ägyptischen Truppen gegen Israel kämpfen wollten, aus der Armee zu entlassen und zu verhaften. Die auf der Arabischen Gipfelkonferenz vom August 1967 in Khartum von Libyen gemeinsam mit Saudi Arabien und Kuwait eingegangene Verpflichtung, künftig Ägypten und Jordanien regelmäßig finanziell zu unterstützen, diente eher als Alibi. Zugleich duldete das Idris-Regime die Bereitstellung der angloamerikanischen Stützpunkte in Libyen für die israelische Luftwaffe.

Mit der Errichtung des Revolutionsregimes 1969 wurde das Land zu einer aktiven Stütze des progressiven arabischen Lagers im Kampf gegen Israel. Die Regierung unter Leitung Muammer Ghaddafis spielte im Oktoberkrieg 1973 eine aktive Rolle bei der Unterstützung der arabischen Frontstaaten. Gemeinsam mit Algerien agierte Libyen innerhalb der Organisation der arabischen ölproduzierenden Staaten (OAPEC) als treibende Kraft bei der Verhängung des Ölembargos gegen die westlichen Unterstützerstaaten Israels. Es gehört zu den Essentials der libyschen Politik, das Erdöl als politische Waffe einzusetzen. Daneben wurden die arabischen Frontstaaten mit Waffenlieferungen unterstützt, u. a. mit Mirage-Flugzeugen.

M. Ghaddafi kritisierte andererseits die dem Oktoberkrieg vorausgegangene mangelnde innerarabische Koordinierung des Angriffs gegen Israel; im Unterschied zur ägyptischen Überbewertung des arabischen Kampfes betonte er weiter die Nichteinlösung des Kernziels Befreiung der 1967 okkupierten arabischen Territorien: „Der Übergang über den Kanal und der Angriff auf die Bar-Lev-Linie,“ resümierte er in einem Brief an Anwar al-Sadat am 15. 11. 1973, „haben der arabischen Nation und Ägypten Ehre eingebracht. Der Vormarsch auf den Golanhöhen zu Beginn der Schlacht war ein Beweis der Fähigkeiten und des Muts der arabischen Soldaten vor einem Feind, der mit dem Stab des Moses in seiner rechten Hand und Nixons Granaten in seiner linken Hand droht. Jedoch, Herr Präsident, wir haben wiederum Gebiete verloren in einem Krieg, der ja nicht geführt wurde, um den Wert des arabischen Soldaten zu beweisen, sondern um die Gebiete zurückzuerobern, die seit 1967 besetzt sind.“

## Wichtige Stütze der PLO

Für die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) und die progressiven Kräfte im Libanon wurde Libyen zu einer der wichtigsten Stützen. Um die offene militärische Konfrontation Syriens und der PLO im Libanonkrieg 1976 zu beenden, versuchte Abdel Salam Jalloud, vormals Ministerpräsident und seit 1977 Mitglied im Generalsekretariat des Allgemeinen Volkskongresses, eine Vermittlerrolle bei der Installierung einer arabischen Friedensstreitmacht zu übernehmen. Konsequenterweise unterstützt Libyen die PLO, die als einziger legitimer Vertreter des palästinensischen Volkes betrachtet wird.

Die libyschen Führungskräfte nehmen eine antiimperialistische Grundhaltung bei der Lösung des Nahostkonflikts ein. Allerdings ist ihre Position zur Palästinafrage nicht frei von Widersprüchlichkeiten. Während man auf der einen Seite mit Vehemenz für die aktive Unterstützung der PLO und das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes eintritt, werden auf der anderen Seite die nationalen Rechte der Juden in Palästina bzw. die Existenzberechtigung Israels in Frage gestellt. Das würde jedoch die Austreibung von 2,5 Mio Juden, die nach dem Ende des britischen Mandats über Palästina (1948) nach Israel kamen, in ihre Herkunftsländer beinhalten.

Eine wirklich gerechte demokratische Lösung der Palästinafrage kann jedoch nicht darin bestehen, die nationalen Rechte des israelischen Volkes zugunsten des arabischen Volkes Palästinas zu liquidieren, sondern erfordert die Gewährleistung bzw. Respektierung der legitimen Rechte beider Nationalitäten Palästinas, der arabischen und jüdischen. Es sollte der progressiven Führung Libyens zu denken geben, daß die völlige Negierung der nationalen Rechte der Juden Palästinas, die von der zionistischen Führung zu unterscheiden sind, die traditionelle Position der arabischen Feudalreaktion ist.

Eine realistischere Tendenz und eine Annäherung an die aktuelle UN-Plattform, die den Rückzug Israels aus allen okkupierten Gebieten, die Verwirklichung der nationalen Rechte des arabischen Volkes Pa-



Libysches Poster gegen Sadats Separatpolitik: "Wir haben ihn längst durchschaut."

lästinas (einschließlich seines Rechts auf einen unabhängigen Staat) sowie die Souveränität aller Staaten in dieser Region bestätigt, zeichnet sich jedoch ab.

In der Abschlusserklärung des 3. Gipfels der Arabischen Standhaftigkeitsfront vom September 1978 in Damaskus stimmte Libyen den in der Abschlusserklärung formulierten Kernforderungen für eine gerechte Lösung des Nahostkonflikts nach dem Rückzug Israels aus allen okkupierten Gebieten und der „Gründung eines unabhängigen Palästinenserstaates“ zu. (vgl. AIB 11—12/1978).

Daß Libyen heute im Rahmen der Front der Standhaftigkeit, die den Alleingang Präsident Sadats und die Camp David-Vereinbarungen entschieden ablehnt, eine Schlüsselrolle spielt, zeigt sich schon daran, daß das Konstituierungstreffen am 5. Dezember 1977 in Tripolis stattfand. Ferner kommt Libyen innerhalb der Front der Standhaftigkeit durch seine Ölmilliarden die entscheidende Rolle in der finanziellen Unterstützung der Hauptkonfrontationsparteien im Nahostkonflikt, Syrien und der PLO, zu. Das Land leistet den Hauptbeitrag zu jener materiellen Hilfe an Syrien und die PLO in Höhe von jährlich 1,8 Mrd Dollar bzw. 300 Mio Dollar, auf die sich die Teilnehmer der 9. Arabischen Gipfelkonferenz in Bagdad im November 1978 einigten.

## Aktivposten der Arabischen Standhaftigkeitsfront

Damit ist Libyen neben der Sowjetunion die wichtigste materielle Stütze im nationalen Befreiungskampf der arabischen Frontparteien gegen Israel. Aufgrund der konsequent antiimperialistischen Position im Nahostkonflikt und der revolutionär-demokratischen Veränderungen im Innern des Landes ist das libysche Revolutionsregime selbst zum Opfer der Aggression geworden, die heute von Ägypten stellvertretend für den Imperialismus und die arabische Reaktion durchgeführt wird. Die militärische Aggression Ägyptens im Juli 1977 verfolgte das Ziel, Libyen zu einer Stillhaltepolitik zu zwingen und proimperialistischen Kräften Auftrieb zu geben. Diese Bedrohung hat sich verstärkt, da Ägypten im Rahmen der Geheimabsprachen von Camp David der Verlegung seiner Armee von der Sinai-Front an die libysche Grenze zugestimmt hat.

Libyen spielt heute aufgrund seiner finanziellen Stärke und seiner antiimperialistischen Konsequenz im Rahmen der Front der Standhaftigkeit eine Schlüsselrolle und kann gemeinsam mit Algerien dem Iran und m. E. dem Irak ein echtes Gegengewicht gegenüber der Kapitalstärke der proimperialistischen reaktionären Ölgierungen am Persischen Golf,





Italienische Kolonialgreuel 1911: Zehntausende Libyer wurden mit Gasbomben und Gewehrsalven niedergemacht

ökonomischen und sozialen Umgestaltung der Gesellschaft. Eine der ersten Maßnahmen des Obersten Revolutionären Kommandorates unter Vorsitz von Muammer Ghaddafi und zugleich ein wesentlicher Schritt zur Festigung der Unabhängigkeit war die Schließung der britischen und amerikanischen Militärstützpunkte im Jahre 1970. Danach wurde der während der italienischen Kolonialherrschaft (siehe Datenkasten) dem libyschen Volk geraubte Boden sowie die in italienischer Hand befindlichen Betriebe und Fabriken enteignet. Ausländische Banken und Versicherungen überführte man im Jahre 1970 in Staatseigentum.

### Neue Erdölpolitik . . .

Der nächste Schlag richtete sich gegen jene Unternehmen, die den Hauptreichtum des Landes ausbeuteten: die 42 Erdölgesellschaften. Die libyschen Führungskräfte machten deutlich, daß es ihr Ziel die volle Verfügungsgewalt über den nationalen Reichtum sei. So erklärte M. Ghaddafi: „Wie groß auch die Schwierigkeiten sind, wir werden die Rechte an unserem Erdöl erringen“<sup>5</sup>.

Ab September 1973 mußten sämtliche in Libyen tätige ausländische Ölgesellschaften dem libyschen Staat eine Beteiligung von mindestens 51 % an ihren Anlagen und Konzessionen einräumen. Die Anlagen der British Petroleum (BP) und der Royal Dutch Shell sowie einiger US-Gesellschaften wurden völlig nationalisiert.

Mit der Verstaatlichung der ausländischen Ölgesellschaften gewann der libysche Staat mittels der Libyan National Oil Corporation (LNOC) eine zunehmende Kontrolle über die Rohölförderung des Landes. Heute verfügt die LNOC bereits über eine Rohölförderung von 75 %. Ein bedeutender Erfolg des Kampfes der jungen Republik um Rückgewinnung der nationalen Verfügungsgewalt über ihren einzigen bedeutenden Rohstoff bildete die Realisierung eines angemessenen Preises für das Öl und die selbständige, an ihren langfristigen Bedürfnissen orientierte Regulierung der Förderung.

Ferner ist die Erdölpolitik Libyens auf den Aufbau einer nationalen erdölverarbeitenden Industrie orientiert, um die klassische Rolle als Rohstofflieferant zu überwinden. Bis zum Jahr 1980 wird für die Exportstruktur erwartet, daß der Beitrag des Rohöls von bisher 97,14 % (1975) auf 88,7 % gesenkt und der Anteil der Raffinerieerzeugnisse von 2,81 % und 9,0 % angehoben werden kann.<sup>6</sup>

Die Einkünfte aus dem Erdölsektor (1977 = ca. 11 Mrd Dollar) ermöglichen Libyen, umfangreiche Investitionen vorzunehmen, um das koloniale und neokoloniale Erbe rascher zu überwin-

den. Bei dem Aufbau einer nationalen Wirtschaft, der auf der Grundlage von Mehrjahresplänen erfolgt, genießt die noch mit starken Zügen der Naturalwirtschaft gekennzeichnete rückständige Landwirtschaft Priorität.

Im gegenwärtig laufenden Fünfjahresplan 1976—1980 mit einer Gesamthöhe von 7,525 Mrd LD umfassen die Investitionen für die Landwirtschaft über 1 Mrd LD. Als ein großes Problem gilt die immer noch starke, durch den Ölboom und die Vernachlässigung des Agrarsektors seitens des Idris-Regimes hervorgerufene Importabhängigkeit von Nahrungsgütern, die derzeit bei 60 % liegt.

### . . . und die „Grüne Revolution“

Als eine wichtige Aufgabe betrachtet die libysche Regierung daher die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion, um die Verwirklichung eines gewissen Grades an Selbstversorgung zu erreichen. Um dieses Ziel zu erlangen, tritt der Staat als entscheidender Regulator auf. Im Jahre 1970 wurden die noch in italienischen Händen befindlichen 37 000 ha Land enteignet und an libysche Landarme und landlose Bauern verteilt. Die Politik der libyschen Regierung sieht vor, die Landwirtschaft vorwiegend auf der Grundlage kleinbäuerlichen Eigentums zu entwickeln. Daraus ergibt sich auch, daß das Genossenschaftswesen kaum entwickelt ist und vorwiegend Kredit-, Absatz- und Versorgungsfunktionen wahrnimmt. Um der Bildung privaten Großgrundbesitzes einen Riegel vorzuschieben, ist der Verkauf des Landes untersagt. Im Falle der Nichtbestellung durch den Besitzer fällt der Boden an den Staat zurück.

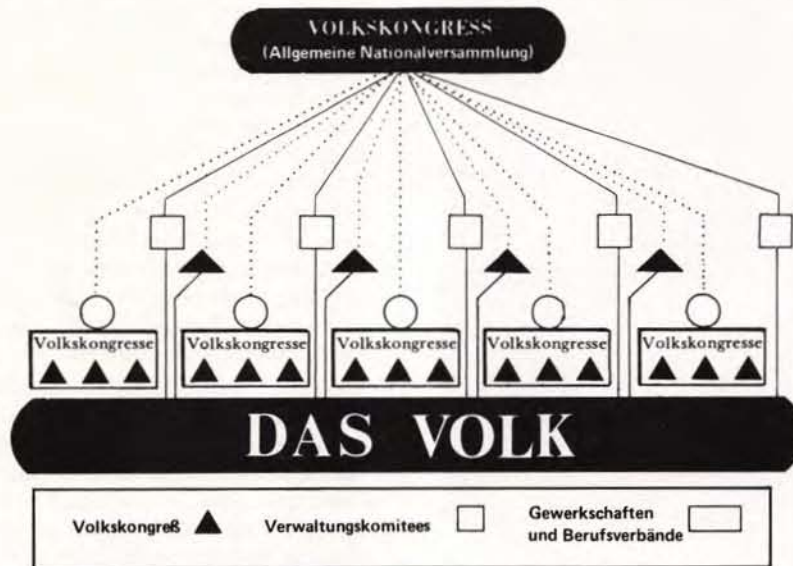
Besondere Aufmerksamkeit innerhalb der Gesamtheit der Landwirtschaftspolitik, die auch als „Grüne Revolution“ bezeichnet wird, widmet die libysche Regierung der intensiven Nutzung vorhandener Anbauflächen durch Errichtung von Bewässerungssystemen und der Anwendung eines hohen Grades an Mechanisierung. Daneben wird versucht, die Agrarfläche insbesondere durch die Wüstenkultivierung zu erweitern. Ziel ist es, bei den gegenwärtig in Planung bzw. im Bau befindlichen Projekten, die zwischen 1976 und 1980 fertig werden, 453 420 ha Neuland zu kultivieren.<sup>7</sup>



Gewächshaus in einem Landwirtschaftsobjekt des Jebel al-Akhdar



# Proklamation der Volksmacht



Im Namen Gottes, das arabische libysche Volk, das sich im Allgemeinen Volkskongreß vereinigt hat, der die Volkskongresse, die Volkskomitees, die Gewerkschaften, die Berufsvereinigungen und -organisationen zusammenfaßt;

der Allgemeine Volkskongreß, der sich auf das erste Kommuniqué bezieht, das auf die Revolution des 1. September 1969 (Sturz des Idris-Regimes; d. Red.) und auf die historische Rede von Zouara folgte;

erfüllt vom Inhalt des „Grünen Buches“ (programmatische Grundsatzschrift M. Ghaddafis);

nach Zurkenntnisnahme der Empfehlungen des Volkskongresses, der Gründungsproklamation, die am 2. Chawal 1389 (11. Dezember 1969) verkündet wurde, der Beschlüsse und Empfehlungen, die vom Allgemeinen Volkskongreß auf seiner ersten und zweiten Sitzungsperiode (vom 4.—17. Muharram 1396 / vom 15.—18. Januar 1976 bzw. vom 21. Dhu I-Kaada bis 2. Dhu I-Hijja 1396 / vom 12.—24. Novmeber 1976) öffentlich verkündet wurden;

getreu den Prinzipien der Großen Revolution des 1. September, die durch den revolutionären Denker und Meister, Oberst Muammer Ghaddafi, an der Spitze der Bewegung der freien unionistischen Offiziere ausgelöst wurde;

eingedenk des Kampfes, der von seinen Vätern und seinen Ahnen geführt wurde, um das System der direkten Demokratie zu errichten, der in diesem System die entscheidende und endgültige Lösung des Problems der Demokratie sieht;

erwägend, daß er die Volksmacht verkörpert, auf dem Boden, der die Große Revolution entstehen sah, welche der Volksmacht, die der einzige Inhaber aller Autorität ist, eine feste Grundlage gab;

- erklärt seine Hingabe an die Freiheit und seine Bestimmung, sie auf seinem eigenen Boden und überall in der Welt zu verteidigen und all denjenigen Schutz zu gewähren, die in ihrem Freiheitskampf zu Opfern der Unterdrückung wurden;

- erklärt seine Hingabe an den Sozialismus, der die Verwirklichung des Volkseigentums erlaubt;

- erklärt sein Engagement, die vollständige arabische Einheit herzustellen;

- erklärt seine Hingabe an die geistigen Werte als den einzigen Garant der Moral und des Verhaltens der Menschen;

- bekräftigt den unaufhaltsamen Gang der Revolution unter der Führung des revolutionären Denkers, Führers und Meisters, Oberst Muammer Ghaddafi, hin zur Errichtung der Volksmacht und der Verwirklichung einer Gesellschaft, in welcher das Volk, Führer und Souverän, allein Inhaber der Macht, der Bodenschätze und der Waffen sein wird. Diese Gesellschaft in Freiheit muß endgültig alle traditionellen Vermittler der Macht ausschalten, handele es sich um ein Individuum, eine Familie, einen Stamm, eine Sekte, eine Klasse, einen Gewählten, eine Partei oder eine Gruppe von Parteien;

- erklärt seine Entschlossenheit, energisch jeden Versuch zu zermalmen, der der Volksmacht Hindernisse in den Weg legt.

Das arabische libysche Volk, das dank der Revolution die Herrschaft über sein Schicksal, seine Gegenwart und Zukunft zurückbekommen

hat, bittend um die Hilfe Gottes, im Glauben an sein heiliges Buch, das auf ewig die Quelle der Eingebung und der Gesetzgebung der Gesellschaft bleiben wird, nimmt diese Proklamation der Volksmacht an und verkündet den Völkern der Erde den Beginn der Ära der Massen.

1. Der offizielle Name von Libyen ist: Arabische Libysche Sozialistische Volksrepublik.

2. Der Heilige Koran ist das Gesetz der Gesellschaft in der Arabischen Libyschen Sozialistischen Volksrepublik.

3. Die Grundlage des politischen Regimes der Arabischen Libyschen Sozialistischen Volksrepublik ist die direkte Volksmacht; einzig das Volk ist alleiniger Inhaber der Macht. Es übt diese Macht über die Volkskongresse, Volkskomitees, Gewerkschaften, Berufsvereinigungen und -organisationen und den Allgemeinen Volkskongreß aus. Das Gesetz legt die Modalitäten ihrer Arbeit fest.

4. Die Verteidigung des Vaterlandes liegt in der Verantwortung aller Bürger und Bürgerinnen, und dank einer allgemeinen militärischen Vorbereitung ist das Volk geschult und bewaffnet, um diese gemeinsame Verteidigung zu erfüllen. Das Gesetz legt die Modalitäten der Schulung der militärischen Kader und der allgemeinen militärischen Vorbereitung fest.

## Ernennung Oberst Ghaddafis zum Generalsekretär des Allgemeinen Volkskongresses

Im Namen des gnädigen und barmherzigen Gottes, die Arabische Libysche Sozialistische Volksrepublik, der allgemeine Volkskongreß,

in Übereinstimmung mit den Entscheidungen und Empfehlungen der Volkskongresse, der Gewerkschaften, der Berufsvereinigungen und -organisationen,

in Kenntnisnahme der Entscheidung des Allgemeinen Volkskongresses auf seiner außerordentlichen Sitzung vom 10. bis 12. Rabi al-Awal 1397 von Héjir (vom 28. Februar bis 2. März 1977) über die Proklamation der Volksmacht,

um die Permanenz der Volksmacht zu garantieren und den dynamischen Gang der Revolution zur Stärkung der Gesellschaft des führenden und souveränen Volkes zu festigen, eine Gesellschaft, in der der Mensch seine wirkliche Emanzipation verwirklichen wird, beschließt der Kongreß, den revolutionären Denker, Führer und Meister, Oberst Muammer Ghaddafi, zum Generalsekretär des Allgemeinen Volkskongresses zu wählen.

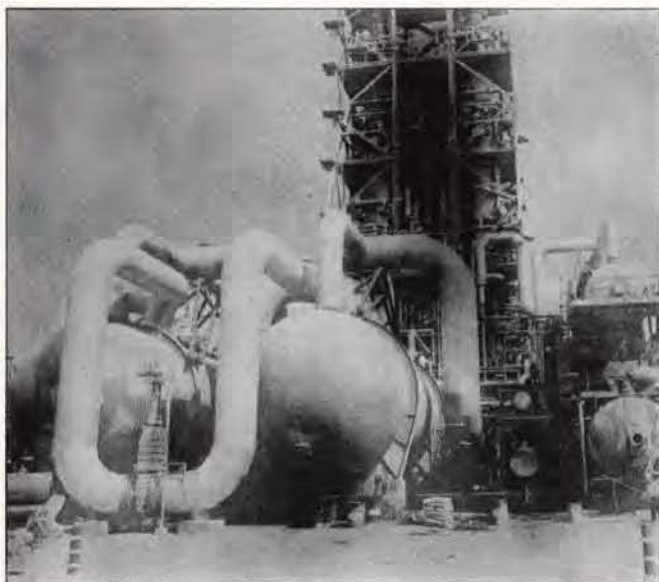
## Zusammensetzung des Generalsekretariats des Allgemeinen Volkskongresses

Der allgemeine Volkskongreß ernennt die folgenden Mitglieder:

1. Oberst Muammer Ghaddafi, Generalsekretär.
2. Kommandant Abdel Salam Jalloud, Mitglied.
3. Oberleutnant Abon Bakr Jaber Younes, Mitglied.
4. Oberleutnant Mustapha Kharroubi, Mitglied.
5. Kommandant Khouildi Hamidi, Mitglied.

(Quelle: La Nouvelle Organisation du Pouvoir en Libye. Proclamation du Pouvoir en Libye, in: Maghreb, Machrek, Monde Arab, Paris, Nr. 76/1977)





Libysche Erdgasverflüssigungsanlage

Das neugewonnene Land wird in der Regel in Einzelwirtschaften zu je 10 ha aufgeteilt und zu äußerst günstigen Bedingungen an Einzelbauern vergeben: Die neuen Bauernstellen, die eine Wohnung, Felder, Bewässerungsanlagen und Maschinen umfassen, werden den Neusiedlern kostenlos zur Verfügung gestellt; zu allen weiteren Betriebsausgaben gewährt der Staat Kredite bis zu 80 % der Kosten, die in mehrjährigen Raten zu begleichen sind. Daß die hohen Investitionen durchaus positive Ergebnisse hervorbringen, zeigt sich an der steigenden landwirtschaftlichen Produktion der letzten Jahre: Von 1972 bis 1975 verdoppelte sich die Produktion von Getreide (Weizen und Gerste), die Produktion von Gemüse stieg von 246 000 t (1972) auf 670 000 t (1976), die Schlachtviehproduktion von 46 000 t (1975) auf 52 500 t.<sup>8</sup>

### Aufbau einer nationalen Industrie

Bedeutende Erfolge konnten auch beim Aufbau einer nationalen Industrie erzielt werden, die in dem laufenden Fünfjahresplan den zweiten Platz nach der Landwirtschaft einnimmt. Die Industrialisierung, die vorwiegend der Einfuhrsubstitution dienen soll, hat die vorrangige Entwicklung einer Verbrauchsgüterindustrie (Lebensmittel- und Textilindustrie) und die Schaffung einer Schwerindustrie auf der Basis einheimischer Rohstoffe zum Ziel.

Nach den Vorstellungen der libyschen Führungskräfte sollen die wichtigsten Industrieprojekte von staatlicher Seite durchgeführt werden. Daneben ist auch das Privatkapital (nur Libyer) in Form von eigenen oder gemischten Betrieben an der Entwicklung der Industrie beteiligt. In bestimmten Bereichen der libyschen Wirtschaft, besonders in der Klein- und Mittelindustrie zur Befriedigung der regionalen Nachfrage nach Konsumgütern, werden Privatunternehmen sogar durch verbilligte Kredite und zinslose Darlehen gefördert. Andererseits sind der Entwicklung des Privatkapitals jedoch durch verschiedene Maßnahmen Grenzen gesetzt. So soll durch ein Gesetz von 1970 die Kapitalkonzentration in Einzelbesitz bei Aktiengesellschaften dadurch verhindert werden, daß der Anteil keines Aktionärs 10 % des Gesellschaftskapitals überschreitet.

Ferner besteht ein straffes Besteuerungssystem: Einkommen von Einzelpersonen aus jeder Art gewinnbringender Tätigkeit sind bis zu 4000 LD im Jahr steuerfrei; danach steigert sich die Steuer progressiv bis zu 90 %.

Mit der beschleunigten Industrialisierung (allein im Jahre 1975 wurden elf neue Industriebetriebe eröffnet) zeigt sich eine zunehmende Tendenz zur Ausweitung des staatlichen Sektors, der als Kernstück der Volkswirtschaft bezeichnet wird. So betrug der Anteil des Staates an der Industrieproduktion — laut Pla-

angaben — 53 % im Jahre 1975 gegenüber 28 % im Jahre 1973.<sup>9</sup>

Eine besondere Schwierigkeit für die Verwirklichung der Industrialisierungsvorhaben stellt das niedrige Arbeitskräftepotential dar, verbunden mit einem geringen Ausbildungsniveau der Erwerbstätigen. Hinzu kommt, daß die Frauen traditionell nicht ins Berufsleben integriert wurden und eine Veränderung lange Jahre des Umdenkens und der Ausbildung erfordert. Um trotz dieser Schwierigkeiten die Industrialisierung voranzutreiben, werden zum einen verstärkte Anstrengungen zur Ausbildung von Fachkräften unternommen, zum anderen wird eine hohe Anzahl ausländischer Arbeitskräfte beschäftigt. Von den 691 200 Erwerbstätigen im Jahre 1976 waren 225 000 Ausländer, überwiegend Ägypter, gefolgt von Tunesiern, Syrern, Jordanern, Palästinensern und Jugoslawen.

Erhebliche Anstrengungen unternimmt man um den Bildungsstand der Bevölkerung zu heben. So wurde die allgemeine Schulpflicht wie der kostenlose Schulbesuch eingeführt, erreichen mobile Schuleinheiten die entfernt gelegenen Landesteile. Das angestrebte Ziel der libyschen Bildungspolitik ist die Beseitigung des Analphabetentums bis zum Jahre 1980. Lag die Analphabetenquote 1969 noch bei 80 %, so war sie 1976 bereits auf 50 % gesunken.

Erfolg erzielte man auch im Gesundheitswesen, da mit der Ausrottung der Malaria und im Kampf gegen Tuberkulose- und Augenkrankheiten. Während 1969 noch ein Arzt auch 2250 Einwohner kam, verbesserte sich das Verhältnis auf 1:1125 im Jahre 1975. Bis 1980 soll es sich auf 1:1000 weiter reduziert haben.<sup>10</sup> Besonders hervorgehoben werden muß, daß ärztliche Versorgung, Krankenhausbehandlung und Medikamente kostenlos sind.

Zur spürbaren Verbesserung der sozialen Lage der Bevölkerung tragen ferner die Festlegung des Mindesttageslohns (1975 wurde er auf zwei LD festgelegt), die staatliche Subventionierung verschiedener Grundnahrungsmittel und die staatliche Sozialversicherung, die auch die ausländischen Arbeitnehmer umfaßt, bei. Erwähnenswert sind auch die Leistungen der libyschen Regierung im Bereich des Wohnungsbaus. Während im Jahre 1964 noch 52 % der Libyer in Lehmhütten, 21 % in Notunterkünften, 20 % in Zelten und 3 % in Höhlen wohnten, gibt es heute keine Notunterkünfte und Baracken mehr. Das Wohnungsbauprogramm sieht vor, daß bis zum Jahr 1982 für jede Familie eine angemessene Wohnung zur Verfügung steht. Die Wohnungsmieten in Libyen sind niedrig; jeder Libyer, der weniger als 600 Dollar monatlich verdient, bekommt kostenlos eine Wohnung zugeteilt, für die er keine Miete zu zahlen hat.<sup>11</sup>

Entsprechend den Ausführungen Muammer Ghaddafis im Grünen Buch<sup>12</sup> wurde von der libyschen Regierung im Jahre 1975 ein Gesetz erlassen, demzufolge Eigentümer von mehreren Häusern und Grundstücken bis auf den Eigenbedarf der Familie zu enteignen sind.

Der ökonomisch-soziale Umgestaltungsprozeß soll durch eine Demokratisierung aller Bereiche der libyschen Gesellschaft begleitet und vorangetrieben werden.

### Errichtung einer Volksmacht

Mit der Umbenennung der Libyschen Arabischen Republik in Libysche Arabische Sozialistische Volksrepublik im März 1977 erfolgte die Veränderung der Struktur der Staatsorgane und die Errichtung einer Volksmacht.

Die im Grünen Buch dargelegte Auffassung von Demokratie geht vom Prinzip der Klassenharmonie und des einheitlichen Volkswillens aus. Volkskongresse und Volkskomitees zusammen mit Verbänden und gesellschaftlichen Organisationen sollen die „direkte Demokratie“ gewährleisten. Ausgangspunkt der Volksherrschaft sind die sog. Basisvolkskongresse, in denen alle Bürger (Arbeiter, Bauern, Studenten, Unternehmer, Handwerker, Beamte, Freiberufliche) nach Wohndistrikten vertreten sind. Jeder dieser Basisvolkskongresse wählt ein permanentes



Arbeitskomitee mit einem Vorstand, der in dem jährlich zusammentretenden Allgemeinen Volkskongreß, der Obersten Legislative mit 1300 Mitgliedern, vertreten ist.

Die Mitglieder der permanenten Komitees haben ein imperatives Mandat und sind jederzeit abwählbar. Neben den Basisvolkskongressen bestehen Volkskomitees, die für Verwaltungsaufgaben zuständig sind. Deren Mitglieder werden von den Beschäftigten eines Verwaltungsbereiches, worunter auch Staatsbetriebe fallen, bestimmt und sind diesen gegenüber verantwortlich. Die Vorsitzenden dieser Administrativvolkskomitees sind ebenfalls Mitglieder im Allgemeinen Volkskongreß.

Einen dritten Pfeiler der libyschen direkten Demokratie bilden die Verbände. Die Gewerkschaften, Industriellenverbände, Verbände wie der Lehrer-, der Bauern-, der Jugend- und der Frauenverband entsenden ihre Leiter ebenfalls in den Allgemeinen Volkskongreß.

Die Bedeutung der Volkskongreßbewegung liegt vor allem in der Erziehung und Mobilisierung möglichst breiter Teile des Volkes für den Kampf um Fortsetzung demokratischer gesellschaftlicher Veränderungen. Noch liegen zu wenig Informationen vor, um etwas über den Erfolg der direkten Beteiligung des Volkes an den sozialen Entscheidungsprozessen aussagen zu können. Mit Sicherheit aber werden sich durch die Einbeziehung der verschiedenen Schichten und Klassen, die unterschiedliche Interessen repräsentieren, Schwierigkeiten und Auseinandersetzungen bei der Durchführung einer demokratischen Volksmacht ergeben. Vor allem wird es sich schwierig gestalten, kapitalistische Kräfte, die sich vor allem im Handel, in der Bauwirtschaft und in einigen anderen Bereichen entwickelt haben, zu kontrollieren und in Schranken zu halten, um die Gefahren einer Umkehrung der begonnenen progressiven Entwicklung auszuräumen.

### Radikaler Antiimperialismus

Libyen zählt heute zu jenen arabischen Staaten, die eine konsequente Position im Nahostkonflikt (siehe Kasten) einnehmen und spielt eine wichtige Rolle in der Bewegung der Nichtpaktgebundenen.

Während Muammer Ghaddafi auf der Konferenz der Nichtpaktgebundenen in Algier 1973 nach als Kontrahent Fidel Castros auftrat, ihn als „Lakaien der Sowjetunion“ bezeichnete und sich gegen die Mitgliedschaft Kubas innerhalb der Bewegung aussprach<sup>14</sup>, hat sich die libysche Position des Dritten Weges inzwischen zu einem radikalen Antiimperialismus entwickelt. Freundschaftliche Beziehungen zu Kubá, der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten wurden angebahnt. Muammer Ghaddafi hob bei seinem Besuch in der DDR im Juni 1978 hervor, es bestehe kein Zweifel, daß die Bewegung der Nichtpaktgebundenen die Rolle der sozialistischen Gemeinschaft anerkenne und unterstütze.<sup>15</sup>

Libyen ist besonders bestrebt, auch die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den sozialistischen Staaten auszubauen, um die nationale Unabhängigkeit Libyens zu stärken. Bei einem Freundschaftsbesuch M. Ghaddafis Ende 1976 in der Sowjetunion wurde die Entschlossenheit zum Ausdruck gebracht, „alle Kräfte einzusetzen, die Zusammenarbeit auf ökonomischem, kulturellem, technischem, wissenschaftlichem Gebiet und in anderen Bereichen zu erweitern und zu vertiefen“.<sup>16</sup>

Als treibende Kraft agiert Libyen in dem Bemühen die Mittelmeerregion von imperialistischer Dominanz zu befreien und den Frieden in diesem Raum zu festigen. Dem diene die Gründung des Ständigen Sekretariats der Fortschrittlichen Sozialistischen Organisationen und Parteien im November 1976, das seinen Sitz in Tripolis hat und von dem Libyer A. Shahati geleitet wird. Auf einer zweiten Konferenz in Malta im Juni 1977 wurde das „Recht auf nationale Unabhängigkeit“, das Bekenntnis zum nationalen Befreiungskampf gegen „Kolonialismus und Neokolonialismus“ sowie die Versicherung der Unterstützung „aller unterdrückten Völker der Welt, die für nationale Befrei-

ung und den Sieg des Sozialismus kämpfen“ betont.<sup>17</sup> Libyen hat sich zweifellos heute zu einem gewichtigen Faktor im Kampf gegen Imperialismus und Neokolonialismus entwickelt.

### Anmerkungen:

- 1) Das Pro-Kopf-Einkommen stieg von 50 Dollar im Jahre 1958 auf 500 Dollar im Jahre 1968. Vgl. G. Nötzold (Hrsg.), Die arabischen Länder, Gotha 1970, S. 184/185
- 2) Zit. in: Asien, Afrika, Lateinamerika, Grundfragen des antiimperialistischen Kampfes in der Gegenwart, Teil I, Berlin 1974, S. 362
- 3) Zit. nach: Der Spiegel, Nr. 6/1972
- 4) Nach Archiv der Gegenwart, Bonn 1969, S. 14900
- 5) Zit. in: Handelsblatt, 18. 3. 1971
- 6) Länderbericht Libyen 1977, S. 67
- 7) K. Schliephake, Libyen, Grundlagen und Notwendigkeiten der industriellen Revolution, in: M. Krämer (Hrsg.), Die Afrika-Wirtschaft 1976/77, Hamburg 1977, S. 126
- 8) Faits et Chiffres, „Al-Jamahiriya Arabe Libyenne Populaire Socialiste, März 1977, S. 36
- 9) Länderbericht Libyen 1977, S. 49
- 10) G. Butt, Housing and services are free, but manpower is scarce, in: Middle East Economic Digest, London 21 (1977) 7, S. 9
- 11) Vgl. Länderbericht Libyen 1977, S. 52; Süddeutsche Zeitung, 8. 12. 1976
- 12) M. Al Qadhafi, Das Grüne Buch, 2. Kap., Lösung des wirtschaftlichen Problems, Bonn 1977, S. 14/15
- 13) M. Al Qadhafi, Das Grüne Buch, 1. Kap., Lösung des Demokratieproblems, Bonn 1977
- 14) Nach: Afrika Heute, Nr. 10—11/1973, S. 33
- 15) Vgl. Neues Deutschland, 2. 6. 1978
- 16) Nach: Horizont, Nr. 1/1977, S. 26
- 17) The Malta Conference Recommendations and Decisions 20.—25.6.1977, hrsg. vom Ständigen Sekretariat der Fortschrittlichen Sozialistischen Organisationen des Mittelmeerraumes, Tripolis, S. 3—5

## Wolfram Brönner Der Nahost-Konflikt und die Palästina-Frage



Marxismus aktuell

318 Seiten, Taschenbuch, 13,20 DM · ISBN 3-88012-538-4



Verlag Marxistische Blätter  
Heddernheimer Landstraße 78a  
6000 Frankfurt am Main 50

neu



## Erklärung afrikanischer Kommunistischer Parteien

# Aufruf an Afrika (2. Teil)



In den Ländern mit kapitalistischer Orientierung zielen die herrschenden Kreise vorrangig darauf ab, solche ökonomischen und politischen Strukturen zu errichten, die der Beschleunigung des Wachstums der Bourgeoisie dienen. In diesem Zusammenhang können Widersprüche zwischen diesen politischen Regimes und dem Imperialismus auftreten. Diese Differenzen spiegeln sehr häufig das Streben der Massen nach wirklicher Unabhängigkeit und der Bourgeoisie nach besseren ökonomischen Positionen wider. Aber, während sie nach Zugeständnissen der ausländischen Monopole verlangen, versuchen die neokolonialistischen Regimes, die Widersprüche nur innerhalb der Rahmenbedingungen des neokolonialistischen Systems einzudämmen und zu lösen.

Die Tatsache, daß es in den Ländern mit sozialistischer Orientierung unterschiedliche und manchmal negative Erscheinungen gibt, kann nicht die wesentlichen qualitativen Unterschiede zwischen den beiden Orientierungen sozialer Entwicklung — der kapitalistischen und der sozialistischen — verwischen. In den Ländern mit sozialistischer Orientierung werden Anstrengungen unternommen, die nationale Unabhängigkeit und die Klassenpositionen des werktätigen Volkes zu festigen. Ebenso rechtfertigen solche Schwächen nicht heuchlerische und doktrinaire Verurteilungen, die nur die revolutionären Kräfte Afrikas desorientieren. Die Kommunisten wie auch alle verantwortungsbewußten patriotischen Kräfte befinden sich konsequent auf der Seite der fortschrittlichen Staaten in ihrem Kampf gegen den Imperialismus und die afrikanische Reaktion. Jedoch sind sie sich der Tatsache bewußt, daß die Beständigkeit antiimperialistischer Positionen langfristig von der Veränderung des inneren Kräfteverhältnisses der Klassen zugunsten der sozialistischen Orientierung bestimmt wird.

In der überwältigenden Mehrheit der afrikanischen Länder öffnet nur die sozialistische Orientierung die Tür zur Freiheit, Unabhängigkeit, Wohlstand und Fortschritt für die unterdrückten Völker. Es ist die internationalistische Pflicht der afrikanischen Demokraten, der Anwälte des sozialen Fortschritts, aller überzeugten Sozialisten und Kommunisten, aller antiimperialistischen Kräfte, die sozialistisch orientierten Staaten zu unterstützen. Die Kommunisten sind immer wachsam gegenüber der Bedrohung durch einen konterrevolutionären Umsturz, die ständig über diesen Ländern schwebt, bzw. gegenüber der gefährlichen Möglichkeit einer rückschrittlichen Entwicklung in einzelnen Ländern. Die gedungenen Piratenakte gegen die fortschrittlichen Staaten werden in Komplizenschaft mit den imperialistischen Mächten organisiert, die danach trachten, indem sie diese subversiven Mittel einsetzen, ihre verlorenen Positionen zurückzugewinnen. Jedoch das Scheitern von Söldnerexpeditionen gegen die Republik Guinea, gegen Angola, Benin und andere Länder zeigt, daß die Volksmassen entschlossen sind, ihre Unabhängigkeit und progressiven Errungenschaften zu verteidigen. Es ist das Recht und die Pflicht der fortschrittlichen Staaten Afrikas, individuell oder gemeinschaftlich alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um diesen neuen Formen imperialistischer Kanonenbootpolitik ein Ende zu setzen.

In diesem Zusammenhang befürworten sie eindringlich die Einheit aller linken, demokratischen und fortschrittlichen Kräfte auf einer antiimperialistischen und antikapitalistischen Plattform und die größtmögliche

Konsolidierung der Länder mit sozialistischer Orientierung. Die revolutionäre Erfahrung zeigt, daß es nur durch eine antiimperialistische, antikapitalistische revolutionäre Organisation, die sich auf die Unterstützung der Werktätigen und anderer partiotischer Schichten gründet, möglich ist, die grundlegenden sozialökonomischen Reformen beständig durchzuführen und zu verteidigen. Schon haben viele Organisationen, die als breite revolutionärdemokratische Bewegungen entstanden sind, den Prozeß ihrer eigenen Transformation eingeleitet. Wir begrüßen diese Tendenz und betrachten diese Organisationen als Teil des aufstrebenden und wachsenden Körpers marxistisch-revolutionärer Avantgarden auf unserem Kontinent.

### 3. Die afrikanischen Kommunisten — Verbündete der Revolutionärdemokraten

Die kommunistische Bewegung in Afrika nahm vor über einem halben Jahrhundert Gestalt an. Sie konnte weder durch die Willkür der Kolonialherrschaft noch durch brutale Unterdrückung zerbrochen werden. Die Kommunisten befanden sich unter den ersten auf dem afrikanischen Kontinent, die den wahren Charakter des Imperialismus, Kolonialismus und Rassismus bloßlegten und als unmittelbares Ziel ihres revolutionären Kampfes gegen die ausländischen Unterdrücker die Verwirklichung der Volksforderung nach Unabhängigkeit und Selbstbestimmung festlegten. Die Kommunisten waren die ersten auf dem Kontinent, die den afrikanischen Völkern zeigten, daß der Kampf gegen den Imperialismus, für Demokratie und sozialen Fortschritt letztendlich Kampf um den Sozialismus bedeutet.

Wir erkennen deutlich, daß es in dieser historischen Epoche unmöglich ist, die politische, ökonomische und soziale Krise in unseren Ländern ohne das konsequente Streben nach Sozialismus zu überwinden; daß die jahrhundertalte Rückständigkeit nicht beseitigt werden kann und kein grundlegender sozioökonomischer Fortschritt möglich ist, ohne den Weg der sozialistischen Erneuerung einzuschlagen. Heute wird dies von vielen nationalen Führern anerkannt, da sie erkennen, daß es für die Wirtschaft der zurückgebliebenen afrikanischen Länder keinen wirkungsvolleren Weg der Entwicklung als den Weg des Sozialismus gibt. Im Verein mit den Revolutionärdemokraten haben die Kommunisten deutlich gemacht, daß die Entwicklung mit sozialistischer Orientierung notwendig und möglich ist, und sie haben die Triebkräfte dieses Prozesses bestimmt.

Die Kommunisten stehen auf der gleichen Plattform wie die Revolutionärdemokraten im Kampf für die Durchsetzung fortschrittlicher Veränderungen, der rationalen Entwicklung der nationalen Wirtschaft, der Vervollkommnung des revolutionärdemokratischen Staates und seiner Organe (den Streitkräften, dem Verwaltungsapparat usw.), der Hebung des Lebensniveaus des Volkes und der Verfolgung einer Bündnispolitik mit den Ländern der sozialistischen Gemeinschaft.

Darüber hinaus hat während der letzten Jahre eine wachsende Zahl von Revolutionärdemokraten eine positive Haltung zum Marxismus-



Leninismus eingenommen. Während sie die Grundsätze des wissenschaftlichen Sozialismus, die für alle Länder gültig sind, verteidigen, sind die Kommunisten der Meinung, daß die genaueste Beachtung der nationalen Besonderheiten eines jeden Landes die wesentliche Voraussetzung für die praktische Anwendung dieser Prinzipien bildet.

Indem sie zusammenarbeiten, können Kommunisten, Revolutionärdemokraten und alle fortschrittlichen Kräfte die wichtigen ethnischen und nationalen Probleme im Geiste des Internationalismus lösen. Imperialismus und einheimische Reaktion nutzen gewisse ethnische Konflikte aus, um viele afrikanische Länder, besonders die fortschrittlichen, zu destabilisieren und zu desintegrieren. Die afrikanischen Kommunisten unterstützen voll und ganz den Standpunkt der OAU zur Souveränität, territorialen Integrität und Unverletzbarkeit der Grenzen und der Lösung von Streitigkeiten mit friedlichen Mitteln. Die Kräfte der nationalen und internationalen Reaktion benutzen Antikommunismus, Tribalismus und religiösen Fanatismus, um die breiten Volksmassen zu verwirren und den Prozeß sozialistischer Orientierung umzukehren. Deshalb ist es notwendig, im Geiste des Internationalismus ausdauernd und prinzipienfest den Kampf gegen Antikommunismus und Antisowjetismus zu führen.

Die Weltanschauung und religiösen Überzeugungen der Revolutionärdemokraten dürfen kein Hindernis für ihre Aktionseinheit mit den Kommunisten im gemeinsamen Kampf gegen den imperialistischen und rassistischen Feind darstellen. Die Kommunisten plädieren für die denkbar engste Einheit der demokratischen Kräfte ungeachtet der Religion und verurteilen religiöse Intoleranz und Fanatismus. Außerdem berücksichtigen die Kommunisten den niedrigen Entwicklungsstand der afrikanischen Länder, die schwache Ausprägung der Klassen in vielen von ihnen, die Mentalität der unterschiedlichen afrikanischen Völkerschaften, ihre religiösen Bindungen und vieles andere.

Allerdings bedeutet dies alles nicht, daß jedes Land oder sogar der gesamte Kontinent seinen „eigenen“ Sozialismus, der sich vom wissenschaftlichen Sozialismus unterscheidet, haben wird. Dies ist auch nicht die Ansicht eines großen Teils der Revolutionärdemokraten, die faktisch einmütig für den wissenschaftlichen Sozialismus, gegen „den Sozialismus nationalen Typs“ votiert haben.

### Der Weg zum Sozialismus

Gewisse revolutionäre afrikanische Ideologen, unterstützt von imperialistischen Kreisen benutzen, die Doktrin des „afrikanischen Sozialismus“ dazu, die afrikanischen Völker vom Weg der Revolution, dem einzig möglichen Weg zum Sozialismus, abzubringen und sie von den Fortschrittskräften der Welt, besonders der internationalen kommunistischen Bewegung, unter dem Vorwand der „nationalen Einmaligkeit“ zu isolieren. Die Theorie des „afrikanischen Sozialismus“ erwuchs auf dem Boden eines antiimperialistischen Nationalismus in einer Situation, in der sich die revolutionäre Demokratie noch nicht als eigenständige politische Kraft formiert hatte, als Afrika noch nicht mit dem wissenschaftlichen Sozialismus vertraut war. Zu jener Zeit verkörperte der „afrikanische Sozialismus“ für breite Massen ihren grundsätzlichen Protest und ihre Ablehnung des Kapitalismus.

Später lehnten eine Anzahl afrikanischer Patrioten, die sie vorher proklamiert hatten, die Theorie des „afrikanischen Sozialismus“ ab, nachdem sie ihren Mißbrauch durch die Neokolonialisten durchschaut hatten. Der „afrikanische Sozialismus“ wird von der Sozialdemokratie dazu benutzt, um ihren Einfluß in Afrika zu stärken. Da sie der Verteidiger der Interessen des Monopolkapitals Westeuropas ist, strebt sie danach, Afrika im System imperialistischer und neokolonialistischer Ausbeutung zu halten. In den Ländern, die den Weg kapitalistischer Entwicklung eingeschlagen haben, dehnt sie die Zusammenarbeit mit den Parteien und Organisationen aus, die eine Haltung des Arrangements mit dem Imperialismus eingenommen haben.

Die afrikanischen Staaten von der sozialistischen Gemeinschaft, der internationalen Arbeiterklasse und kommunistischen Bewegung zu isolieren, ist eines der Hauptziele der Sozialdemokratie auf dem Kontinent. Das stellt eine schwere Gefahr für die politische Unabhängigkeit, sowohl für die ökonomische und fortschrittliche Entwicklung der afrikanischen Völker dar. Die afrikanischen Kommunisten widersetzen sich den Versuchen, die reformistische Doktrin der Sozialdemokraten nach Afrika zu verpflanzen.

Die Kommunisten glauben, daß der Weg zur sozialistischen Gesellschaft über die vollständige Beseitigung der imperialistischen Herrschaft und des Einflusses der Reaktionäre, über den Klassenkampf und die Schaffung eines nationaldemokratischen Staates der Arbeiter, Bauern und Mittelschichten sowie über die Öffnung des Weges zu seiner Evolution in einen sozialistischen Staat führt, in dem die Arbeiterklasse

die führende Rolle innehaben wird. So sieht die historische Perspektive aus.

Das Kräfteverhältnis in Afrika wird von zwei Haupttendenzen bestimmt. Auf der einen Seite gibt es einen revolutionären Aufschwung, während auf der anderen Seite der Imperialismus verzweifelt alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel einsetzt, um den revolutionären Fortschritt auf unserem Kontinent aufzuhalten.

In der letzten Zeit waren wir Zeugen großartiger Erfolge, die die Völker Afrikas im Kampf um nationale und soziale Befreiung verzeichneten. Die revolutionäre Zerschlagung des portugiesischen Kolonialismus und Faschismus, die vermehrten Kämpfe im rassistischen und kolonialistischen südlichen Afrika, der fundamentale revolutionäre Prozeß, der sich in Äthiopien vollzieht, der Kampf um Selbstbestimmung im Westsahara-Gebiet, der bewaffnete Widerstand gegen die Truppen des französischen Imperialismus im Tschad und der Erfolg der fortschrittlichen Kräfte in den kapitalistisch orientierten Staaten haben das Kräfteverhältnis in Afrika grundlegend zugunsten der Bewegungen und des revolutionären Prozesses verändert.

Von großer Bedeutung für den weltweiten antiimperialistischen und antikapitalistischen Kampf ist die wachsende Anzahl fortschrittlicher Staaten, ihre Reife und ihre zunehmenden Verbindungen mit der sozialistischen Gemeinschaft sowie die Übernahme der Ideologie des Marxismus-Leninismus durch immer mehr Parteien und Organisationen. Angesichts des bedeutenden Stellenwerts Afrikas im weltkapitalistischen System haben diese Erfolge einen gewichtigen Einfluß auf die sozialökonomische Krise der imperialistischen Länder gehabt.

### Bedrohung des NATO-Interventionismus

Um diesen Prozeß umzukehren und das Kräfteverhältnis zu ihren Gunsten zu verschieben, nehmen die NATO-Mächte, im Zusammenhang mit dem Fehlschlagen der Versuche der lokalen Klassenverbündeten des Imperialismus, das System des Neokolonialismus zu stabilisieren in konzertierter Aktion zunehmend Zuflucht zur offenen militärischen Aggression und Intervention in Afrika. Das haben Zaire, der Tschad und die Westsahara deutlich gezeigt.

Indem er von militärischen Basen in Afrika und im Indischen Ozean aus und über sie operiert, mischt sich die als Gendarm des Imperialismus fungierende reaktionäre französische Regierung auf arrogante Weise in die inneren Angelegenheiten afrikanischer Staaten ein. Ihre Truppen haben Hunderte von Afrikanern ermordet und verwundet.

Die Versuche der NATO, unter der Vormundschaft des US-Imperialismus und mit der vollen Unterstützung der reaktionärsten afrikanischen Staaten politisch-militärische Blocks zu bilden, stellen eine schwere Bedrohung des Friedens und Fortschritts auf unserem Kontinent dar. Wenn diese Blocks gebildet würden — und in diesem Zusammenhang ist die auf der letzten Konferenz in Paris den unter seiner Schirmherrschaft gruppierten afrikanischen Ländern von Giscard d'Estaing aufgezwungene Entscheidung voller Gefahren für die afrikanischen Völker und den Weltfrieden — wären sie in offenem Bruch der Vereinbarungen der OAU-Charta völlig der weltweiten Militärstrategie des Imperialismus untergeordnet.

Zweifellos soll das Hauptziel solcher reaktionären aggressiven militärpolitischen Blöcke sein, die imperialistische Aggression zu legitimieren, die afrikanische Einheit durch Provokation und Schüren von zwischenstaatlichen Konflikten zu unterminieren und die fortschrittlichen und revolutionären Tendenzen und Entwicklungen auf unserem Kontinent zu destabilisieren.

Die afrikanischen Kommunisten verurteilen auf das entschiedenste die NATO-Kriegstreiber, ihre afrikanischen Alliierten und besonders die aggressive und rassistische Interventionspolitik der französischen Regierung.

Um die imperialistischen Aggressionen und Manöver zu stoppen und zu schlagen, bedarf es der größten Mobilisierung der Volksmassen, der Stärkung der Einheit der fortschrittlichen und demokratischen Kräfte und der Koordination gemeinsamer Aktionen im Landes- wie im kontinentalen Maßstab sowie auf der Ebene der früheren kolonialen Metropolen, der Vertiefung des Bündnisses mit der sozialistischen Gemeinschaft, besonders der Sowjetunion, und der internationalistischen Solidarität der Arbeiterklasse und demokratischen und friedliebenden Kräfte der ganzen Welt.

Der internationale Imperialismus hat in Komplizenschaft mit der arabischen Reaktion, nachdem die tiefgreifende Revolution in Äthiopien stattgefunden hatte, seine Aktivitäten verstärkt, das Rote Meer zu kontrollieren, es in den Dienst seiner aggressiven Militärstrategie zu stellen und dadurch in eine Brutstätte von Konflikten wahrhaft internationa-



len Ausmaßes zu verwandeln. Darüber hinaus versucht der internationale Imperialismus durch den „Sicherheitsplan Rotes Meer“ mit der Unterstützung reaktionärer Regimes in Saudi Arabien, Ägypten und dem Sudan, entweder den revolutionären Prozeß umzukehren oder wenn möglich die fortschrittlichen Regierungen dieser Region zu stürzen. Das Rote Meer steht als internationale Wasserstraße den Schiffen aller Länder zur Verfügung und es ist im vitalen Interesse dieser Region, Afrikas und der Welt, daß dieser Wasserweg friedlich bleibt.

Die Kommunisten erklären ihre volle Unterstützung für den gerechten Kampf der arabischen Völker und des palästinensischen Volkes. Sie setzen sich ein für den vollständigen Rückzug der israelischen Truppen aus den besetzten Gebieten und für das legitime Recht des palästinensischen Volkes seinen eigenen Staat zu gründen. Sie verurteilen die Anwesenheit US-amerikanischer Truppen in Südkorea und unterstützen die friedliche Wiedervereinigung des Landes. Die afrikanischen Kommunisten unterstützen den mutigen Kampf der Völker, die unter Diktaturen wie in Chile, Uruguay, Brasilien und anderen Ländern leben. Sie rufen auf zur Beseitigung der diktatorischen Regimes, zur Respektierung der Menschenrechte und demokratischen Freiheiten.

Heutzutage ist es nicht die sozialistische, sondern die nationaldemokratische Revolution, die in den meisten afrikanischen Ländern auf der Tagesordnung steht. Alle fortschrittlichen Kräfte müssen sie gegen Imperialismus und Reaktion verteidigen.

Gleichzeitig besteht die Notwendigkeit, konsequent gegen die ultralinke Vorwegnahme von Entwicklungen, die „kindische Unordnung“ eines Sprungs über historisch notwendige Stufen und die Mißachtung der unmittelbaren allgemeindemokratischen Aufgaben aufzutreten, deren Erfüllung das Wesen der gegenwärtigen afrikanischen Revolution und eine natürliche Stufe des Übergangs auf dem Weg zur sozialistischen Revolution ausmacht.

#### Nationaldemokratische Revolution auf der Tagesordnung

In einer ganzen Reihe von Fragen stimmen die Ziele der Kommunisten mit denen der Revolutionärdemokraten überein. Diese sind die Festigung der politischen Unabhängigkeit, der kompromißlose Kampf gegen imperialistische Ausbeutung, die Errichtung der Volksmacht, die Förderung der Wirtschaft, die Hebung des Lebens- und Kulturniveaus des Volkes, die Vernichtung feudalistischer Ausbeutung, die Eindämmung der räuberischen Bestrebungen der einheimischen Kapitalisten, der Aufbau eines dem Volke verpflichteten demokratischen Staatsapparates, die Sicherung der Vollbeschäftigung für die Bevölkerung, der Aufbau eines öffentlichen Industriesektors und einer Genossenschaftsbewegung in der Landwirtschaft sowie die Anwendung wissenschaftlicher Prinzipien der Wirtschaftsplanung. Nur die sozialistische Orientierung wird den Erfolg bei der Erreichung dieser Vorhaben durch die immer engere Einheit aller demokratischen und fortschrittlichen Kräfte sicherstellen.

Die Kommunisten betrachten den Sozialismus als eine Entwicklungsstufe, die von historischen Gesetzmäßigkeiten bestimmt wird und zum Kommunismus führt. Die Kommunisten anerkennen und verteidigen beharrlich die lebenswichtige und entscheidende Rolle der Arbeiterklasse, ihrer Massenorganisationen und ihrer eigenständigen Partei im Kampf um die tiefgreifende Umwälzung der Gesellschaft auf dem Weg zum Sozialismus. In allen Ländern, die den Weg eines schließlichen sozialistischen Aufbaus proklamieren, hängt die erfolgreiche Vollendung dieses Prozesses davon ab, ob die Arbeiterklasse als organisierte Kraft die wachsende Rolle der führenden Klasse auf allen Ebenen der Gesellschaft einnimmt.

Die Tatsache, daß die Kommunisten und die Revolutionärdemokraten eine gemeinsame Plattform haben, schafft in den afrikanischen Ländern die Möglichkeit für die dauerhafte Einheit aller demokratischen Kräfte in einer breiten nationaldemokratischen, antiimperialistischen Front. Die Mißachtung der gemeinsamen nationalen Interessen und die Betonung von Meinungsverschiedenheiten in ideologischen Fragen, die sich auf die ferne Zukunft beziehen, können der Einheit der fortschrittlichen Kräfte nur Schaden zufügen.

Alle Fortschrittskräfte innerhalb des nationaldemokratischen Bündnisses, an erster Stelle die Kommunisten und Revolutionärdemokraten, sollten verlässliche Verbündete sein im gemeinsamen Kampf gegen Imperialismus, Neokolonialismus und Rassismus, im Kampf um die Festigung der Unabhängigkeit, für Frieden, Sicherheit und sozialen Fortschritt. Im Nationalismus unterdrückter Nationen sehen die Kommunisten demokratische, antiimperialistische Tendenzen, die sie aufrichtig unterstützen. Sie widersetzen sich konsequent der Spaltung der antiimperialistischen, demokratischen und fortschrittlichen Kräfte in Form von nationalen oder stammesspezifischen Barrieren, gegen die Erset-

zung des wissenschaftlichen Sozialismus durch reaktionären bürgerlichen Nationalismus oder sozialdemokratischen Reformismus.

Im Glauben daran, daß weder die Revolutionärdemokraten noch die Kommunisten ein Monopol auf revolutionäre Einsatzbereitschaft, Demokratie oder Sozialismus haben, vertiefen die Kommunisten und Revolutionärdemokraten ihren gegenseitigen Beistand im Sinne der fortschrittlichen Aspekte ihres Handelns. Beide haben die große Verpflichtung und Verantwortung des gemeinsamen und ehrlichen Dienstes am Volk, der Verteidigung der Interessen ihrer Nation, der Interessen der Arbeiter, Bauern und aller Werktätigen. Die Geschichte zeigt, daß letztlich die revolutionäre Bewegung von jenen angeführt wird, die die Unterstützung der Massen haben, die konsequent deren Lebensinteressen verteidigen und die beständig Imperialismus, Rassismus, Feudalismus, Neokolonialismus und Ausbeutung des Menschen durch den Menschen bekämpfen.

Die Kommunisten, Revolutionärdemokraten und alle anderen Kräfte der nationaldemokratischen Front bilden die organisierende Kraft des Volkes im Kampf um nationale und soziale Befreiung.

#### 4. Die afrikanischen Kommunisten und die internationale Lage

Durch die Ausrottung des Kolonialismus wurden die afrikanischen Völker zu aktiven Teilnehmern und einem bedeutenden Faktor in der internationalen Politik. Viele Länder haben die Verpflichtungen einer Politik der Nichtpaktgebundenheit übernommen, die eine antiimperialistische Politik darstellt und ein Mittel der energischen Unterstützung der Befreiungsbewegungen ist.

Die beständige und prinzipienfeste Unterstützung des Kampfes der afrikanischen Völker um Freiheit und Festigung der nationalen Unabhängigkeit durch die sozialistische Gemeinschaft beweist, daß die sozialistischen Länder verlässliche Freunde Afrikas sind. Mehr noch, die progressiven Staaten Afrikas betrachten die sozialistischen Länder als ihre natürlichen Verbündeten.

Die Marxisten-Leninisten und alle anderen fortschrittlichen Kräfte unterstützen die OAU vorbehaltlich des Rechtes zu konstruktiver Kritik, wenn ihre Handlungen halbherzig oder nicht in Übereinstimmung mit der historischen Situation sein sollten: Sie widersetzen sich allen Anstrengungen, diese Organisation zu unterminieren, ganz gleich, wer sie unternimmt oder was für windige Argumente zur Rechtfertigung angeführt werden.

Im Gefolge des ruhmreichen Sieges der MPLA in Angola startete der Weltimperialismus eine hysterische antikommunistische, antisowjetische Kampagne. Die Imperialisten benutzen die sog. Bedrohung durch eine „sowjetisch-kubanische Invasion“ Namibias und Rhodesiens und ihren eigenen Mythos von der „Bedrohung durch den sowjetischen Imperialismus“ in ihrem Bemühen, die Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika von ihren natürlichen und verlässlichsten Verbündeten, von den antiimperialistischen Ländern Afrikas und auch von der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern zu isolieren. Allerdings sind diese Anstrengungen zum Scheitern verurteilt. Die afrikanischen Völker haben selbst gesehen, daß die sozialistischen Länder keine eigennützigen Interessen verfolgen, und daß ihre Handlungen allein von dem ehrlichen Wunsch durchdrungen sind, die Befreiung der Völker Afrikas zu unterstützen.

Afrikas Kommunisten vereinigen sich mit der demokratischen Weltöffentlichkeit in ihrem heftigen Protest gegen die Hilfe, die imperialistische Politiker und die Monopole der USA, Großbritanniens, Frankreichs, der BRD, Japans, Italiens und des zionistischen Israels den unmenschlichen Regimes Südafrikas und Rhodesiens gewähren. Es kann keine Entspannung und Koexistenz mit diesen rassistischen und kolonialisierten Regimes geben. Massenhafter, unnachgiebiger Kampf gegen sie in jeglicher Form bis zum vollständigen Sieg der südafrikanischen Völker mit gesamtafrikanischer und internationaler Unterstützung durch umfassende und wirkungsvolle internationalistische Solidarität — dies sind die Ziele und Mittel des Kampfes der afrikanischen Demokraten und Antiimperialisten. Der Angriff, der von den Freiheitskämpfern Südafrikas, Namibias und Zimbabwes geführt wird, macht die Beseitigung der rassistisch-faschistischen Regimes unausweichlich.

Heute, da die Säulen des Rassismus schwanken und die zum Untergang verurteilten Regimes fieberhaft nach Rettung Ausschau halten, glauben die afrikanischen Kommunisten, die sich immer in vorderster Front des Freiheitskampfes der Völker befunden haben, daß sich Antiimperialisten, Antirassisten, alles wahren Demokraten und Patrioten Afrikas, alle ehrlichen Menschen unseres leidgeprüften Kontinents immer enger zusammenschließen sollten, um der imperialistischen rassistischen Be-



herrschaft des südlichen Afrika ein für alle Mal ein Ende zu bereiten und um materielle und moralische Unterstützung den wahrhaft revolutionären Kräften, die vom Afrikanischen Nationalkongress und der Südafrikanischen Kommunistischen Partei, der SWAPO (Namibia) und der Patriotischen Front (Zimbabwe) angeführt werden, zu gewähren. Wir rufen alle fortschrittlichen Kräfte auf, ihre kämpferische Solidarität mit den Frontstaaten in ihrem entschlossenen Kampf gegen rassistische, faschistische und imperialistische Aggression zum Ausdruck zu bringen.

Dem proletarischen Internationalismus verbunden, drücken die Kommunisten Afrikas ihre kämpferische brüderliche Solidarität mit den kommunistischen Parteien und allen anderen antiimperialistischen Kräften aus, die in Asien, Lateinamerika und Europa für nationale Unabhängigkeit, gegen das Monopolkapital, für Demokratie, Frieden und Sozialismus kämpfen.

Zusammen mit allen anderen demokratischen und fortschrittlichen Kräften unterstützen die afrikanischen Kommunisten aktiv die Politik der friedlichen Koexistenz und Entspannung zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen, den wachsenden Kampf aller Völker für Abrüstung und Ächtung der Atomwaffen; und sie dringen auf die sofortige Umwandlung Afrikas in eine atomwaffenfreie Zone und auf die Erklärung des Indischen Ozeans zur Friedenszone und auf den Abbau aller Militärbasen auf dem Kontinent und den Inseln. Sie unterstützen aktiv die Schlußakte der Europäischen Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Helsinki und rufen dazu auf, sie, bezogen auf die unabhängigen Staaten Afrikas, in Geist und Buchstaben auch auf den Kontinent so weit wie möglich anzuwenden.



Trotz aller Anstrengungen der Sowjetunion, eine allgemeine Verringerung der Atomwaffenbestände zu erreichen und die Prinzipien der Entspannung aufrechtzuerhalten, haben die NATO-Länder das Wettrüsten unter dem Vorwand einer „sowjetischen Bedrohung“ in beispiellosem Maße eskaliert. Die Anhäufung atomarer Raketengewehre ist eine Bedrohung der Sicherheit jedes Landes und Volkes in der Welt. In einer Atmosphäre internationaler Sicherheit wäre es möglich, viel mehr Mittel für die Unterstützung der wirtschaftlichen Entwicklung in den Entwicklungsländern umzulenken. Deshalb ist die Beendigung des Wettrüstens von erstrangiger Bedeutung für die schnelle Beseitigung von Armut, ökonomischer Rückständigkeit, Elend und Analphabetentum in den Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas.

Der militärisch-industrielle Komplex der imperialistischen Länder strebt nach der Produktion jener monströsen Waffe, der Neutronenbombe. Überall in der Welt führen die Menschen entschiedene Kampagnen gegen die Produktion der Neutronenbombe. Wir rufen alle friedliebenden Kräfte in Afrika und der Welt dazu auf, ihre Anstrengungen im Kampf für den Stopp des imperialistischen Plans der Produktion der Neutronenbombe und für einen Abbau der Rüstungsarsenale zu verdoppeln.

Gemeinsam mit allen anderen demokratischen Kräften unterstützen und treten die Kommunisten aktiv für die Förderungen nach einer Veränderung des gesamten Systems der internationalen Beziehungen auf einer gerechten und gleichberechtigten Basis und einer Neuen Weltwirtschaftsordnung ein, welche die anerkannten Interessen des Volkes gewährleistet.

Die Kommunisten der afrikanischen Länder sind ein integraler Bestandteil ihrer Völker, die Avantgarde der afrikanischen Arbeiterklasse, aller werktätigen Menschen. Durch ihren entschiedenen Kampf in den Reihen der nationalen Befreiungsbewegung für die Würde, die

Freiheit und die Unabhängigkeit Afrikas haben sie bewiesen, daß sie selbstlos und aufrichtig den Interessen der afrikanischen Völker dienen, haben sie ihre revolutionäre Entschlossenheit und Festigkeit sowie ihre Treue zum proletarischen Internationalismus bewiesen.

Jahrzehntelang haben die Kommunisten ihr Leben im Kampf für das Glück der afrikanischen Völker geopfert. Tausende von ihnen wurden erschossen, in Gefängnisse und Konzentrationslager geworfen und brutal von Kolonialisten, Rassisten und Reaktionären gefoltert. In einigen afrikanischen Ländern werden die Kommunisten und Demokraten von den Reaktionären und mit Unterstützung des internationalen Imperialismus bis zum heutigen Tage verfolgt, nur weil sie den Kampf für die Interessen der arbeitenden Menschen über alles stellen.

Die internationale kommunistische und Arbeiterbewegung ist der Dreh- und Angelpunkt der bedeutendsten revolutionären Veränderungen und befindet sich an vorderster Front des Kampfes für die Freiheit und Sicherheit aller Völker. Das sozialistische Weltsystem als wichtigste Errungenschaft der kommunistischen Weltbewegung stellt die Hauptquelle der Unterstützung aller Kräfte der nationalen und sozialen Befreiung dar.

Gerade diesem beherrschenden Aspekt unseres Lebens ist es zuzuschreiben, daß die internationale Reaktion ihre Kräfte gegen die Einheit unserer Bewegung mobilisiert. Der Maoismus in Zusammenarbeit mit der internationalen Reaktion versucht ebenfalls, die Einheit der kommunistischen Bewegung zu spalten. Das Wesen der maoistischen Ideologie ist dem Marxismus-Leninismus fremd.

Die spalterische Politik der Maoisten, die den grundlegenden Interessen der Völker entgegengerichtet ist, findet ihren klaren Ausdruck in den subversiven Aktivitäten, die auf die Teilung und Aufspaltung nationaler Befreiungsbewegungen gerichtet ist, in der wachsenden Unterstützung, die den reaktionären Kräften in Angola, der Westsahara, Zaire und Chile gegeben wird, in der Unterstützung der Politik der militärischen Konfrontation, die von den Führern Kampuchéas (gemeint ist die inzwischen gestürzte Pol Pot-Clique; d. Red.) gegen das sozialistische wiedervereinigte Vietnam verfolgt wird, in den Versuchen die Anstrengungen der fortschrittlichen und friedliebenden Kräfte in der Welt, die die Abrüstung befürworten, zu unterminieren.

Nach dem Fehlschlag ihrer Versuche, die geschlossensten revolutionären Kräfte in Afrika zu umschmeicheln, entwickeln sie nun die engsten Bindungen zu den reaktionärsten Regimes und konterrevolutionären Kräften auf dem Kontinent.

Es ist offenkundig, daß gewisse herrschende Kreise und soziale Schichten die es versäumen, beständig die Aufgaben der nationaldemokratischen Revolution zu erfüllen und die sich von vorher eingenommenen Positionen zurückziehen, das maoistische Arsenal theoretischer Argumente und Demagogie benutzen, um ihre Abkehr von der antiimperialistischen Front zu rechtfertigen und sich von der Allianz mit der Sowjetunion und anderen sozialistischen Ländern zu lösen.

Obwohl er ernsthafte Niederlagen in Afrika erlitten hat, stellt der Maoismus immer noch eine potentielle politische und ideologische Gefahr dar. Deshalb ist es die patriotische Pflicht aller revolutionären und demokratischen Kräfte unseres Kontinents, die maoistische Politik der Unterminierung des Kampfes für nationale Unabhängigkeit, Frieden, Demokratie und Sozialismus unnachgiebig zurückzuweisen.

In letzter Zeit fanden regionale Konferenzen der kommunistischen Parteien der ostarabischen, lateinamerikanischen und europäischen Länder statt, die dazu beitrugen, die Einheit der internationalen Arbeiterklasse und der kommunistischen Weltbewegung zu stärken.

Das erste Treffen der kommunistischen Parteien des tropischen und südlichen Afrika ist von historischer Bedeutung sowohl für die kommunistische Weltbewegung als auch für den Kampf um nationale und soziale Befreiung unseres Kontinents. Wir sind der Ansicht, daß die Kommunisten und Revolutionärdemokraten gemeinsame Foren auf bilateraler und multilateraler Basis abhalten sollten, die die weitere Festigung der Einheit der antiimperialistischen Front der kommunistischen und revolutionären Demokraten als Avantgarde aller sozialistischen, revolutionären und demokratischen Kräfte erleichtern würden.

Die afrikanischen Kommunisten erklären feierlich, daß sie Teil und Abteilung der internationalen Arbeiterklasse, der kommunistischen und der nationalen Befreiungsbewegungen sind, daß sie aufrichtige Freunde der Sowjetunion, aller anderer sozialistischen Länder und aller sozialistisch orientierten Staaten sind, daß sie immer aktive Kämpfer waren und bleiben werden für eine dauernde und unzertrennliche Allianz der Befreiungsbewegung Afrikas mit der sozialistischen Welt, der internationalen Arbeiterklasse, der kommunistischen und nationalen Befreiungsbewegungen in allen Kontinenten, daß sie immer konsequente Internationalisten und treue Patrioten ihrer Völker und Länder waren und bleiben werden.

(Quelle: The African Communist, London, Nr. 75/1978, S. 5—33)





## Sam Nujoma

# Den Kampf intensivieren

*In der — nach der Wahlfarce vom Dezember 1978 installierten — Verfassunggebenden Versammlung in Windhoek konzentriert die Demokratische Turnhallen-Allianz (DTA) jetzt ihre Anstrengungen darauf, im Verein mit Südafrika den Namibia-Plan der Vereinten Nationen zu desavouieren. An die Annahme der UN-Sicherheitsresolution 435 hat sie u. a. die Bedingung geknüpft, die UNO solle die Anerkennung der Befreiungsbewegung Südwestafrikanische Volksorganisation (SWAPO) als einzige legitime Vertreterin des Volkes von Namibia aufgeben. Weiter fordert sie die Aufrechterhaltung des südafrikanischen Polizei- und Verwaltungsapparates in Namibia. SWAPO-Präsident Sam Nujoma formuliert demgegenüber den aktuellen Standpunkt der SWAPO. Daß ihre kompromißlose Fortsetzung des bewaffneten Befreiungskampfs wahrgemacht wird, zeigt folgende Bilanz: In den vergangenen drei Monaten haben die SWAPO-Streitkräfte über 300 südafrikanische Soldaten außer Gefecht gesetzt, zwei Militärbasen, 40 Militärfahrzeuge und zwei Jagdflugzeuge des Gegners zerstört.*

FRAGE: Das Zentralkomitee der SWAPO ist vor kurzem zusammengetreten. Welche Schlußfolgerungen hat es aus der Analyse der Situation gezogen?

S. NUJOMA: Wir haben mit Befriedigung festgestellt, daß die SWAPO die Volksmassen mobilisieren konnte. Die jüngsten Streiks, die im Bergbausektor stattgefunden haben — in Rössing, in den Uranminen und in den Diamantminen in Oranjemund — beweisen es. Auf allen Gebieten hat das namibische Volk — ob es sich um Arbeiter, Frauen, Bauern oder Jugendliche handelt — seine politische Reife gezeigt. Deswegen können übrigens unsere Guerilleros ihre Aktivitäten weiterhin über das ganze Land verfolgen, trotz der Präsenz von 60 000 südafrikanischen Soldaten.

Der Widerstand ist besonders hart und er breitet sich immer mehr aus. Wir stellen fest, daß der von der namibischen Volksbefreiungsarmee (PLAN) geführte bewaffnete Kampf das Volk ermutigt und ihm Vertrauen in die Zukunft gegeben hat. Es weiß, daß der Tag kommen wird, an dem es die Macht ergreifen wird.

Wir haben uns ebenfalls an die Analyse der internationalen Lage gemacht und besonders den Versuch der fünf westlichen Länder (UN-Sicherheitsratsmitglieder USA, BRD, Frankreich, Großbritannien und Kanada; d. Red.) untersucht, eine „Retungsaktion“ der südafrikanischen Interessen in Namibia zu starten. Es ist merkwürdig, daß in dem Augenblick, in dem unsere Kräfte sich dem Sieg nähern, der Westen die Notwendigkeit eines Eingreifens verspürt, unter dem Vorwand, dem Blutvergießen ein Ende zu machen und eine Verhandlungsregelung zu finden. Als ob wir nicht schon immer eine Verhandlungsregelung verlangt hätten! Jedoch angesichts der Unterdrückung der rassistischen Kräfte, die unser wehrloses Volk töteten — in Windhoek war es so wie in Sharpeville oder in Langa — waren wir gezwungen, den bewaffneten Kampf aufzunehmen. Unterdessen haben wir, als die „Fünf“ eingegriffen haben, mit ihnen

und auch durch ihre Vermittlung mit Pretoria Gespräche geführt.

Im Juli 1978 waren wir einverstanden, vor die Vereinten Nationen zu gehen. Der Sicherheitsrat hat den Plan Waldheims, der im September 1978 den Dekolonialisierungsprozeß einleiten sollte, gebilligt. Dies sollte zur Feuereinstellung, zur Annullierung der Unterdrückungsgesetzgebung, zur Rückkehr der Exilierten und zur Befreiung der politischen Gefangenen führen. Wir haben jetzt Februar 1979, und was ist seit dem letzten September geschehen? Im Oktober waren die „Fünf“ in Pretoria, wo sie sich mit den Rassisten verschworen haben. Im Dezember wurden die illegalen Wahlen in Namibia organisiert, in Verletzung des Plans der Vereinten Nationen. Wir haben dies alles analysiert, und wir sind zu dem Ergebnis gekommen, daß der bewaffnete Befreiungskampf das wirksamste Mittel ist, um zu einer wirklichen Unabhängigkeit, zu einer realen Freiheit zu gelangen.

Aber wir haben gleichzeitig Wert darauf gelegt, erneut zu versichern, daß wir bereit wären, an jeder wirklich freien und demokratischen Wählerbefragung teilzunehmen, die unter der Aufsicht und der Kontrolle der Vereinten Nationen stattfindet. Ich lege Wert darauf, auf diesem Punkt zu bestehen: Wir werden daran teilnehmen, unter der Bedingung, daß sie unter der Kontrolle der Vereinten Nationen stattfindet. Wir verlangen, daß der Plan Waldheims, festgehalten in der Resolution 435, vollständig verwirklicht wird. Dies ist unsere Position. (. . .)

Es ist klar, daß die südafrikanischen Rassisten vorhaben, in Namibia zu bleiben und ein Marionettenregime einzusetzen, das ihnen die Fortsetzung der Unterdrückung des namibischen Volkes erlauben würde.

FRAGE: Pretoria streut das Gerücht aus, daß eine von der SWAPO gebildete Regierung jede Lieferung von mineralischen Rohstoffen an den Westen abbrechen würde. Was ist wirklich daran?

S. NUJOMA: Wir haben nicht die Absicht, Erzlieferungen an irgendein Land abzubrechen. Was wir wollen, ist die Beendigung der wilden Ausbeutung unserer Bodenschätze und unserer Arbeiter. Wir werden es so machen, daß unsere Minen vom namibischen Staat und nicht mehr von den südafrikanischen Rassisten oder privaten Gesellschaften kontrolliert werden. Natürlich werden wir Handelsbeziehungen mit allen Ländern unterhalten — ob im Westen, Osten oder Norden.

FRAGE: Und in allernächster Zeit?

S. NUJOMA: Unser Volk hat gezeigt, daß es zum Kampf entschlossen ist. Die Rassisten sind mit ihrem Plan, die SWAPO zu unterdrücken, vollständig gescheitert. Aber das Niveau des Volkswiderstands ist weiter gestiegen. Und unser Volk ist bereit, allem zu trotzen, um seine vollständige Unabhängigkeit zu erringen.

(Quelle: Afrique Asie, Paris, Nr. 181/19. 2. 1979)



## Aufruf zur Verteidigung der Menschenrechte in Lateinamerika



Im Dezember 1978 wurde unter dem Namen „Habeas“ in Mexiko-Stadt eine „Stiftung für die Menschenrechte in Lateinamerika“ gegründet. Zu den Mitbegründern, zählen die Präsidenten von Kostarika und Panama, Premierminister Manley von Jamaika, der Erzbischof von Sao Paulo, die Witwe Pablo Nerudas und A. Maidana, der 18 Jahre vom Stroessner-Regime in Paraguay gefangengehalten wurde, sowie die bekannten Schriftsteller Ernesto Cardenal und Gabriel Garcia Marquez. Der Auftrag der Habeas-Stiftung wird darin gesehen, gemeinsam mit allen demokratischen Kräften in Lateinamerika die Amnestie der politischen Verfolgten auf dem Kontinent zu erwirken, eine „breite und tatkräftige Lateinamerikanische Solidarität“ zur Verteidigung der Menschenrechte zu organisieren.

Die Erde Lateinamerikas, die von Bolivar, San Martin, O'Higgins, Artigas, Juárez, Martí und vielen anderen Heroen unserer Geschichte befruchtet wurde, ist gegenwärtig die Region der Welt, wo die Folterungen am stärksten verbreitet sind, wo viele Tausende Kämpfer für die Demokratie und die Gerechtigkeit hinter Kerkermauern sitzen, wo zahlreiche Männer und Frauen spurlos verschwinden, von politischen Repressionsapparaten oder von Banden, die die offizielle Unterstützung nicht verbergen, verschleppt werden. Lateinamerika ist eine Region wo Unsicherheit, Verfolgung, Verletzung der Garantien für die Bürger, größtenteils Willkürakte, Degradierung und Demütigung der Menschenwürde herrschen.

Dies gebietet unserem Gewissen die dringende Aufgabe, eine breite und wirkungsvolle lateinamerikanische Solidaritätsbewegung mit allen, die kämpfen und leiden, ins Leben zu rufen. Es wird eine Solidaritätsbewegung aller sein, die Gerechtigkeit und Respekt für die menschliche Würde empfinden und sich gemeinsam, unabhängig von politischen Auffassungen, religiösem Glauben und ideologischem Engagement, vereinen.

Keine ehrliche Person darf gleichgültig bleiben, solange sie weiß, daß zu jeder Stunde in ihrem Lande oder irgendwo auf dem Kontinent ein Mann oder eine Frau in ein Folterzentrum geschleppt wird, oder daß es Patrioten gibt, deren Leben hinter Gefängnismauern vernichtet wird, oder solange es Familienangehörige gibt, die ihren verschwundenen Mann, Sohn, Vater

oder Bruder suchen. Deshalb appellieren wir an alle Personen und politischen und sozialen Organisationen, die in Lateinamerika, in der Karibik und in der Welt für Demokratie und Fortschritt kämpfen, ihre Bemühungen zu vereinen, um zu erreichen, daß die Folter abgeschafft, die politischen Gefangenen befreit werden, der Terror, die Entführungen aufhören und alle im Exil Lebenden wieder in ihre Heimat zurückkehren können. Wir appellieren an alle, den Kampf für eine breite Amnestie für alle Verfolgten oder zu Unrecht Verurteilten aufzunehmen.

Wir appellieren an die verschiedensten demokratischen und humanitären Kreise, eine breite Bewegung in den Ländern Lateinamerikas und der Karibik ins Leben zu rufen und die verschiedensten Formen für die Koordinierung der Kampfaktionen für dieses edle, gerechte und unaufschiebbare Anliegen zu finden. Diese Bemühungen müssen eine machtvolle Solidaritätskampagne mit den lateinamerikanischen Völkern, die unter der Tyrannei, der Barbarei und Negierung der elementarsten Menschenrechte leiden, ins Leben rufen.

*Julio Cortazar, argentinischer Schriftsteller; Kardinal Paulo Evaristo Arns, Erzbischof von Sao Paulo/Brasilien; Ema Obleas de Torres, Witwe des ehemaligen Präsidenten von Bolivien; Gabriel Garcia Marquez, kolumbianischer Schriftsteller; Rodrigo Carazo, Präsident der Republik Kostarika; Nicolas Guillen, kubanischer Schriftsteller; Matilde Urrutia de Neruda, Witwe des chilenischen Dichters Pablo Neruda; Guillermo Toriello, ehemaliger Außenminister Guatemalas; Gerard Pierre Charles, Professor und Politiker, Haiti; Michael Manley, Premierminister Jamaikas; Amalia Solorzano de Cardenas, Witwe des ehemaligen Präsidenten von Mexiko; Ernesto Cardenal, Priester und Dichter, Nikaragua; Aristides Royo, Präsident der Republik Panama; Antonio Maidana, paraguayischer Politiker; Leonidas Rodrigues Figueroa, General im Ruhestand und ehemaliger Minister Perus; Juan Bosch, ehemaliger Präsident der Dominikanischen Republik; Hugo Villar, Arzt und Politiker, Uruguay.*

(Quelle: Hábeas. Fundacion para los derechos humanos en las Américas, Mexiko, Dezember 1978)



Interview mit Cheddi Jagan

## Voraussetzungen für ein zweites Kuba



*Aus einer Situation der Isoliertheit heraus unterlief die Regierung F. Burnham die im Oktober 1978 fälligen Parlamentsneuwahlen, indem sie im Juli 1978 durch ein Referendum das bisherige Parlament — bei gleichbleibenden Mehrheitsverhältnissen zugunsten der Regierungspartei Nationaler Volkskongreß (PNC) — in eine Verfassungsgebende Versammlung ummodellieren ließ. Die Parlamentsneuwahlen verschob man für zunächst einmal 1 1/2 Jahre. Das Burnham-Regime versucht, über Verfassungsänderungen mit weitgehenden Vollmachten für unbeschränkte Zeit im Amt bleiben zu können. Die stärkste Oppositionspartei, die von Cheddi Jagan geführte marxistische Fortschrittliche Volkspartei (PPP), die linkssozialistische Allianz des Werktätigen Volkes (WPA), bedeutende Gewerkschaften und Intellektuellenvereinigungen riefen zum Boykott des Referendums auf, der nach ihren Schätzungen auch von 90 % der Bevölkerung befolgt wurde. Die Regierungsangaben von angeblich 71 % Beteiligung und 96 % Ja-Stimmen sind unglaublich, da Wahlbetrügereien (Mehrfachabstimmung von PNC-Anhängern, Inhaftierung von Oppositionsführern, Entfernung von PPP-Vertretern von den Wahlurnen) offenkundig sind. Das von René Lechleiter, Redakteur des Schweizer Vorwärts, auf einer Lateinamerika-Rundreise im vorigen Jahr mit Oppositionsführer Ch. Jagan gemachte Interview beleuchtet die Hintergründe dieses Regierungskurses. Und es diskutiert die Möglichkeiten für eine sozialistische Perspektive Guyanas, das 1966 die Unabhängigkeit vom britischen Kolonialimperium errang und 800 000 Einwohner (51 % indischer und 43 % afrikanischer Abstammung) zählt.*

FRAGE: Die Regierung Burnham bekennt sich zum „Kooperativen Sozialismus.“ Was ist darunter zu verstehen?

CH. JAGAN: Als man das 1970 erstmals verkündete, hob ich im Parlament mit schwungvoller Gebärde ein Buch in die Höhe und sagte zu Burnham, dessen Partei (Nationaler Volkskongreß (PNC), d. Red.) die Regierung stellt, daß es eine Zeit gab, in der wir beide das gleiche Buch lasen und an seinen Inhalt glaubten, daß er aber heute aus opportunistischen Gründen vergessen habe, was in diesem Buch steht. Es handelte sich um die Arbeit von Engels über den utopischen und den wissenschaftlichen Sozialismus, in der er die utopischen Sozialisten wie Owen, Fourier und andere zwar lobte, sie aber gleichzeitig für die Methoden, mit welchen sie den Sozialismus erreichen wollten, verurteilte.

Ich sagte zu ihm, daß der PNC die gleichen Fehler mache. „Kooperativ“ oder genossenschaftlich, meinten sie nämlich, sei eine Methode, um zum Sozialismus zu gelangen. Zur gleichen Zeit, 1970, war aber der PNC nicht für Nationalisierungen. Sie hatten noch nicht beschlossen diesen Weg einzuschlagen, sie waren damals für „volle Partizipation“ in der Bauxit-

Wirtschaft. Wir griffen diese Konzeption sofort an, denn sie stellt ein neues Modell des Imperialismus dar. Es wurde in Mexiko ausprobiert — und scheiterte. Frei hat es in Chile ausprobiert.

Gegenüber dieser sog. kooperativen oder genossenschaftlichen Methode betonen wir, daß der Sozialismus erst nach Guyana komme, wenn man die imperialistischen Strukturen auflöst. Erst dann kann sich auch der kooperative, genossenschaftliche Sektor entwickeln und ergänzend neben den staatlichen Sektor der Wirtschaft treten. Wir waren also aus Gründen der Theorie von Anfang an mit ihrer Konzeption nicht einverstanden. Nach Meinung des PNC sollten die Menschen an Staats- und anderen Unternehmen Aktien oder Beteiligungen erwerben können. Die Werktätigen wurden dementsprechend aufgefordert, für 1 Dollar pro Woche oder für 5 Dollar pro Monat Aktien zu kaufen. Das war also ihre Auffassung von öffentlichem Eigentum.

### „Kooperativer Sozialismus“?

Ein Minister, der später entlassen wurde, nannte den sog. kooperativen Sozialismus Volkskapitalismus. Wir griffen alle diese Vorstellungen an. 1975 und 1976 begann der PNC dann von Marx, Engels und Lenin zu sprechen. Seit kurzem betont er wieder den kooperativen Sozialismus.

Im Juni 1978 wurde Burnham von einem PNC-Journalisten interviewt. In ein und demselben Interview nannte er sich einen Marxisten, einen kooperativen Sozialisten und einen Christen. Er sagt alles für alle, oder für jeden etwas. Wenn er zu den sozialistischen Ländern spricht, ist er ein Marxist. Für die US-Amerikaner ist er ein kooperativer Sozialist, für die Guyaner nennt er sich Christ. Also für jeden das Passende.

Mit anderen Worten, die Grundlage des PNC bildet ideologische Demagogie, die auf Opportunismus und Pragmatismus gründet. Sie denken nicht langfristig, sie vertreten nicht den Standpunkt der Arbeiterklasse und so gehen sie von Krise zu Krise.

FRAGE: Es hat vor kurzem ein Referendum gegeben. Inwieweit hat es die politische Zukunft Guyanas verändert? Besteht eine Verfassungskrise?

CH. JAGAN: Es besteht eine politische Krise aus dem einfachen Grund, daß bis 1973 neben zwei kleineren Parteien hauptsächlich die PPP (Fortschrittliche Volkspartei) die Politik der Regierung angriff. Aber seither sind weitere Kräfte dazugestoßen: verschiedene Gewerkschaften, die Vereinigung der Universitätsangehörigen, welche von schwarzen Intellektuellen geführt wird; es gibt hier übrigens auch ein Rassenproblem.

Wie stark diese Bewegung ist, konnte man kürzlich sehen, als bei einem Streik die ganze Stadt Georgetown stillgelegt war. Die



meisten dieser Gewerkschaften sind übrigens dem Gewerkschaftskongreß (TUC) angeschlossen. Weiter kamen hinzu, alle wichtigen religiösen Organisationen des Landes, neben denen der Hindu und Moslems, welche die PPP traditionell unterstützen, war auch der guyanische Kirchenrat dabei. Das ist wichtig, weil die meisten Schwarzen Christen sind. Praktisch alle Berufsorganisationen, wie die der Anwälte, Ärzte, Zahnärzte, Architekten, Ingenieure usw., waren dabei.

Guyana nähert sich heute politisch wieder der Situation von 1953. Damals hatten wir eine einheitliche nationale Bewegung, welche 51 % der Wählerstimmen auf sich vereinigte. Heute ist unsere Kraft zwar quantitativ größer, aber qualitativ gesehen schwächer als 1953. Wir nähern uns aber auch in dieser Hinsicht der Stärke von 1953. Damals waren drei wichtige Gewerkschaften in der PPP integriert, eine davon, deren Präsident ich damals war, umfaßte vor allem schwarze Arbeiter. Der TUC unterstützte uns voll.

Heute stehen die wichtigsten Gewerkschaften in Opposition zur Regierung und auf unserer Seite. Wir glauben, daß die Lage sich qualitativ ziemlich schnell ändern wird, wegen des steigenden Drucks der Regierung auf die Arbeiterklasse. Der Widerspruch zwischen den Mitgliedern und der Führung des PNC wird sich verschärfen. Der Klassenkampf wird härter.

Burnham entließ kürzlich in einigen Unternehmen Arbeiter, woraufhin die Belegschaften in den Streik traten, natürlich nicht nur aus politischen, sondern auch aus wirtschaftlichen Gründen. Wegen der Härten, wegen der Verschlechterung ihrer Lage, die eine Folge der Bedingungen des Internationalen Währungsfonds (IMF) ist, werden sich die Arbeiter verstärkt wehren müssen. Die Aussichten für die Einheit der Arbeiterklasse und speziell für die Lösung des Rassenproblems sind besser geworden.

Das letztere ist ein großes Problem. Wir von der PPP wischen es nicht unter den Tisch und ignorieren nicht seine Existenz, wie einige Leute. Wir überschätzen es aber auch nicht, wie einige, die sagen, man wird es nie lösen können. Wir haben zur Rassenfrage eine dialektische Einstellung: Sie ist mit der Klassenfrage eng verknüpft. Mit der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung wird auch dieses Problem gelöst werden.

Die politischen Aussichten sind allgemein günstig. Auf der anderen Seite gibt es aber auch Gefahren. Der Imperialismus sieht, daß das Regime, welches von ihm eingesetzt und unterstützt wurde, jetzt kraftlos und wacklig ist. In dieser Lage kann er nach einer militärischen Lösung Umschau halten. Wie wir wissen, gibt es in jedem Militärapparat linke, mittlere und rechte Kräfte. Das sah man in Bolivien, Chile und Peru. Der Imperialismus ist dabei, Armee und Polizei zu durchsetzen. Vor dieser Gefahr warnen wir das Volk. Bereits früher wurden Leute in den USA, in Griechenland (zur Zeit der Diktatur), in Brasilien,

in Taiwan und in England ausgebildet. Im Moment absolviert der zweithöchste Offizier der Armee gerade einen einjährigen Lehrkurs in England, gleichzeitig erhalten auch Soldaten in England eine Ausbildung. Militärdelegationen aus Kanada, den USA und England kommen hier häufig zu Besuch, ohne Zweifel um zu kontrollieren und gleichzeitig zu indoktrinieren. Wir hegen hier Befürchtungen und warnen unser Volk vor diesen Gefahren.

In dieser Situation sind wir auf die internationale Solidarität angewiesen. Es geht erstens darum, daß man voll und ganz begreift, was hier passiert, und Guyana nicht nur oberflächlich betrachtet. Zweitens benötigen wir Unterstützung in Form von Aufklärung, Information über das Regime hier, sein diktatorisches Wesen, seine antidemokratischen, polizeilichen, militärischen und administrativen Herrschaftsmethoden und die Gefahren, die die heutige Lage in sich birgt.

Wir glauben, daß Guyana die Voraussetzungen hat, um ein zweites Kuba zu werden. Es hat dazu die besten Möglichkeiten, ich glaube sogar, nicht nur in dieser Hemisphäre, sondern überhaupt in der Dritten Welt. Und zwar aufgrund des gegenwärtigen Kräfteverhältnisses im Land, der Anzahl der Menschen, die für den Sozialismus sind. Der Antikommunismus stellt nicht mehr die Kraft dar, die er in den 30er Jahren war. Außer von einer kleinen Minderheitspartei, die über geringen Einfluß verfügt, hört man kaum davon. Da die wichtigsten Parteien (der PNC und die PPP, d. Red.) und das Volk den Sozialismus anstreben und wegen der übrigen Reserven ist ein schnelles Anwachsen und ein Fortschritt der Bewegung möglich, so daß wir die politische Krise in unserem Land lösen können.

### Verfassungskrise nur ein Vorwand

Wir haben also keine Verfassungskrise. Die PNC hat die Verfassung nur zum Vorwand genommen, um ein Referendum zu veranstalten mit dem Zweck, uns Rechte zu nehmen und uns die Verfassung überhaupt zu rauben.

Die Regierung bezweckt nämlich für unbestimmte Zeit und mit unbeschränkten Vollmachten im Amt zu bleiben. Zu diesem Zweck kritisieren sie heuchlerisch die Vergangenheit. Im Hinblick auf Präsident Carters Menschenrechtskampagne mußten sie mit offensichtlichem Wahlbetrug vorsichtig sein. Deshalb wollen sie uns jetzt die Verfassung rauben. Sie schlagen nämlich vor, dem Präsidenten unbeschränkte Vollmachten zu geben, wie 1958 de Gaulle in Frankreich. Im Parlament sollen auch nicht gewählte, sondern von Organisationen, die der PNC kontrolliert, ernannte Mitglieder sitzen. Dazu sollen Regionalräte geschaffen werden, von denen je ein Mitglied ins Parlament gewählt werden soll. Diese Regionen, diese Wahlkreise werden sie einteilen, daß sie die Wahlen trotz einer Minderheit von Stimmen gewinnen. Ich habe über diese Pläne bereits Entwürfe gesehen. Das sollte man bei all diesem Gerede — auch im Ausland — über eine neue Verfassung für ein sozialistisches Guyana wissen.

Wir haben immer betont, daß die gegenwärtige Verfassung, mit den Zusätzen von 1971 und speziell von 1975, kein Hindernis für eine Entwicklung zum Sozialismus darstellt. Übrigens haben wir die Regierung aufgefordert, uns darzulegen, welcher Teil der Verfassung denn eine Barriere auf dem Weg zum Sozialismus darstelle. Diese Frage konnte sie allerdings nicht beantworten. Sie sprechen aber großartig davon, in die neue Verfassung ein Recht auf Arbeit, unentgeltliche Gesundheitsfürsorge usw. aufzunehmen. All dies kann man natürlich in der Verfassung verankern ohne dem Volk diese Rechte dann auch zu geben.

Wir sagen, diese Rechte sind erst realisierbar, wenn wir eine nationale, patriotische Einheitsfrontsregierung (Programm für eine Nationale Front-Regierung siehe: AIB 7—8/1978) haben, welche die politische Krise löst und sich an die Aufgabe der Produktionssteigerung usw. macht.





## Palästina und der Nahostkonflikt



An deutschsprachiger Literatur zu Aspekten des Nahostkonflikts gibt es keinen Mangel. Seltenheitswert besitzen hingegen historisch zurückgreifende Gesamtdarstellungen des Konfliktgeschehens, die sich auf die Palästinafrage als Kern des Nahostkonflikts konzentrieren und die mit den hierzulande gängigen prozionistischen Klischees aufräumen.

**W. Hollstein, Kein Frieden um Israel. Zur Sozialgeschichte des Palästina-Konflikts, progress dritte welt verlag, Bonn 1977, 404 Seiten, 15,— DM**

bestärkt allerdings auch in dieser erweiterten Neuauflage (Erstauflage im Fischerverlag 1972) seine These, der „Anspruch des Zionismus auf arabischem Boden einen ‚Judenstaat‘ (Th. Herzl) zu errichten . . . ist die Ursache des Nahost-Konflikts gestern wie heute“ (S. 242). Für sein Herangehen bleibt die Verabsolutierung der Rolle der zionistischen Bewegung und Israels typisch. Gewiß ist die historische Aufarbeitung des politischen Zionismus und seiner Palästinaexpansion seit Ende des 19. Jahrhunderts ein unbestreitbares Verdienst W. Hollsteins. Doch ist gerade die Herleitung des seit 1948/49 währenden Nahostkonflikts aus dem Anspruch des Zionismus anstatt aus der imperialistischen Kolonial- und Neokolonialpolitik, die erste Fehlleistung dieser Arbeit. Einen zweiten Anstoßpunkt liefert W. Hollsteins sektiererisches Verhältnis zur arabischen Befreiungsbewegung. In Gestalt von „Militärputschen“ setzt sie scheinbar aus heiterem Himmel in den 50er Jahren ein. Der arabische Nationalismus wird ausschließlich negativ, also ohne seine antiimperialistische Komponente und sein sozialrevolutionäres Radikalisierungspotential (man denke an das nasseristische Ägypten oder Südjemen), gedeutet. Der Nationalismus Ägyptens, Libyens, Syriens und Algeriens, so behauptet W. Hollstein, sei auf den Nationalismus Saudi Arabiens, Jordaniens und der Scheichtümer herabgesunken (S. 210), die Politik Ägyptens und Syriens nach 1973 identisch (S. 316 ff.). Die arabische Ölwanne erscheint ihm kaum nennenswert, gerade so die sozialen Folgen des Ölbooms (Aufblühen der Bourgeoisie). Die sowjetische Nahostpolitik mißt der Autor — in Übernahme der Supermächte Theorie — nicht an ihrem realen Beitrag zum arabischen Befreiungskampf, sondern bezichtigt sie schlichtweg der Fügsamkeit in eine „Pax Americana“ (S. 311/312). In dieses Bild paßt es, daß W. Hollstein u. a. auch die sowjetische Grundposition zur Lösung der Palästinafrage 1947 unterschlägt, nämlich Gromykos einsames Plädoyer für einen demokratischen, unabhängigen Einheitsstaat Palästina. Bei seinem Resümee der Konfliktlösungschance übergeht er die aktuelle UN-Plattform und die Institution der Genfer Nahostfriedenskonferenz.

Von ähnlicher Ignoranz zeugt auch Hollsteins Verhältnis zur Befreiungsbewegung Palästinas. Ihr bewaffneter Volksaufstand 1936—39, eine für den ganzen arabischen Raum avantgardistische Tat, wird von ihm in eine Ohnmachtsbekundung verfälscht, welche eigentlich nur zur Stärkung der zionistischen Bewegung gut gewesen sei. Den demokratisch-antiimperialistischen Radikalisierungsprozeß der arabischen Befreiungsbewegung Palästinas der 30er Jahre (Al Qassam-Bewegung, Unabhängigkeitspartei, KP Palästinas) will er nicht sehen, dafür aber „rassistische“ Züge. Angeblich seien aufgrund der ökonomischen Unterentwicklung der arabischen Gemeinschaft Palästinas die „arabo-palästinensischen Massen entwicklungsmäßig nicht fähig“ (S. 113) gewesen — ein ökonomistischer Schematismus, demzufolge die Befreiungssiege der ebenso unterentwickelt gehaltenen Völker Vietnams, Angolas oder Äthiopiens eigentlich von vornherein illusorisch gewesen sein müßten.

sen erscheinen, die Rolle der PLO sei durch den Oktoberkrieg geschmälert worden (S. 213) und der Sinn ihrer bewaffneten Widerstandsaktionen sei zweifelhaft (S. 345).

**G. v. Paczensky, Faustrecht am Jordan? Zur Entwicklung des arabisch-israelischen Konflikts, Horst Erdmann Verlag, Tübingen/Basel 1978, 152 S., 16,80 DM**

behandelt die arabische Befreiungsbewegung nur ganz am Rande, betrachtet aber die Vor- und Entstehungsgeschichte des Nahostkonflikts unter einem, verglichen mit W. Hollstein, weiteren Blickwinkel. Neben einem interessanten Rückgriff in die Geschichte Palästinas bis 1300 v. u. Z. weiß er die Anfänge des Palästinaproblems wie die zionistische Siedlungsexpansion auf dem Hintergrund der regionalen Kolonialpolitik zu zeichnen. In dem Doppelspiel der britischen Kolonialmacht — leere Versprechungen an die arabische Seite, Bündnis mit der zionistischen Bewegung — erkennt er die eigentliche Konfliktursache: „Hier wurden die Fäden des Nahostproblems zu dem Knoten geschlungen, der bis heute nicht entwirrt werden konnte.“ (S. 32).

Man muß dem Autor bei seiner kurzgehaltenen Beschreibung des geschichtlichen Vorfelds und des kriegerischen Verlaufs des Nahostkonflikts ein ehrliches Mühen um Objektivität bescheinigen. Er wendet sich auch gegen die platte Gleichsetzung der Nahostpolitik der UdSSR mit der der Westmächte, dürfe man doch „nicht vergessen machen, daß die Sowjetunion als Nahost-Macht eine sehr direkte, vielleicht unausweichliche Folge westlicher Politik ist.“ Als „Blindheit“ bezeichnet er das Festhalten der neokolonialistischen Mächte an ihrem Vorherrschaftsanspruch und ihre „Entrüstung“ über die sowjetische Hilfe für die arabischen Frontstaaten (S. 115 und 118).

Fragwürdig erscheint es indessen, wenn G. v. Paczensky die britische Übergabe des Palästina-Mandats 1947 an die UNO als eine vorgeblich gutwillige „Gewissens“tat in Schutz nimmt und schließlich die Separatinitiative Sadats Ende 1977 als die „große Friedenschance“ (S. 149) für den Nahen Osten guteißt.

**W. Bröner, Der Nahost-Konflikt und die Palästina-Frage, Marxistische Blätter Verlag, Frankfurt/M. 1979, 318 Seiten, 13,20 DM**

weist demgegenüber die Sadatinitiative und die Separatvereinbarungen von Camp David Ende 1978 als antiarabische „amerikanische Lösungsvariante“ aus, die einer gerechten und dauerhaften Gesamtfriedenslösung zuwiderlaufe. Sie könne nur unter Einbeziehung aller Konfliktparteien, namentlich der PLO, und nur auf der Grundlage der heutigen UN-Plattform, speziell der Errichtung eines unabhängigen Palästinaerstaates, erfolgen. Das geeignete Forum hierfür bietet laut W. Bröner die seit 1974 vertagte, unter UN-Schirmherrschaft stehende Genfer Nahostkonferenz.

Bei der Diskussion der „Chancen und Folgen“ des Oktoberkrieges 1973 werden u. a. die Neubehandlung der Palästinafrage in der UNO und die zwieschlächtige Rolle der arabischen Ölwanne herausgearbeitet (S. 164—185). Insbesondere in dem im Zuge des Ölbooms raschen Erstarken der parasitären Bourgeoisie, dem erhöhten Gewicht Saudi Arabiens, der Spaltung der arabischen Front, dem Restaurationsprozeß in Ägypten (S. 241 ff.) und m. E. Syriens, sieht der Autor die Ursachen für ein Möglichwerden der amerikanisch-israelischen Rekonsolidierung nach dem Oktoberkrieg; und dies trotz der tiefen Krise Israels, trotz des Aufschwungs der israelischen demokratischen Bewegung (siehe S. 220—240). Allerdings wähnt er namentlich in der PLO, der Arabischen Standhaftigkeitsfront (beider Grundsatzdokumente werden in einem Dokumentenanhang vorgestellt) und der ihnen verbündeten Sowjetunion starke Gegenkräfte, die dem Diktat von Camp David durchaus Paroli zu bieten vermögen.

W. Bröner arbeitet die angloamerikanische Nahost- bzw. Palästina-politik als eigentliche Ursache des Nahostkonflikts heraus. Sie erst habe der zionistischen Bewegung in den Sattel geholfen und die israelische Stärkepolitik ermöglicht. Durchgängig ist die Darstellung des Kampfes um die Neuaufteilung Palästinas, des „Öl-imperialismus“, die Festbeschreibung der arabischen Unterentwicklung, schließlich der wirtschaftlichen und militärisch-politischen Entwicklung Israels gehalten. Von besonderem Interesse dürfte sodann die ausführliche historische Analyse der palästinensischen Befreiungsbewegung vor und nach dem 2. Weltkrieg, ihrer sozialen Grundlagen, Programmatik und Kampferfahrungen sein (S. 47—62, 154—163 und 253 ff.). Der Autor setzt sich dabei auch mit „linken“ Skeptikern auseinander, die der PLO keinerlei Erfolgsaussichten zubilligen möchten.

A. Salem



## Solidaritätsbewegung

Die Mitgliederversammlung des Antimperialistischen Solidaritätskomitees (ASK), die am 10. 2. 1979 in Bonn stattfand, bestätigte das von Sprecher Prof. Erich Wulff angeführte und um den Liberalen Hochschulverband erweiterte **ASK-Sekretariat**; weitere Mitglieder: W. Abendroth, H. Stuckmann, P. Wahl, SJD-Die Falken, Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend, Naturfreundejugend, AIB. Die für dieses Jahr festgelegten Arbeitsschwerpunkte konzentrieren sich auf die Solidarität mit dem **südlichen Afrika, Palästina** und **Chile**. Frau Corinna Maureira berichtete der Mitgliederversammlung über die neuesten Ergebnisse bei der Untersuchung der Leichenfunde in der verlassenen chilenischen Kalkmine in der Nähe von Lonquen. Anfang Februar d. J. konnten fünf der dort gefundenen Leichen anhand von Kleidungsstücken und anderen Beweismitteln als Angehörige der Landarbeiterfamilie Sergio Maureira identifiziert werden. Der Vater und seine vier Söhne galten seit Oktober 1973 als verschwunden. Das ASK fordert dazu auf, in Telegrammen an den Obersten Gerichtshof in Chile und den Innenminister der Junta die vollständige Aufklärung der Morde von Lonquen zu verlangen. Die Verantwortlichen für diese Verbrechen müssen zur Rechenschaft gezogen werden. Zu den Solidaritätszielen des ASK für 1979 gehören auch die Fortsetzung der Kampagne gegen die atomare Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und **Südafrika**, die Fortführung der Spendenaktion für ein Schulprojekt in Morogoro und die Solidarität mit dem 21jährigen zum Tode verurteilten ANC-Mitglied Solomon Mahlangu. Die ASK-Mitgliederversammlung verabschiedete ferner eine Erklärung zur Solidarität mit der iranischen Volksbewegung und sagte der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) in ihrem Kampf gegen eine „amerikanische Lösung“ im Nahostkonflikt volle Unterstützung zu.

## Guatemala

Die nicht abreißenden Morde in Guatemala, die vor allem auf das Konto paramilitärischer Banden sowie der Antikomunistischen Geheimgarde (ESA) gehen, forderten jüngst mit Fuentes Mohr, dem früheren Außen- und Finanzminister der Regierung Julio Cesar Mendez Montenegro, ein neues prominentes Opfer. 1974 war Fuentes Mohr Kandidat der Christlich-Demokratischen Partei und der Revolutionären Einheitsfront für das Vizepräsidentenamt. Er plante die Gründung einer Sozialdemokratischen Partei und unterhielt gute Kontakte zur Guerillabewegung. Die lateinamerikanische Gewerkschaftsbewegung CUPSTAL stellt in ihrem letzten Bulletin fest, daß seit 1955, dem Jahr nach Sturz der Regierung Arbenz durch den CIA und eine Söldnerarmee (vgl. AIB 6/1976 und AIB 5/1977), 40 000 Tote und 20 000 Verschleppte aus politischen Gründen zu beklagen sind. Trotzdem hat, wie der Generalsekretär der Guatemaltequischen Partei der Arbeit (PGT), Carlos Gonzalez, in einem Interview mit dem Neuen Deutschland vom 27. 2. 1979 betonte, „das letzte Jahr einen allgemeinen Aufschwung des Volkskampfes gebracht“. So kam es beispielsweise im August 1978 zu einer großen Manifestation gegen die Steigerung der Lebenshaltungskosten. „Die Aktionen vom Oktober — der einwöchige Generalstreik, der Bau von Barrikaden und die Massenkundgebungen — zeigten“, so C. Gonzalez weiter, „daß sich das Volk mit seiner miserablen Lage und der Repression auf die Dauer nicht abfindet. Die Kräfte der Opposition wachsen wieder in Guatemala“. Die Kräfte der Opposition sind jedoch noch sehr zersplittert. Deshalb hat die PGT ein 5 Punkte-Minimalprogramm der Aktionseinheit vorgeschlagen, worin sie fordert: „demokratische Freiheiten und soziale Gerechtigkeit, bessere Löhne, Beendigung des Terrorregimes, Respektierung der Menschenrechte, Schluß mit der Ausplünderung der Naturreichtümer Guatemalas durch imperialistische Mächte und Herstellung der nationalen Unabhängigkeit“. Ein erster wichtiger Schritt dazu ist die Gründung einer Demokratischen Front gegen Unterdrückung in Guatemala, welche 70 politische Organisationen, Gewerkschaften und Studentenvereinigungen zusammenfaßt und den Kampf gegen das herrschende Terrorregime koordinieren will.

## Zimbabwe

Im Vorfeld der für den 20. April vorgesehenen Scheinwahlen, mit denen die Pläne für eine interne Marionettenlösung in Zimbabwe ihren vorläufigen Höhepunkt erreichen werden, strebt das Smith-Regime die massive militärische Schwächung der Befreiungstruppen der Patrioti-

schen Front an. Überfälle auf die Lager dieser Bewegung in Moçambique, Sambia und Angola, bei denen meist jedoch unter der Zivilbevölkerung die entscheidenden Verluste auftreten, häuften sich in der ersten Märzhälfte. Bei einem Überfall der rhodesischen Luftwaffe auf das zimbabwische Flüchtlingslager Boma in der ostangolanischen Provinz Moxico — so haben jetzt Überlebende vor der Presse in Luanda enthüllt — wurden auch Splitter- und Kugelbomben eingesetzt, deren verheerende Wirkung aus der Zeit der US-Aggression gegen Vietnam bekannt sind. Die Patriotische Front orientiert indessen voll auf die aktive Verhinderung des Wahlmanövers im April, um dem Regime und seinen Marionetten Muzorewa und Sithole bei dem Versuch, vollendete Tatsachen zu schaffen, einen Strich durch die Rechnung zu machen. Von nicht geringer Bedeutung in diesem Zusammenhang ist auch, daß die Anfang März in Nairobi/Kenia beendete 32. Ministerkonferenz der OAU erneut ihre Solidarität mit der Patriotischen Front unterstrich und die nichtpaktgebundenen Mitglieder im UN-Sicherheitsrat forderten, die April-Wahlen für „null und nichtig“ zu erklären.

## Uganda—Tansania

Der am 31. Oktober 1978 mit dem Ziel der Destabilisierung des Frontstaats Tansania unternommene Okkupationsfeldzug Idi Amins gegen das südliche Nachbarland scheint nun zum Bumerang für den ugandischen Diktator geworden zu sein. Amins Machtbasis schmilzt immer mehr dahin. Die nicht zuletzt aufgrund des Kaffeepreis-Verfalls auf dem Weltmarkt (von 8000 Dollar pro t [1977] auf heute nur noch 2000 Dollar) katastrophale Wirtschaftslage des Landes und der US-Handelsboykott seit Oktober 1978 hatten u. a. zur Folge, daß Amin nicht mehr länger in der Lage war, seinen Soldaten den entsprechenden Sold auszuzahlen. Neben von der ugandischen Armee abgefallenen Truppenteilen kämpfen heute eine Reihe von Guerilla-Bewegungen, darunter die wichtigste, die Save Uganda Movement (SUM), gegen das Regime. Die SUM, deren Anzahl auf 1500 Guerilleros geschätzt wird, erklärte sich jüngst für die Sprengung eines Erdöllagers und einer Transformatorenstation in der Hauptstadt Kampala verantwortlich. Schließlich kämpft eine in Tansania ausgebildete Exilarmee von 4000 Mann gegen Amin. Wegen des von ihm selbst ausgelösten Aggressionskrieges und der offenkundigen massiven Menschenrechtsverletzungen ist das Regime heute auch international, in der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) und den Vereinten Nationen, in einer fast totalen Isolierung. Die Tage Idi Amins scheinen gezählt.

## Jemen

Die am 23. Januar d. J. durch nordjemenitische Truppenüberfälle auf Grenzgebiet der Volksdemokratischen Republik Jemen (VDRJ) ausgelösten bewaffneten Auseinandersetzungen gehen offensichtlich auch nach einem bereits am 3. März abgeschlossenen Waffenstillstand und dem Vermittlungsbeschluß einer Außenministerkonferenz der Arabischen Liga am 6. März weiter. Die Ursache der nordjemenitischen Aggressionsakte muß einmal in der kritischen Situation gesucht werden, in der sich das Regime in Sana befindet: In enger Zusammenarbeit mit der Nationaldemokratischen Front (NDF) des Nordjemen, die von Aden politisch unterstützt wird und in der nach dem Beitritt der regionalen Baath-Partei alle progressiven Organisationen des Landes zusammengeschlossen sind, kämpfen heute bewaffnete Kräfte aus Teilen der Armee unter Hauptmann Moujahid Gouhali gegen das Regime von Sana. Dies und zum anderen der Abzug der iranischen Truppen aus dem Oman haben die saudiarabische Reaktion, Ägypten und die USA auf den Plan gerufen: Truppenkonzentrationen Riads an der nordjemenitischen Grenze, Verlegung ägyptischer Armee-Einheiten nach Oman und schließlich verstärkte Aufrüstungsinitiativen der USA für den Nordjemen schaffen einen insgesamt gefährlichen Spannungszustand am strategisch bedeutsamen Ausgang des Roten Meers. Wie ein hoher Beamter des US-Außenministeriums inzwischen vor einem Unterausschuß des Kongresses bestätigt hat, stimmte die Carter-Administration kürzlich dem Export von 12 F-5E-Kampfflugzeugen, 100 bewaffneten Militärfahrzeugen, 64 M-60-Panzern und zwei C-130-Transportflugzeugen über Riad nach Sana zu. Dazu kommt ein saudisch finanziertes Programm im Wert von 100 Mio Dollar für den Nordjemen, das die Anwesenheit mehrerer militärischer Ausbildungsteams aus den USA einschließt.



# Lateinamerikanische Kirche nach Puebla

Die 3. Vollversammlung des Lateinamerikanischen Bischofsrates (CELAM III) in Puebla vom 28. Januar bis 13. Februar 1979 hat zumindest mit einer zweifachen Überraschung geendet: 1. daß sich die Bischöfe überhaupt mit einer Zweidrittelmehrheit auf eine gesellschaftspolitische Analyse der lateinamerikanischen Wirklichkeit geeinigt haben und 2. daß die Beschlüsse nicht hinter das Dokument von Medellín (CELAM II — 1968) zurückgefallen sind.

Wenngleich das Schlußdokument von Puebla Kompromißcharakter trägt, muß es doch angesichts der ungünstigen Ausgangslage vor (einschließlich der Eröffnung) der Konferenz als Erfolg der fortschrittlichen Sektoren des lateinamerikanischen Episkopates gewertet werden. Die Strategie des CELAM-Generalsekretärs, Bischof Lopez Trujillo, bestand darin, das Ergebnis von Puebla im Sinne einer Revision der Medellín-Beschlüsse vorherzubestimmen.

Das geschah durch Manipulation bei der Auswahl der Delegierten (so wurden im Unterschied zu Medellín Sozialwissenschaftler und Theologen vom Konferenzgeschehen ausgeschaltet und der Schlüssel für die Beteiligung von Bischöfen zugunsten der Konservativen verändert), durch mangelnde Transparenz bei der Vorbereitung sowie den weitgehenden Ausschluß der Kirchenbasis von den vorbereiteten Diskussionen und durch die Vorlage eines einseitig von Konservativen ausgearbeiteten Grundsatzdokuments.

Lopez-Trujillo konnte sich dabei auf manche vatikanische Kreise — wie die Führung der päpstlichen Kommission Iustitia et Pax und den offiziellen Vertreter des Vatikans in Puebla, Kurienkardinal Sebastiano Baggio, der vom Papst zu einem der Präsidenten von CELAM III ernannt wurde — sowie einen in Rom einflußreichen konservativen „Studienkreis Kirche und Befreiung“, der vom Essener Bischof Hengsbach geleitet wird, stützen. Das von Lopez-Trujillo vorgelegte Vorbereitungsdokument stieß jedoch schon vor Puebla auf den Widerstand zahlreicher Bischöfe, ja ganzer Bischofskonferenzen (vor allem Brasiliens, der größten des Subkontinents), und mußte daher vom Konferenzsekretariat zurückgezogen werden.

## Reinheit der Lehre?

Die Ankündigung des neuen Papstes, persönlich die Eröffnung von CELAM III vorzunehmen, weckte in allen Kreisen des lateinamerikanischen Katholizismus große Hoffnungen. Letztlich war es jedoch gerade der Auftritt von Johannes Paul II., der die Chancen der Strategie der Konservativen zum Beginn der Konferenz entscheidend verbesserte.

Als „erste Pflicht“ der Bischöfe nannte der Papst, „zu wachen über die Reinheit der Lehre“ (nicht etwa, sich mit den Unterdrückten zu solidarisieren). Und zu dieser Lehre stehe es im Widerspruch zu meinen, „daß Jesus politisch engagiert gewesen sei, gegen die römische Herrschaft und die Mächtigen gekämpft habe und sogar in einen Klassenkampf verwickelt gewesen sei.“ Eine „authentische Glaubenspredigt“, so der Papst, könne es ohne Unterwerfung unter das Lehramt nicht geben. Er polemisierte dann gegen fortschrittliche Tendenzen — auch von Bischöfen —, aufgrund derer es nicht verwunderlich sei, daß „diejenigen, an die sich unsere Predigt richtet . . . (sich) verirrt und desorientiert zeigen, ja sogar Ärgernis nehmen.“ Er gab dem „atheistischen Humanismus“ die Schuld, daß wir heute in einer Epoche der „niedergetretenen menschlichen Werte“ lebten, da er dem Menschen „eine wesentliche Dimension seines Seins amputiert hat“ und ihn daher der „schlimmsten Minderung seines Seins selbst ausgesetzt“ hat.

Die Reaktion auf die Rede des Papstes zeigte am deutlichsten, welche Kräfte dadurch Auftrieb erhielten: so forderten die Diktatoren von Nicaragua und El Salvador unter Berufung auf die Papstrede die Ablösung der fortschrittlichen Erzbischöfe ihrer Hauptstädte. Und Augusto Pinochet unterstrich, daß die Worte des Papstes die Mission der katholischen Kirche geklärt hätten, vor allem für „Gewisse, die eine politische Konzeption“ ihrer apostolischen Mission hätten. Pinochet schätzte auch, daß der Papst „sehr mutig seinen Standpunkt darlegte“.

Auch nach der Abreise des Papstes versuchte der offizielle Vertreter des Vatikans, Kardinal Baggio, der auch Präsident der vatikanischen Kongregation für die Bischöfe ist, die Konferenz im konservativen Sinne zu beeinflussen. Vor dem Plenum vertrat er die Auffassung, die soziale Doktrin der Kirche „will und kann der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen nicht ein Ende setzen“. Da alles Übel nicht von außen, sondern aus dem Innern des Menschen komme, sei



die soziale Mission der Kirche auf die Seele ausgerichtet. Demgegenüber betonte der Bischof von Riobamba (Ecuador), Leonidas Proano, einer der Sprecher der Fortschrittlichen in Puebla: „Gott hat die Welt für den Menschen, für alle Menschen, geschaffen und nicht für den Profit der multinationalen Konzerne . . . Christus ist nicht gekommen, um uns bloß individuell zu befreien, sondern auch kollektiv. Der Kapitalismus ist eine Situation der Sünde.“

Über den gesellschaftlichen Teil des Schlußdokuments gab es sowohl in den Kommissionen wie auch im Plenum heftige Diskussionen. Zwei Entwürfe fanden nicht die notwendige Zweidrittelmehrheit, so daß die Konferenz um einen Tag verlängert werden mußte. Der letztlich angenommene Text (95 ja, 7 nein und 63 ja mit Vorbehalt) ist natürlich ein Kompromiß, gleichzeitig aber auch eine Niederlage des konservativen Flügels, wie die folgende Auswahl von Textstellen zeigt:

„Die Güter und Reichtümer dieser Welt sollen allen zugute kommen, allen und jedermann und jedem Volk. Dieses absolut unverletzliche Grundrecht gibt jedem einen Anspruch auf die Verwendung dieser Güter in einem Ausmaß, das für die Erfüllung des Menschen notwendig ist. Alle anderen Rechte, wie etwa das Recht auf Eigentum und freien Handel, sind diesem Grundrecht nachgeordnet . . .

Wir erkennen schmerzvoll die Anwesenheit vieler Unterdrückungsregimes auf unserem Kontinent. Sie stellen eines der ernstesten Hindernisse auf dem Weg zur vollen Entfaltung der Persönlichkeitsrechte des einzelnen und der Rechte von Gruppen in diesen Ländern dar . . . Der christliche Glaube wertet die politische Tätigkeit nicht ab — im Gegenteil — er schätzt sie und hat hohe Achtung für sie . . . Die Kirche sieht es als ihre Pflicht und ihr Recht an, in dieser Arena (der Politik) präsent zu sein, weil das Christentum die gesamte menschliche Existenz evangelisieren soll, einschließlich des politischen Bereichs . . .“

Als Mängel des Dokuments wurde von fortschrittlichen Vertretern u. a. kritisiert, daß es keinerlei positive Aussagen zum Dialog — geschweige denn zur Zusammenarbeit — mit Marxisten und anderen nichtchristlichen Humanisten enthält (im Gegenteil: es wird der „kollektivistische Marxismus“ als „Vergötzung des Reichtums — in seiner kollektiven Form“ verurteilt und behauptet, er führe „letztlich zur Parteidiktatur“). Das Dokument sagte auch nichts über Wege einer Veränderung der lateinamerikanischen Situation aus.

Trotz dieser und anderer Kritikpunkte bleibt die Tatsache bestehen, daß in Puebla die Strategie der konservativen Kräfte innerhalb der lateinamerikanischen Kirche und des Vatikans gescheitert ist. Ein venezolanischer Bischof formulierte, daß nach Puebla jeder Bischof das weiter machen könne, was er bisher getan hat. Diese Ambivalenz muß angesichts der kontinuierlichen (wenn auch langsamen) Veränderung des Kräfteverhältnisses im lateinamerikanischen Katholizismus zugunsten der eher progressiven Strömungen und angesichts des Versuchs der konservativen Kräfte, diese Tendenz zu stoppen bzw. umzukehren, sogar als Vorteil betrachtet werden.

Gerade zu einem der wichtigsten Probleme Lateinamerikas traf Puebla außerdem eine eindeutige Aussage: Die Doktrin der „nationalen Sicherheit“ ist mit dem Christentum unvereinbar. Damit wurde den „christlichen“ Diktatoren eine wesentliche Legitimationsbasis entzogen. Für die fortgeschrittenen Sektoren des lateinamerikanischen Katholizismus stellt Puebla sicherlich keine direkte Unterstützung dar (eine solche Erwartung an eine Bischofskonferenz wäre auch illusorisch), dennoch wurde eine Basis geschaffen bzw. bestätigt, von der aus eine Rückentwicklung der lateinamerikanischen Gesamtkirche (siehe allgemeine Einschätzung in AIB 9/1977) kaum noch möglich ist.

Adalbert Krims